



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Pressespiegel

Ausschnitte

vom 12. Dezember 2017 bis 20. Dezember 2017

1. Rechtspolitik	1 - 30
2. Rechtsprechung	31 - 34
3. Rechtsanwälte	35
4. Europa	36 - 55
5. Internationales Ausland	56
6. Vermischtes	57 - 63
7. Zu Guter Letzt	64 - 70

Ausgabe 47 /2017

21.12.2017



Kisten voller Plastik-Babys

Protest um den Paragraphen 219a: In Berlin stehen sich Abtreibungsgegner und Befürworter einer Justizreform unerbitlich gegenüber. Die Stimmung ist so aufgeheizt, dass man schon mal auf der falschen Demo landen kann

VON KRISTIANA LUDWIG

Berlin – Es ist noch ziemlich früh, als die FDP-Abgeordnete Katja Suding für die Rechte von Frauen und Ärzten kämpfen will. Vor dem Reichstagsgebäude hat sich am Dienstag Protest gegen den Paragraphen 219a im Strafgesetzbuch angekündigt, welche verbietet. Suding geht auf eine Gruppe Demonstranten zu, auf ihren Schildern steht „Hilfe für Frauen statt Werbung für Abtreibung“. Sie drängt sich in die erste Reihe, eine Frau drückt ihr ein winziges Plastikbaby in die Hand. Suding strahlt, die Fotografen knipsen. In die Kameras lächelnd wendet sie sich wieder an die Frau: „Was ist das?“, fragt sie. Dies sei ein Embryomodel, erklärt die Dame – ein kleiner Mensch, so

wie er durch Abtreibungen getötet werde. Hier organisiere sich der Bundesverband Lebensrecht. Suding blickt sie an, dann läuft sie davon. Frau Suding habe sich in der Demonstration gefehlt, erklärt die Frau ihren Mitstreitern.

Dem wenige Meter entfernt steht die Gießener Allgemeinärztin Kristina Hänel, die vor Kurzem eine neue Abtreibungsgebotte entfacht hat. Hänel ist vom Amtsgericht Gießen zu einer Geldstrafe von 6000 Euro verurteilt worden, weil sie auf ihrer Webseite Patientinnen über Schwangerschaftsabbrüche informierte. Nun will sie sich mit einer Petition und, wenn nötig, vor dem Verfassungsgericht gegen den Strafrechtsparagrafen wehren. Mittlerweile haben auch die Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg und Thüringen dem Bundesrat

einen Gesetzesantrag vorgelegt, der den §219a aufheben soll. Die Strafbarkeit der Ärzte sei „nicht mehr zeitgemäß“, heißt es darin. Einzelne Bundestagsabgeordnete aus den Fraktionen der Linken, SPD, FDP, CDU und der Grünen trafen sich ebenfalls, um über die Abschaffung des Werbeparagrafen zu diskutieren. Im Januar wolle man dieses Gespräch fortsetzen, sagte die Grünen-Abgeordnete Ulle Schauws.

Doch im Bundestag sitzen längst nicht nur Gegner des fast 85 Jahre alten Gesetzes. Die AfD hat dem Thema Abtreibung in ihrem Grundsatziprogramm ein ganzes Kapitel gewidmet, es heißt: „Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene“. Die Partei wende sich gegen „alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschen-

recht zu erklären“, steht dort. Partei-Vize Beatrix von Storch setzte sich schon als Europaparlamentarierin gegen Schwangerschaftsabbrüche ein. In den vergangenen Jahren nahm sie auch an dem sogenannten Marsch für das Leben teil – einer jährlichen Demonstration, bei der Abtreibungsgegner weiße Holzkreuze durch das Berliner Regierungsviertel tragen.

Im Vorstand des Lebensrechtsverbands, der diesen Marsch organisiert, sitzt Gerhard Steier. Die große Aufmerksamkeit, die eine AfD-Abgeordnete in ihren Reihen auf sich ziehe, gefalle ihm gar nicht, sagt Steier. Wichtiger seien schließlich die politischen Themen, für die sich sein Verband einsetze. Steier sagt: „Wir brauchen eine massive Sexualaufklärung. Lernziel: Einfach poppen geht gar nicht. Ich muss

Länder gegen Paragraph 219a

München – Die Länder Berlin, Brandenburg und Hamburg wollen sich im Bundesrat gemeinsam für die Streichung des Abtreibungs-Paragraphen 219a des Strafgesetzbuchs einsetzen. Auf Basis dieses Paragraphen, der Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch verbietet, war Ende November eine Ärztin aus Gießen zur einer Geldstrafe verurteilt worden. Es sei „völlig absurd und unlogisch, dass das Gesetz unter gewissen Bedingungen einen Schwangerschaftsabbruch erlaubt, aber verbietet, dass über die Modalitäten informiert wird“, sagte Hamburgs grüner Justizsenator Till Steffen der *Süddeutschen Zeitung* zu dem Vorstoß der Länder: „Ich finde, das ist eine sehr frauenfeindliche Regelung, die geändert werden muss.“ JBB



wissen, dass ich jederzeit Vater oder Mutter werden kann, auch mit 16.“

Hauptberuflich ist Steier Geschäftsführer des Vereins Kaleb. Bundesweit in 35 Orten bieten Kaleb-Mitglieder nach eigenen Angaben Beratungen für Schwangere in Not an. In der sächsischen Kleinstadt Sebnitz zum Beispiel teilt sich der Verein ein Gebäude mit dem Mehrgenerationenhaus des Deutschen Roten Kreuzes. Hier ist Kaleb natürlicher Ansprechpartner für Frauen in Schwierigkeiten.

Immer wieder besuchen Vereinsmitglieder Konfirmandengruppen oder den Unterricht christlicher Schulen, um Kindern und Jugendlichen ihre Überzeugung nahezubringen: „Mein Bauch gehört mir, ja, aber das Baby hat auch einen Bauch und der Bauch gehört dem Kind, über den ich nicht beliebig verfügen darf!“, steht in einer Kaleb-Broschüre für „Teens & Twens“. Während Kaleb besonders stark in Ostdeutschland vertreten ist, setzt sich im Westen überwiegend die „Aktion Lebensrecht für alle“ in ähnlicher Weise ein.

„Drastische Abbildungen von abgetriebenen Föten“ waren zu sehen

Einer der aktivsten Abtreibungsgegner lebt im baden-württembergischen Weinheim und heißt Klaus Günter Annen. Er leitet die „Initiative Nie Wieder“ und sagt, er habe seit 2001 mehr als 400 Ärzte nach §219a angezeigt. „Ich bin eben gegen Abtreibung“, sagt Annen der SZ: „Man muss schon darauf achten, dass die Gesetze eingehalten werden.“ Auf seiner Webseite „Babycaust“ hat er viele dieser Anzeigen dokumentiert. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hatte die Seite 2007 auf den Index gesetzt, weil dort „drastische Abbildungen von abgetriebenen Föten“ zu sehen waren. Auch den „Vergleich zwischen Abtreibungen und dem Holocaust“ habe man als „NS-verharmlosend bewertet“, sagt die Vorsitzende der Prüfstelle, Martina Hannak. Ein Jahr später habe Annen jedoch die Seite verändert und darauf gedrungen, sie wieder von der Liste zu streichen. Doch noch heute finden sich blutige Bilder und NS-Vergleiche im Netz.

Auch wenn Klaus Günter Annen die Kritik des Bundesverbands Lebensrecht an Abbrüchen teilt, ist seine Initiative dort kein Mitglied. Die Organisatoren suchen hier lieber seriösere Unterstützer. In diesem Jahr schrieben etwa der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer und mehrere andere Unionsabgeordnete Grußworte an den Marsch für das Leben. Auch vergangene Woche nahmen CDU-Abgeordnete vier Kisten voller Plastik-Embryonen entgegen. „Verteilen Sie es in der Fraktion“, sagte Mechthild Löhr, die Bundesvorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“. Auf ihrer Internetseite hat Löhr jetzt einen Bericht über die Aktion veröffentlicht. Es gibt auch ein Bild, von Katja Suding.



taz vom 17.12.2017

„Vollständig entbehrlich“

Im Bundesrat haben mehrere Länder beantragt, den Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Er verbietet ÄrztInnen bisher selbst sachliche Information über Schwangerschaftsabbrüche

Von **Hanna Voß**, Berlin

Es ist ein erst kleiner Schritt, doch die Richtung stimmt: In der letzten Bundsrats-sitzung des Jahres entschied die Länderkammer, einen Gesetzesentwurf zur Abschaffung des Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches, der das „Werben“ für Schwangerschaftsabbrüche verbietet, zur Beratung in die Ausschüsse zu geben.

Berlins Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) betonte in

seiner Rede im Bundesrat, dass er Paragraph 219a für „vollständig entbehrlich“ halte.

Unter „Werbung“ versteht der 219a bereits die rein sachliche Information, dass Ärztinnen und Ärzte Abtreibungen vornehmen. Ende November hatte das Gießener Amtsgericht die Ärztin Kristina Hänel zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt, weil auf ihrer Webseite das Wort „Schwangerschaftsabbruch“ auftaucht. Radikale Abtreibungsgegner*innen nut-

zen den Paragraphen zunehmend, um Ärztinnen und Ärzte mit Anzeigen zu drangsaliieren.

Ihm sei, sagte Behrendt, wie vermutlich vielen im Raum, nicht bekannt gewesen, dass Ärztinnen und Ärzte nicht einmal sachlich darüber informieren dürften, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Dass der Paragraph im Jahr 1933 erlassen wurde, solle „uns alle“ aufhorchen lassen. Es gehe darum, das Recht auf Informationsfreiheit zu stärken.

Die Union will den Paragraphen bislang erhalten und sich, anders als SPD, Grüne, Linke und FDP, an keiner Gesetzesinitiative beteiligen. Behrendts Amtskollegen aus Bremen, Hamburg, Thüringen und Brandenburg hatten sich ihm dagegen angeschlossen. Der Berliner betonte, er hoffe, dass weitere Bundesländer folgen. Auch im Bundestag arbeiten SPD, Linke und Grüne derzeit an Gesetzentwürfen zur Streichung des Paragraphen.



Merkel sieht Schnittmengen mit der SPD

Vor dem Spitzentreffen mit Sozialdemokraten und CSU über die Chancen einer großen Koalition zeigt sich die CDU-Chefin optimistisch. Eine Minderheitsregierung lehnt sie als zu instabil ab

VON NICO FRIED

Berlin – Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat sich zuversichtlich über die Chancen einer Einigung mit der SPD auf eine neue Regierung geäußert. Zugleich bekräftigte die Bundeskanzlerin ihre Skepsis gegenüber einer Minderheitsregierung, wie sie zuvor aus den Reihen ihrer Partei erneut ins Spiel gebracht worden war. Zwei Tage vor dem Treffen mit SPD-Chef Martin Schulz, dem CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer sowie weiteren Spitzen der drei Parteien sagte Merkel, bei allen Unterschieden zu den Positionen der SPD sehe sie auch „eine Reihe von Schnittmengen“ mit der Union. Als konkretestes Beispiel nannte Merkel die Europa-Politik.

Die CDU sei darin einig, „dass wir eine stabile Regierung wollen“, sagte Merkel

nach einer zweitägigen Klausur des CDU-Vorstands in Berlin. Stabile Regierungsverhältnisse seien die Voraussetzung, um für die anstehenden Probleme im Inland, in Europa und der Welt „handlungsfähig zu sein“, so Merkel. Eine Minderheitsregierung wäre nach ihrer Einschätzung „keine stabile Regierung“. CDU-Präsidentenmitglied Jens Spahn hatte sich am Wochenende für den Fall eines Scheiterns der Gespräche mit der SPD für eine Minderheitsregierung ausgesprochen. „Wenn es mit der SPD gar nicht geht, machen wir es eben alleine“, so Spahn.

Andere Unions-Politiker äußerten sich weitaus skeptischer. Nach Ansicht von CDU-Vize Julia Klöckner würde eine Minderheitsregierung „mit sehr großer Geschwindigkeit zu Neuwahlen führen“. Ähnlich argumentierte CSU-Landesgruppen-

chef Alexander Dobrindt: „Ich habe keine Angst vor einer Minderheitsregierung, bin mir aber sicher, dass wir sie schnellstmöglich beenden müssen, wenn sie kommt“, fügte er hinzu. Insofern könne eine Minderheitsregierung „nur ein kurzer Übergang zu Neuwahlen sein“, so Dobrindt.

Merkel stellte vor dem Treffen mögliche Gemeinsamkeiten mit den Sozialdemokraten in den Vordergrund. „Wir sehen natürlich Unterschiede zu den Sozialdemokraten, aber wir sehen auch eine ganze Reihe von Schnittmengen“, sagte die Kanzlerin. So gebe es in der Europa-Politik „ein hohes Maß“ an Übereinstimmungen. Allerdings habe Merkel erst am Wochenende skeptisch auf den Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Schulz reagiert, bis 2025 die Vereinigten Staaten von Europa als föderalen Bund zu verwirklichen.

In der Gesundheitspolitik zeigte sich Merkel gesprächsbereit. Zwar lehnte sie eine Bürgerversicherung ab, weil die Gefahr bestehe, dass man damit nicht die richtige Antwort auf die bestehenden Fragen gebe. Sie glaube aber, dass man für viele strukturelle Probleme im Gesundheitswesen „sehr konkrete Verbesserungen für Patienten und Beschäftigte erreichen“ könne.

Bayerns designierter Ministerpräsident Markus Söder (CSU) forderte eine „stabile Regierung in Berlin, aber mit vernünftigen Inhalt“. Der *Süddeutschen Zeitung* sagte er: „Es braucht keine Steuererhöhungen, Bürgerversicherung oder einen neuen europäischen Länderfinanzausgleich. Wir müssen den Bürgern eine Antwort auf das Wahlergebnis geben.“ Dazu gehöre auch die weitere Aussetzung des Familiennachzugs bei Flüchtlingen.



Das halten wir schon aus

Kein Grund zur Panik: Die Regierungsbildung bleibt schwierig, aber von einer »Staatskrise« zu reden ist Hysterie. Die Verfassung hat vorgesorgt **VON HEIKO MAAS**

Spanien kämpft gegen seinen Zerfall, Italien droht die Rückkehr Berlusconis, die Briten kriegen den Brexit nicht auf die Reihe, und die USA haben Donald Trump als Präsidenten – aber ausgerechnet bei uns in Deutschland ist von »Staatskrise« die Rede. Obwohl die Wirtschaft boomt und die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand seit 1990 ist, wird unheilswanger von »Weimarer Verhältnissen« geraunt. Der *Spiegel* sieht Deutschland sogar wie am 8. Mai 1945 im Zustand völliger moralischer und physischer Zerstörung: »Stunde null« halt. Und all das einzig deshalb, weil die Bildung der Bundesregierung mal nicht ganz so flott und reibungslos abläuft, wie die Bundesrepublik das in den letzten 68 Jahren gewohnt war.

All den Untergangspropheten und Dramaqueens in Deutschlands Redaktionsstuben möchte man zurufen: Geht's nicht auch 'ne Nummer kleiner? In diesen Tagen zeigt unser Land, wie sehr ihm eine gute Portion angelsächsische Gelassenheit und Selbstbewusstsein fehlen. Und waren wir nicht alle gemeinsam auch etwas naiv, als wir geglaubt haben, die erste Vier-Parteien-Koalition der Bundesrepublik mit dermaßen ungleichen Partnern wie CSU und Grünen würde so zügig zusammenkommen wie eh und je?

Wir erleben gerade, wie die im Bundestag vertretenen Parteien die verschiedenen Optionen diskutieren, in welcher Konstellation die beste Politik für unser Land umgesetzt werden kann. Das ist keine Staatskrise, sondern die Rückkehr der ergebnisoffenen Diskussion in die Politik. Sie ist eigentlich eine demokratische Selbstverständlichkeit, aber mancher ist ihr offenbar so entwöhnt, dass sie ihm als Krisensymptom erscheint. Jahrelang sind das diskursive Wachkoma und das alternativlose Durchregieren beklagt worden, aber kaum wird endlich wieder einmal diskutiert, heißt es schon ungeduldig zack, zack!, basta! und: Ende der Debatte! Das zeugt von wenig Verständnis und Respekt für die demokratische Willensbildung.

Die Folge vorschneller Neuwahlen ist nicht selten ein massiver Niedergang der Wahlbeteiligung – ohne eine Garantie, dass es danach neue Koalitionsoptionen gibt. Das hat nicht nur die deutsche Geschichte gezeigt. Die großen Hoffnungen und Erwartungen, die Politiker manchmal in Neuwahlen setzen, werden von den Wählerinnen und Wählern nicht immer geteilt.

Die Menschen erwarten völlig zu Recht, dass Politik und Parteien ihre Arbeit machen, und dazu gehört nicht zuletzt die Gesetzgebung. In der letzten Wahlperiode hat der Bundestag 555 Gesetze beschlossen. Das war schon bisher ein oft zäher Prozess, weil auf Koalitionspartner, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht Rücksicht genommen werden musste. Bei einer Minderheitsregierung müsste künftig bei jedem



Die Zeit vom 14.12.2017

einzelnen Projekt zusätzlich nach Mehrheiten im Bundestag gesucht werden, und das Hunderte Male. Ich bin da sehr skeptisch. Der Bundestag ist ein Fraktionenparlament und arbeitsteilig organisiert. Wenn sich 709 Abgeordnete in alle Einzelheiten von allen 555 Gesetzgebungsprojekten einarbeiten und dann individuell darüber entscheiden, fürchte ich statt einer Vitalisierung des Parlaments eher eine Lähmung der Politik.

Neuwahlen, große Koalition oder Minderheitsregierung? Über all das muss dieses Land jetzt nachdenken und debattieren – breit, intensiv und ohne Zeitdruck. Das Gute ist: Wir können das auch, denn unser Grundgesetz hat für solche Situationen bestens vorgesorgt. Die Verfassung sorgt gerade auch in schwierigen Zeiten für Stabilität.

Das Grundgesetz hat den Bundespräsidenten zum Geburtshelfer der Regierungsbildung gemacht: Er muss dem Bundestag für die Kanzlerwahl einen ersten Vorschlag machen. Seine Beteiligung soll die Suche nach einem mehrheitsfähigen Kandidaten erleichtern. In der Vergangenheit war die Hilfe des Präsidenten nie erforderlich, weil sich die Parteien über die Koalitionsbildung rasch einig waren. Wenn jetzt erstmals doch seine Hilfe gefragt ist, dann erleben wir keine Krise, sondern die Klugheit des Grundgesetzes. Frank-Walter Steinmeier erweist sich dabei als Glücksfall für unser Land. Seine reichen Erfahrungen als Kanzlerkandidat, Oppositionsführer und Vizekanzler geben ihm als Staatsmann die nötige politische Kompetenz und die persönliche Autorität, um die Reservefunktion, die das Grundgesetz dem Präsidentenamt verleiht, bestens auszufüllen.

Es gibt keinen Zeitdruck für die Hilfe des Bundespräsidenten bei der Regierungsbildung. Im Gegenteil, das Grundgesetz hat ausdrücklich darauf verzichtet, Terminvorgaben zu machen. Roman Herzog, der mit dem Präsidentenamt nicht nur als Staatsrechtslehrer theoretisch vertraut war, hat einmal geschrieben, es verstehe sich »fast von selbst«, dass die Frist für den Kanzlervorschlag des Bundespräsidenten auch von den politischen Verhandlungen abhängt, und das gelte ganz besonders bei komplizierten und unübersichtlichen parlamentarischen Verhältnissen.

Das Ziel des Grundgesetzes sind stabile Regierungsverhältnisse. Eine zügige Regierungsbildung nützt wenig, wenn nicht eine stabile Regierung ihr Ergebnis ist. Ausreichend Zeit für die demokratische Willensbildung ist auch ein Investment in Stabilität. Deutschland hatte in den letzten vier Jahren auch deshalb eine so stabile Regierung, weil die große Koalition zuvor innerhalb der SPD durch eine Mitgliederbefragung breit legitimiert worden ist. Als Kontrast möge man sich an die schwarz-gelbe Koalition in den Jahren zuvor erinnern: Auf eine überhastete Re-

gierungsbildung folgten vier Jahre koalitionsinterner Dauerstreit.

In diesem Punkt fallen die Interessen von Politik und Medien auseinander: Während es einer Regierungskoalition unabhängig von der Frage, von welchen Parteien sie getragen wird, um eine stabile Regierung und die Gestaltung von Politik geht, erfreuen sich die Medien an jedem Streit und Eklat, über den sie berichten können. Der journalistische Unterhaltungswert der letzten großen Koalition war zweifelsohne geringer als der skurrile Dauerstreit zwischen Union und FDP in den vier Jahren zuvor. Gaudi und Skandal sind aber keine Kriterien einer verantwortungsvollen Politik, die das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Blick hat. Im Gegenteil: Ruhe und Verlässlichkeit sind wichtige Voraussetzungen für eine kluge und nachhaltige Politik. Wir müssen in Kauf nehmen, dass sich viele Medienleute langweilen, wenn wir unsere Aufgabe ernst nehmen.

Unsere Verfassung gibt uns die Zeit für die notwendige politische Meinungsbildung auch dadurch, dass sie die Handlungs- und Regierungsfähigkeit Deutschlands sichert. Ein Interregnum, also einen regierungslosen Zustand, gibt es unter Geltung des Grundgesetzes nicht.

Keine Frage, in der Demokratie können Regierungsbildungen mühevoll sein. Die Auseinandersetzungen in der Sache, die Suche nach Kompromissen und das Erringen von Mehrheiten dafür sind anstrengend und zeitaufwendig. Demokratische Willensbildung ist ein Prozess, der Zeit braucht. Hüten wir uns aber vor seinen Verächtern und den politischen Abenteurern, denen es nie schnell genug gehen kann, weil sie stets zu wissen glauben, was richtig und falsch ist.

Ein »Weiter so« dürfe es nicht geben, wird jetzt immer wieder mit Blick auf eine mögliche erneute große Koalition gefordert. Dabei haben die Wähler doch schon längst entschieden, dass es ein »Weiter so« nicht mehr geben wird. Und zwar durch die neue Zusammensetzung des Bundestages, in dem nichts so bleiben wird, wie es einmal war. Daran wird auch die Zusammensetzung der Regierung nichts mehr ändern. Möglicherweise ist die größte Veränderung im Deutschen Bundestag nicht nur der Einzug der AfD, sondern auch eine nationalliberale FDP, die nicht mehr Mehrheitsbeschafferin der Union sein will, sondern mit der CDU auf Augenhöhe um die Vorherrschaft in ihrem Teil des Wählerspektrums streiten will. Nicht mehr nur die SPD wird zukünftig von links angegriffen, sondern CDU und CSU gleich doppelt von rechts. Folglich wird in der neuen Legislaturperiode nichts bleiben, wie es ist, egal wer auf der Regierungsbank sitzt.

Das ist nicht nur nicht so schlimm. Es muss einem auch nicht gefallen, aber so ist unsere Demokratie.



Alles anders – als bei Jamaika

Erstmals treffen sich die Spitzen von Union und SPD zu Gesprächen. Sie stapeln tief. Vor allem die Kanzlerin will alte Fehler vermeiden

Die Welt vom 14.12.2017

Früher gab es Koalitionsverhandlungen und dann eine Regierung. Heute gibt es Vorsondierungen, dann Sondierungen, dann vielleicht Koalitionsverhandlungen, die dann eventuell in eine Regierung münden könnten. Die mögliche große Koalition ist nun im ersten Stadium angekommen: der Vorsondierung – aber vielleicht wäre es adäquater, bei den Gesprächen am Mittwochabend von Vorvorsondierung zu sprechen.

Manchem der Beteiligten scheinen gar alle Begriffe zu verbindlich, gerade die Sozialdemokraten versuchen noch den Eindruck zu erwecken, als ließe sich die große Koalition vermeiden. Das belastet die Gespräche von Anfang an. Zumal in der Union einige sich nun ihrer Wunschkoalition nahe wähnen. Die WELT erklärt die Ausgangslage.

VON ROBIN ALEXANDER, DANIEL FRIEDRICH
STURM UND THOMAS VITZTHUM

SPD: Manchem Sozialdemokraten erscheint es wie eine Quadratur des Kreises, die eigenen Pläne, die Erwartungen der Basis und die Möglichkeiten der Union in Einklang zu bringen. Die Skepsis gegenüber einer großen Koalition in der SPD ist groß. Parteichef Martin Schulz, der die Genossen in dieser Hinsicht erst auf die Bäume getrieben hat, muss sie nun herunterlocken. Genau deshalb haben die parteiintern geradezu heiligen „Gremien“ ein erhebliches Mitspracherecht. Bereits am Freitag kommen sie abermals zusammen, um das weitere Prozedere zu beraten: Zunächst die informelle „Montagsrunde“, also die enge Führung, um zehn Uhr das Präsidium, um 11.30 Uhr der – jüngst auf 45 Personen aufgeblähte – Parteivorstand. Es darf damit gerechnet werden, dass Schulz empfiehlt, weitere Gespräche mit der Union zu führen. Die Gremien dürften folgen, wengleich nicht unbedingt einstimmig.

Der Trubel um die „KoKo“, also eine nur auf punktueller Zusammenarbeit basierende Kooperationskoalition, hat – mal wieder – die Inhalte der SPD vollkommen verdrängt. Das Grundproblem von Schulz' erfolgloser Wahlkampagne besteht fort: Die Programmpartei SPD ist, anders als 2013, nicht in der Lage, drei, vier, fünf Kernanliegen zu benennen. Auf dem Parteitag in der vergangenen Woche hat Schulz das Ziel der Ver-

einigten Staaten von Europa ausgegeben, bitte bis zum Jahre 2025. Ist das nun ein Herzensanliegen des strategisch unbedarften Parteichefs? Dann müsste er es nun durchkämpfen. „Antworten auf Emmanuel Macron“ zu geben – diese Forderung kommt doch etwas schwammig daher. Seit der Wahl ist übrigens nichts mehr zu hören von Schulz' Forderung aus dem Fernsehduett mit Angela Merkel, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abubrechen. Ist das noch seine Position? Und wie wichtig ist sie?

Etwas geordneter kommt die sozialpolitische Agenda der SPD daher. Ob es gelingt, was der rot-grüne Koalition misslang, nämlich die Bürgerversicherung durchzusetzen, ist ungewiss. Die Union winkt ab. Realistischer ist es, gleich hohe Beiträge („Parität“) von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Krankenversicherung durchzusetzen. Die Möglichkeit für Beamte, sich gesetzlich zu versichern (wie in Hamburg), wäre eine weitere Option. Ob die SPD überhaupt mit der Union über eine Koalition verhandelt? Dafür muss erst ein Parteitag seinen Segen geben.

CDU: Die CDU hat sich vorgenommen, die Vorsondierung nicht mit Inhalten zu belasten. Für den potenziellen Partner SPD ist die Lage schwer genug, hat



die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Merkel analysiert. Und sie hat in den Spitzengremien deshalb die Parole ausgegeben: Lasst es uns ihnen nicht noch schwerer machen! Die wenigen Projekte, die sich im gemeinsamen Wahlprogramm mit der CSU fanden, sollen deshalb erst in die Verhandlungen eingebracht werden, wenn diese auf sicherem Gleis fahren – also erst im kommenden Jahr.

Bis dahin konzentriert sich Merkel, die an der Seite ihres Fraktionsvorsitzenden und treuen Knappen Volker Kauder in die Gespräche zieht, auf Verfahrensfragen. Hier lautet das Motto: Alles soll anders werden als bei Jamaika. Die wochenlangen Verhandlungen mit CSU, Grünen und FDP waren geprägt von Detailismus und Durchstechereien. Merkel war es nie gelungen, Struktur und Zielorientierung in die Gespräche zu bringen. Das soll nun ganz anders werden. Auf Vertraulichkeit wird so viel Wert gelegt, dass nicht einmal der Ort verraten wurde, an dem sich die Unterhändler treffen. Twittern ist verboten. Wasserstandsmeldungen wird es aus der GroKo-Sondierung auch nicht geben – wenn es nach Merkel geht.

Die Gespräche sollen, zweitens, relativ zügig erfolgen. Bis Weihnachten soll ein Fahrplan stehen, dann nach einer Pause bis Ende Januar das Sondierungspapier. Dieses soll möglichst nur acht bis zehn Seiten umfassen und die Regierungsvorhaben in groben Strichen zeichnen. Das hatte Merkel allerdings auch schon bei Jamaika vorgeschlagen und war am Ende mit über 60 Seiten und über 200 eckigen Klammern mit Streitpunkten geendet.

CSU: In der CSU wurde vor der Bundestagswahl geraunt, dass Merkel ja keine andere Koalition lieber hätte als ein Jamaika-Bündnis. Das war nicht anerkennend gemeint, sondern wurde als unschönes Szenario empfunden. Das Scheitern dieser Konstellation rief

denn auch Erleichterung hervor. Ein Bündnis mit den Grünen ist den ohnehin verstimmten Anhängern doch schwer zu vermitteln.

Stimmen, die SPD werde sich im Fall des Falles schon bewegen, sind in der CSU während der gesamten Jamaika-Verhandlungen nicht verstummt. Das mag anfangs die Ernsthaftigkeit der Gespräche belastet haben. Jetzt jedoch glaubt die CSU, die Koalition zu bekommen, die sie immer wollte: die große.

Doch nun belastet etwas anderes die Gespräche. Die Partei steht vor einer Machtteilung. Markus Söder soll im Frühjahr bayerischer Ministerpräsident werden. CSU-Chef Horst Seehofer aber die Verhandlungen in Berlin führen. Was will der eine, was der andere? Diese Frage dürfte immer im Raum schweben. Entscheidend ist, ob beide mit einer Stimme zu sprechen lernen. Bei der Vorsondierung fehlt Söder. Seehofer und Landesgruppenchef Alexander Dobrindt vertreten die CSU. Die wünschen sich ein „Zukunftprojekt“ für das neue Bündnis.



Das wird mix

Die Autorität der Kanzlerin schwindet, die SPD fürchtet den Untergang – viel spricht dafür, dass auch die Verhandlungen über eine Neuaufgabe der großen Koalition scheitern **VON MATTHIAS GEIS**

Am Beginn der Woche, in der die Weichen für die künftige Regierung gestellt werden sollen, mahnt die Kanzlerin zügige Verhandlungen an. »Die Welt« wartet darauf, dass Deutschland wieder agieren könne. Doch realistischer als Merkmals Erwartung ist etwas anderes: ein langes, zähes Ringen, an dessen Ende nicht die Neuaufgabe der großen Koalition, sondern – wie schon zuvor bei Jamaika – das Scheitern steht.

Druck jedenfalls funktioniert nicht mehr. Insbesondere der tägliche Appell an die staatspolitische Verantwortung, mit dem die Sozialdemokraten jetzt wieder in eine Koalition gezwungen werden sollen, hat an der Basis eher den gegenteiligen Effekt. Nicht weil die SPD auf diesem Ohr taub wäre, sondern umgekehrt: weil sie ihrer Pflicht schon so oft nachgekommen ist – koste es, was es wolle. Ihre Verantwortungsbereitschaft der letzten Jahre – angefangen mit der rot-grünen Reformpolitik der Agenda 2010 bis zu den beiden großen Koalitionen seither – hat die SPD ganz dicht an die 20-Prozent-

Marke gebracht. Innerhalb von zwei Jahrzehnten pragmatischen Regierens hat sie die Hälfte ihrer Wähler verloren. Das verzweifelte Gefühl der Genossen am Abend der Bundestagswahl, die Opposition sei der einzige Weg, diesen Abwärtstrend zu stoppen, hat sich bis heute nicht verflüchtigt.

Beim Blick auf die schwindstüchtige Verwandschaft – in den Niederlanden, in Frankreich, in Griechenland – sieht die SPD, was ihr bevorstehen könnte. Aber auch, dass sie noch nicht am Tiefpunkt angelangt ist: »Wir wollen, dass in zehn Jahren noch etwas übrig ist von unserer Partei«, hat der Jusso-Chef auf dem jüngsten Parteitag den Delegierten zugerufen und dafür tausenden Applus geerntet. Viele in der SPD sehen ihre Partei in der Existenzkrise und sind überzeugt, dass eine neue große Koalition den Weg in den Untergang bedeuten würde. Man kann das für übertrieben halten, aber die Ansicht ist in der ältesten Partei Deutschlands weit verbreitet.

Die patriotische Fanfare »Erst das Land, dann die Partei« hat in den Ohren vieler Genossen inzwischen einen hämischen Klang. Die Kanzlerin mag nach dem

Jamaika-Aus ihr Urteil, die Sozialdemokratie sei »auf absehbare Zeit nicht regierungsfähig«, korrigiert haben, die SPD eher nicht. Das haben die Debatten auf dem Parteitag eindrucksvoll demonstriert. Nur die Führung schwankt. In einer beispiellosen Wende hat sie ihre prinzipielle Absage an eine weitere Regierungsbeteiligung unter Angela Merkel kassiert. Das Misstrauen, das sie damit in der Partei gesät hat, ist mit Händen zu greifen. Man könnte behaupten, die Führung der SPD, die sich unter der Fahne »ergebnisoffener Gespräche« auf eine neue Koalition zubewegt, stehe jetzt bei vielen Genossen unter dem Verdacht parteischädigenden Verhaltens.

Die Basis wittert, dass sie mit List und allerhand Versprechen von der neuerlichen Groko überzeugt werden soll. Deshalb gibt es noch viel Gelegenheit, die Sache plätzen zu lassen. Zwar hat der Parteitag der Gesprächsöffnung mit der Union erst einmal zugestimmt, doch das Resultat dieser Sondierungen muss wieder von einem Parteitag gebilligt werden, bevor die eigentlichen Koalitionsverhandlungen beginnen können. Über deren Ergebnis würden dann die Mitglieder entscheiden.



Die Zeit vom 14.12.2017

Im Ringen zwischen der Groko-geneigten Parteispitze und ihren Gegnern hat sich derweil ein grotesker Überbietungswettbewerb entwickelt. Nicht nur die Skeptiker möchten schwer erfüllbare Wünsche – wie die Umstellung des Gesundheitssystems auf eine Bürgerversicherung – am liebsten zu unverhandelbaren Bedingungen erklären. Auch diejenigen, die sich plötzlich doch wieder eine Zukunft an der Seite Merkels vorstellen können, versuchen ihrer Partei die Zumutung durch einen gewissen Ideen-Überschwang schmackhaft zu machen. Die Vereinigten Staaten von Europa, die Martin Schulz als Zielsetzung für 2025 versprochen hat, gehören sicher in diese Reihe.

Dabei scheint die Parteispitze aus dem Auge zu verlieren, dass sie ja nicht mit ihrer Basis, sondern am Ende mit der Union koalieren müsste. Jeder Versuch, die eigenen Leute mit tollen Perspektiven doch noch zu überzeugen, schmälert die Aussichten, mit der Union am Ende wirklich zu einem Abschluss zu kommen.

Denn obwohl Merkel und ihre Partei den Annäherungs- und Abstoßungsbewegungen ihres letzten potenziellen Koalitionspartners bislang weitgehend geduldig zuschauen, gärt es auch in der Union. Das niederschmetternde Wahlergebnis und der Einzug der AfD in den Bundestag haben das Selbstbewusstsein der Partei wie die unangefochtene Autorität der Kanzlerin erschüttert. Beides hat die Bedingungen für eine Koalition mit der SPD deutlich erschwert. Eine Zusammenarbeit, in der sich die SPD ihre Aversion gegen Merkel und die Union auch noch durch maximale Zugeständnisse kompensieren lassen möchte, ist für CDU und CSU nach dem Absturz vom 24. September undenkbar geworden.

Noch reicht Merkels Führungskraft aus, um die Gremien der Partei auf eine große Koalition einzustimmen. Eine Revolte ihrer innerparteilichen Kritiker ist nicht in Sicht. Doch

während die Kanzlerin nahezu täglich den Wert stabiler Verhältnisse hervorhebt und eine Minderheitsregierung ausschließt, bringen ihre Widersacher genau diese Variante ins Spiel. »Wenn es mit der SPD nicht geht, machen wir es eben alleine«, verkündet Jens Spahn.

Selbst der CDU-Wirtschaftsrat hat sich kürzlich für eine Minderheitsregierung offen gezeigt. Darin bekundet sich weniger das neu entdeckte Interesse der Union an demokratischen Experimenten als vielmehr die wachsende Skepsis gegenüber einer bruchlosen Fortsetzung der Politik der vergangenen Jahre. Bei der Anbahnung der Koalitionsverhandlungen zeigen sich in der Union bereits die beginnenden Konflikte über die künftige Ausrichtung der Partei. Insbesondere die Kräfte, die sich nach einer Kurskorrektur nach rechts sehnen, sind an einer Koalition zu SPD-Bedingungen nicht interessiert. Und sollte Angela Merkel bei der Regierungsbildung ein zweites Mal spektakulär scheitern, wäre das für ihre Konkurrenten ein willkommener Nebeneffekt.

Das verbindet überraschenderweise die Konservativen in der Union mit den Groko-Gegnern in der SPD: Beim Torpedieren einer neuerlichen Zusammenarbeit sind sie sich wechselseitig behilflich. Und Merkels Autorität ist schon nicht mehr groß genug, der SPD – etwa bei Steuern, Sozialsystemen, Migration und Europa – zu geben, was sie verlangt, um die Skeptiker unter den Genossen zufriedenzustellen.

**Nicht nur die SPD
verhält sich
paradox, auch die
Wähler wollen
Widersprüchliches**



Die Zeit vom 14.12.2017

Während gerade die SPD-Führung Merkmals Autoritätsverfall genüsslich an die Wand malt, als ließe sich dadurch die eigene prekäre Lage besser verkraften, scheint sie zu vergessen, dass gerade die Schwäche der Bundeskanzlerin die Chancen auf die Durchsetzung sozialdemokratischer Forderungen nicht erhöht, sondern eher weiter minimiert.

Natürlich ließen sich auch jetzt wieder vernünftige Kompromisse zwischen CDU, CSU und SPD finden, mit denen das Land halbwegs geräuscharm regiert werden könnte. Nur entscheiden die denkbaren Kooperationslinien diesmal nicht über das Zustandekommen der Regierung. Vielmehr hat gerade der Konsenszwang der gemeinsamen Regierungsjahre eine Dynamik erzeugt, in der nun die Aversionen und Gegensätze zwischen den einstigen Partnern dominieren.

In der SPD kommt – anders als in der Union – erschwerend hinzu, dass sie seit je an der Regierungsrolle leidet. Als wollte Martin Schulz die Sehnsucht seiner Partei bedienen, am liebsten Regierung und Opposition zugleich sein zu dürfen, hat er sich ein Modell ausgedacht, in dem sich die Kooperation in der Regierung auf einzelne ausgewählte Projekte beschränken soll, während die Sozialdemokraten ihren Koalitionspartner, die Union, auf anderen Feldern nach Herzenslust bekämpfen und wenn möglich überstimmen könnten.

Vielleicht hat es die bundesdeutsche Demokratie mit dem pragmatischen Konsens wirklich etwas zu weit getrieben. Es ist sicher auch etwas dran an dem Unbehagen der SPD, sie könnte an der Macht erodieren. Das spräche für die Opposition. Aber nun den Verantwortungsausschreien nachzugeben, um sich diesen in einer Art Teilzeit-Koalition dann doch wieder zu entziehen, klingt ziemlich absurd. Letztlich beleuchten solche Szenarien nicht nur das Dilemma der SPD, sondern auch das ihres Vorsitzenden. Er

sucht nach einer Quadratur des Kreises. Die wird es mit der Union nicht geben.

Allerdings ist die SPD in diesen Tagen nicht der einzige paradoxe Spieler. In der Doppelgesichtigkeit der Genossen lässt sich auch die widersprüchliche Haltung des Wahlvolks erkennen. Es sind schließlich die deutschen Wähler, die nicht nur Berechenbarkeit und Stabilität der politischen Verhältnisse einfordern, sondern zugleich die fehlende Streitbarkeit im konsensualen Politikbetrieb kritisieren. Sie schätzen die durch Kompromissbereitschaft erzeugte Stabilität des Systems und sehnen sich zugleich nach der überraschenden Kreativität einer vitalen, konfliktfähigen Demokratie.

Dass demnächst die parlamentarischen Verhältnisse in Deutschland zum Tanzen gebracht werden, wie Befürworter einer Minderheitsregierung zuweilen schwärmen, darf bezweifelt werden. Aber die Rückkehr zur alten Stabilität wird es auch nicht mehr geben. Viel spricht dafür, dass nach Jamaika auch die Fortsetzung der großen Koalition scheitert. Käme sie am Ende doch, wären all die Widersprüche, die ihr Zustandekommen schon jetzt zu einem irrsinnig komplizierten Projekt machen, nicht einfach verschwunden.

Union und SPD würden zusammen regieren und sich gegenseitig bekämpfen – fast so wie in Martin Schulz' neuestem Regierungsmodell. Kaum vorstellbar, dass eine dem Realismus verpflichtete Kanzlerin darauf noch ernstlich hoffen mag.



Jetzt sind die Sozialdemokraten am Zug

Der SPD-Vorstand entscheidet, ob er sich eine Zusammenarbeit mit der Union vorstellen kann. Die hat schon ja gesagt

Berlin – Nach dem ersten Spitzengespräch zwischen Union und SPD wächst der Druck auf die Sozialdemokraten, in Sondierungen zur Bildung einer Regierung einzustiegen. An diesem Freitag kommen die SPD-Führungsgremien zusammen, um über die Ergebnisse des Gesprächs mit CDU und CSU sowie über das weitere Vorgehen zu beraten. Der Parteivorstand der Sozialdemokraten muss anschließend entscheiden, ob Sondierungen begonnen werden.

An der Runde am Mittwochabend hatten die Parteivorsitzenden Angela Merkel (CDU), Horst Seehofer (CSU) und Martin Schulz (SPD), die Fraktionschefs Volker Kauder (CDU) und Andrea Nahles (SPD) sowie CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt teilgenommen. Sie vereinbarten Stillenschweigen über den Inhalt des Ge-

sprächs. Beide Seiten erklärten anschließend nur, es habe sich um „ein offenes und vertrauensvolles Gespräch“ gehandelt. Dabei hätten die Vertreter von CDU und CSU „deutlich gemacht, dass sie gemeinsam mit der SPD Sondierungen zur Bildung einer stabilen Regierung aufnehmen wollen“. Dies wurde als klarer Hinweis gedeutet, dass die Union eigentlich nur über eine große Koalition reden will.

Bei der SPD ist die Lage komplizierter. In ihren Reihen gibt es gegen eine neue große Koalition erhebliche Skepsis, die vor einer Woche beim Parteitag nochmals deutlich zum Ausdruck gekommen war. Daher müssen die Sozialdemokraten ihren Mitgliedern glaubhaft machen, zunächst auch über andere Möglichkeiten mit der Union zu reden – etwa die Bildung einer Minder-

heitsregierung oder eine sogenannte Kooperationskoalition, bei der nur bestimmte Punkte verbindlich geregelt wären. Zwar gelten solche Modelle allein deshalb als äußerst unwahrscheinlich, weil die Union sie ablehnt. Doch die SPD-Spitze liefert, frühzeitig am Widerstand in den eigenen Reihen zu scheitern, wenn sie sich bereits im Anfangsstadium von Sondierungen auf eine Neuaufgabe der großen Koalition festlegen würde. Zudem gibt es auch unter den Spitzenossen solche, die ein derartiges Bündnis skeptisch sehen, etwa die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Am Donnerstagmorgen informierte CDU-Chefin Merkel ihre Parteiführung über das Treffen mit der SPD. Die Telefonschalkonferenz mit dem Bundesvorstand

dauerte allerdings keine zehn Minuten. Merkel wiederholte praktisch nur die Erklärung der Union vom Vorrabend. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Julia Klöckner und Fraktionschef Volker Kauder sagten, es mache jetzt auch gar keinen Sinn, weiter darüber zu reden. Es gelte, die Entscheidung des SPD-Vorstands abzuwarten. Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Das lag auch an der Sorge, dass Äußerungen aus der Runde nach außen getragen werden und den Sozialdemokraten ihre Entscheidung erschweren könnten.

An diesem Freitag kommt die CSU zu einem Parteitag zusammen. Die CDU-Spitze trifft sich am Montag wieder. Dann dürfte es auch dort eine ausführlichere Diskussion über das weitere Vorgehen geben. **C. HICKMANN, R. ROSSMANN** >



GROSSE KOALITION

Fisch, Fleisch oder Tofu

VON HERIBERT PRANTL

Martin Schulz, der SPD-Chef, ist seines Unglücks Schmied. Trotzdem ist nicht alles falsch, was er sagt. Sein Vorschlag, statt einer großen Koalition per Koalitionsvertrag eine bloße „Kooperation“ von Union und SPD zu etablieren, ist zwar unpraktikabel und untauglich – der Vorschlag enthält gleichwohl einen richtigen Kern: Die Güte eines Koalitionsvertrags wächst nicht mit dessen Umfang. Ein Koalitionsvertrag ist nicht automatisch gut, wenn er in vielen Spiegelstrichen jeden Krimskrams zu regeln versucht.

Weder Detailversessenheit noch Geschwätzigkeit sind Kennzeichen eines guten Koalitionsvertrags; derlei ist eher Indiz dafür, dass sich die Koalitionäre misstrauen. Ein Koalitionsvertrag muss also nicht 200 Seiten haben, wie das in jüngerer Zeit üblich geworden ist. Der folgenreichste Koalitionsvertrag in der Geschichte der Bundesrepublik war ganze neun Seiten dünn; er wurde 1961 zwischen CDU/CSU und FDP geschlossen und sah vor, dass „der Vorsitzende der CDU, Dr. Konrad Ade-

nauer, das Amt des Bundeskanzlers nicht für die ganze Dauer der Legislaturperiode bekleiden wird“. So war es dann auch. In der Kürze liegt die Würze. Taugt 1961 als Vorbild für 2017/2018?

Es ist nichts dagegen zu sagen, dass etliche Streitpunkte in einem Koalitionsvertrag offen bleiben – und dass dies die Koalitionäre in ihrem Vertrag auch ausdrücklich kundtun. Aber das Regel-Ausnahme-Verhältnis darf nicht umgekehrt werden.

Die Zeit der Spielchen ist vorbei – für SPD und Union

Genau dies aber haben Schulz und Co., also die Befürworter einer „Kooperationskoalition“, propagiert: Sie wollen nur einige wenige Punkte in den Koalitionsvertrag schreiben, alles andere, das Gros der politischen Agenda also, aber erst im Lauf der Legislatur im Parlament streitig ausfechten. Ein Vertrag dieses Inhalts wäre weder Fisch noch Fleisch; so etwas ist Tofu.

Ein Koalitionsvertrag ist ein Regierungsprogramm, und das Wort Programm kommt nicht von Gramm; ein Regierungs-

programm muss also Gewicht haben, nicht physikalisch, sondern inhaltlich. Es muss die Wesentlichkeiten, nicht die Nebensächlichkeiten des Regierens auflisten. Wenn das Gros der Wesentlichkeiten streitig gestellt wird, handelt es sich nicht um einen Vertrag über eine Koalition, sondern um einen Vertrag über eine Minderheitsregierung eigener Art. Das wäre unehrlich, das schüfe eine Regierung, die nicht regiert – es wäre eine Regierung des Ungemachs.

Die SPD muss aufhören damit, sich zu winden wie ein Aal. Sie muss aufhören damit, sich vor sich selbst zu fürchten. Sie muss selbstbewusst in Verhandlungen gehen. Union und SPD müssen jetzt nicht mehr wochenlang „sondieren“ und so tun, als kenne man sich noch nicht. Das Herumgedruckse ist einer anständigen Sache nicht würdig. Nach mittlerweile acht Jahren gemeinsamen Regierens unter Merkel muss man nicht mehr so tun, als ginge man in ein Blind Date. Man muss koalitionsverhandeln und dann entscheiden, ob es für ein neues Bündnis reicht. Jede der Parteien weiß, was dabei für sie auf dem Spiel steht. Die Zeit für Spielchen ist vorbei.



Die Welt vom 15.12.2017

Immerhin soll die Regierung „stabil“

Das erste Gespräch von Union und SPD umgibt etwas Geheimnisvolles. Am Freitag
werden

entscheidet Schulz' Partei über Start von Sondierungen

Nicht nur die Sozialdemokraten gaben sich am Tag nach dem ersten Treffen zur möglichen Bildung einer Koalition wortkarg. Auch in der Union blieb es sehr still. Selbst die Übereifrigen, denen sonst zu jedem Ereignis, zu jedem politischen Vorgang eine Erklärung oder zumindest ein „Spin“ einfällt, zeigten sich einsilbig.

VON DANIEL FRIEDRICH STURM
UND THOMAS VITZTHUM

„Nicht quatschen!“ laute das Motto, hieß es in der SPD. „Absolutes Stillhalten“ sei über das schwarz-rote Gespräch vereinbart worden. Der Umgang damit gilt als hochsensibel. Hier gehe es um nichts weniger als die Frage, ob man sich gegenseitig vertrauen könne und ob einmal getroffene Absprachen eingehalten werden könnten. Ein Belastbarkeitstest also. CDU und CSU seien nicht in allen Punkten einig aufgetreten, war bei den Sozialdemokraten zu hören. Ob es sich dabei aber nur um eine – wenig gewagte – allgemeine Darstellung handelt oder um konkrete

Schlüsse aus dem Gespräch, blieb unklar. Es dürfte vor allem geredet worden sein über die Fragen, wann, wie oft, in welchem Rahmen, wo man sich künftig treffen könne.

Immerhin in einer Frage herrscht zwischen Union und SPD Einvernehmen: Unmittelbar vor und nach Weihnachten will man über nichts Substantielles mehr verhandeln. Dahinter steckt nicht nur der Gedanke, sich Weihnachtsruhe zu gönnen. Man will die Bevölkerung auch nicht mit ständigen Wasserstandsmeldungen nerven. Es herrscht Konsens, das sei bei den Jamaika-Sondierungen der Fall gewesen.

Da die CSU ab dem 4. Januar eine dreitägige Klausurtagung in Kloster Seeon abhält, gilt der 6. Januar nun als Tag, ab dem tatsächlich ernsthaft sondiert werden soll. Wenn es denn dazu kommt. An diesem Freitag werden die Sozialdemokraten erst entscheiden, ob sie in Sondierungen eintreten wollen. Zunächst kommt dazu die engere Führung im Willy-Brandt-Haus zusammen, um zehn Uhr das Präsidium, um 11.30 Uhr der Parteivorstand. SPD-Chef Mar-

tin Schulz und Fraktionschefin Andrea Nahles dürften für ein Placet werben. Eine Zustimmung der Gremien ist wahrscheinlich. Gegen 14 Uhr will Schulz die Presse informieren. In SPD-Kreisen wird damit gerechnet, dass auch der nächste Parteitag terminiert wird, der über den Eintritt in Koalitionsverhandlungen entscheiden soll. Im Gespräch sind der 14. und der 21. Januar.

Dem Vernehmen nach wollen die Sozialdemokraten mit zwölf Teilnehmern in die Gespräche gehen. Daraus leiten CDU und CSU ab, ihrerseits dann auch jeweils mit zwölf Politikern zu erscheinen. Die Zahl von 36 Teilnehmern würde von der Größenordnung an die Jamaika-Gespräche erinnern, bei denen rund 50 Leute dabei waren. Die resultierende Vielstimmigkeit wurde mit als ein Grund für das Scheitern genannt: Schnell verhakte man sich in Detailfragen. Das soll diesmal eigentlich unbedingt vermieden werden.

Nach etwa drei Stunden Gespräch war die gemeinsame Erklärung der drei Parteien am Mittwochabend verschickt worden. Auf den ersten Blick war diese



SPD sondiert und zielt sich

Die SPD wird nach langem Zögern mit CDU und CSU Sondierungsgespräche zur Bildung einer Bundesregierung aufnehmen. Das habe der Vorstand einstimmig beschlossen, sagte der Parteivorsitzende Martin Schulz in Berlin nach einer Sitzung der SPD-Führungsgremien. Obwohl die Union de facto nur über eine große Koalition verhandeln will, beharren die Sozialdemokraten laut Schulz auf ihrem Kurs, „konstruktiv, aber ergebnisoffen“. Sie wollen auch über andere Modelle wie eine Minderheitsregierung unter Führung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) diskutieren. Nach dem Absturz auf 20,5 Prozent bei der Bundtagswahl hatte die SPD sich eigentlich Oppositionsarbeit verordnet.

Schulz sagte, Deutschland brauche eine andere Regierungskultur. Es dürfe kein „Weiter so“ geben. Die Sozialdemokraten wollten auch schon bei den Sondierungsgesprächen mit der Union für einen „anderen Stil“ sorgen. „Bei uns wird es keine Balkenbilder geben, auch kein

Winken.“ Intensives Tüfteln von Zwischenständen aus Arbeitsgruppen solle es ebenso wenig geben. „Die Union meint es ernst. Wir meinen es auch ernst“, sagte Schulz. Ziel sei eine „möglichst stabile Regierung“. Schulz betonte aber: „Es gibt unterschiedliche Modelle, wie man eine stabile Regierung bildet.“

Die Sondierungsgespräche mit der Union sollen Anfang Januar beginnen und bereits in der zweiten Januarwoche abgeschlossen werden. „Es geht um viel, wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt“, sagte Schulz. „Für mich sind die Weihnachtsferien abgesagt.“ Am 11. Januar soll es eine Klausurtagung des SPD-Vorstands geben, für den 14. Januar ist vorläufig ein Sonderparteitag geplant. Für die Sondierungen ernannte die SPD eine zwölfköpfige Verhandlungskommission. Dieser wird der bisherige Vizekanzler, Außenminister Sigmar Gabriel, nicht angehören.

SPD nachgedacht wurde, vom Tisch ist. Ein solches Modell, bei dem man nur gemeinsame Kernanliegen formulieren würde, lehnt die Union ab.

Wie ernst es übrigens gerade die Sozialdemokraten mit dem Bemühen um Diskretion meinten, lässt sich an ihrem Verdross darüber erkennen, dass der Ort des Treffens bekannt geworden war. Selbst der sollte geheim bleiben. Doch dann hätte die Gruppe wohl besser die Privatwohnung eines Beteiligten gewählt – und nicht das Büro des Unionsfraktionsvorsitzenden Volker Kauder (CDU). Dort im Jakob-Kaiser-Haus, unweit des Reichstagsgebäudes, war die kleine Runde zusammengekommen. Das ZDF sendete denn auch prompt Bilder von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in Kauders Büro. In dem Raum hängt ein Kruzifix in der Anmutung zweier zusammengehörender Zweige. Das Kreuz hatte Nahles als Bundesarbeitsministerin Kauder zum 65. Geburtstag geschenkt. Noch ist die mögliche neue GroKo an einem Punkt, wo sich in solchen Anekdoten das Gemeinsame fast schon erschöpft.



CDU, CSU UND
 SPD HABEN EIN
 VERTRAUENSVOLLES
 GESPRÄCH GEFÜHRT

AUS DER GEMEINSAMEN
 ERKLÄRUNG



Die Welt vom 16.12.2017

SPD verzichtet auf Gabriel

Der Parteivorstand entscheidet sich nach langem Sträuben für Gespräche mit der Union, jetzt muss Schulz die Basis überzeugen

Nun also doch. Die SPD wird offiziell Sondierungen über eine Regierungsbildung mit CDU und CSU anstreben. Das entschied der Parteivorstand am Freitag einstimmig bei einer Enthaltung. Schon vorher war die Nachricht durchgesickert.

VON TOBIAS HEIMBACH UND
DANIEL FRIEDRICH STURM

Bei einer Pressekonferenz am Nachmittag im Willy-Brandt-Haus stellte ein zwischen Scherzen und Dünnhäutigkeit schwankender SPD-Chef Martin Schulz den Zeitplan für weitere Gespräche vor. Am gleichen Ort hatte er zweimal gesagt, seine Partei stehe nicht für eine Regierung mit der Union zur Verfügung.

Am Freitag betonte Schulz: „Ob Gespräche in eine Regierung münden, ist offen.“ Es gehe um Inhalte und wie man diese umsetzen könne. Als Themen, die anzugehen seien, nannte Schulz etwa die schwierige Situation in der Pflege, befristete Arbeitsverhältnisse, steigen-

de Mieten und finanzielle Hilfen für Kommunen. Fraktionschefin Andrea Nahles sagte: „Es geht darum, den Zusammenhalt zu stärken – in Deutschland und in Europa.“

Für kommenden Mittwoch ist ein Treffen der Sechser-Runde der Partei- und Fraktionschefs geplant. Daran werden Angela Merkel (CDU), Horst Seehofer (CSU) und Schulz zusammen mit den Fraktionschefs Volker Kauder (CDU), Andrea Nahles (SPD) und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt teilnehmen. Geht es nach der SPD, wird mit den Sondierungen in größerer Runde am 7. Januar begonnen, hieß es im Willy-Brandt-Haus.

Die Parteien haben sich darauf geeinigt, jeweils zwölf Vertreter zu entsenden. Für die SPD werden dies Schulz, Nahles und die sechs Parteivizes sein. Ebenfalls dabei sein werden Generalsekretär Lars Klingbeil, und NRW-Landeschef Michael Groschek. Auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil und die stellvertretende Minister-

präsidentin des Saarlandes Anke Rehlinger. Beide hatten in diesem Jahr mit der CDU in ihren Bundesländern über große Koalitionen verhandelt. Bemerkenswert ist auch, wer zunächst nicht dabei ist: Ex-Parteichef und Außenminister Sigmar Gabriel, der 2013 maßgeblich die große Koalition schmiedete. Schulz erklärte, dass es vor allem die Parteiführung ist, der Gabriel nicht angehört, die sondieren soll. Schulz und Nahles hätten während der Vorstandssitzungen keinerlei Differenzen erkennen lassen, hieß es in Teilnehmerkreisen.

Der Druck der Parteibasis auf Martin Schulz und den Parteivorstand bleibt weiter hoch. Mitte Januar ist ein weiterer Parteitag geplant. Dort schlägt der Parteivorstand vor, ob die SPD eine große Koalition, eine Minderheitsregierung oder ein anderes Modell verfolgen soll. Die Delegierten stimmen dann ab. Schulz muss zu diesem Zeitpunkt bereits konkrete Zusagen präsentieren, ansonsten könnte es mit der Zustimmung schwer werden. Als Termin ist



derzeit der 14. Januar vorgesehen. In der Partei gibt es starke Zweifel, ob die eigene Basis dann von möglichen Koalitionsverhandlungen überzeugt werden kann, wenn lediglich eine Woche lang sondiert wurde. Entsprechend äußerten sich unter anderem Familienministerin Katarina Barley, SPD-Frauen-Chefin Elke Ferner und der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert, hieß es nach der Sitzung aus Teilnehmerkreisen. SPD-Vize Olaf

Scholz soll dagegen gesagt haben, eine weitere Woche Sondierungen bringe keine Vorteile.

Eine der wichtigsten Aufgabe sei nun die Kommunikation mit den SPD-Mitgliedern, die am Ende über einen möglichen Koalitionsvertrag abstimmen sollen („Mitgliedervotum“). Man müsse die Partei regelmäßig „auf dem Laufenden“ halten, hieß es. Das könnte zu einer Gratwanderung führen, denn andererseits will die SPD – im Gegensatz zu den Jamaika-Parteien – nicht jedes Detail aus den Gesprächen sogleich veröffentlichen. Auch bei der Pressekonferenz am Freitag sagte Schulz: „Es wird kein huldvolles Winken vom Balkon geben und auch kein Twittern von Zwischenständen.“ Basis der Sondierungen soll der in der vorigen Woche verabschiedete Leitantrag sein. CDU und CSU müssten wissen, sagte ein einflussreicher Genosse, dass die Sozialdemokraten vielleicht zwei Drittel ihrer wichtigsten Forderungen durchsetzen müssten, um den Parteitag zu überstehen.



ES WIRD KEIN
HULDVOLLES
WINKEN VOM
BALKON GEBEN

MARTIN SCHULZ, SPD-Chef
über die Sondierungen



Die Welt vom 19.12.2017

CDU sondiert ohne de Maizière

Partei gibt Verhandlungsteam bekannt. Gespräche sollen bis Mitte Januar laufen.

Schulz beansprucht offenbar Finanzministerium für SPD

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will mit der SPD nur über eine feste Koalition verhandeln. Es müsse eine „stabile Regierung“ gebildet werden, sagte Merkel in Berlin nach einer Sitzung der CDU-Spitze. „Alles andere wäre aus Sicht der CDU kein Erfolg von Sondierungsverhandlungen.“ Eine Regierung mit wechselnden Mehrheiten lehne sie ab.

Bis Mitte Januar sollen die Sondierungen zwischen CDU, CSU und SPD laufen. Alle drei Parteien gehen in gleicher Teamstärke in die Verhandlungen – mit jeweils zwölf Teilnehmern. Für die CDU werden Merkel, Unionsfraktionschef Volker Kauder, der Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer, Peter Altmaier, Annegret

Kramp-Karrenbauer, Reiner Haseloff und Jens Spahn in den Gesprächen sitzen. Zudem werden die fünf stellvertretenden Parteivorsitzenden Volker Bouffier, Julia Klöckner, Armin Laschet, Ursula von der Leyen und Thomas Strobl teilnehmen.

Generalsekretär Peter Tauber wird laut der Kanzlerin noch bis in den Januar erkrankt sein. Daher fehlt er bei den Sondierungsgesprächen für eine große Koalition. Außerdem sind bei den Gesprächen zur GroKo einige Verhandler aus den Jamaika-Treffen nicht dabei: Thomas de Maizière, Daniel Günther, Daniel Caspary und Hermann Gröhe.

Der SPD-Vorstand hatte am Freitag grünes Licht für Sondierungsgespräche mit der Union ge-

geben. Dabei ließen die Sozialdemokraten allerdings offen, ob die Gespräche in eine Koalition münden sollen oder in eine lockere Form der Kooperation. Für Mittwoch ist ein weiteres Spitzengespräch der Partei- und Fraktionschefs von Union und SPD geplant. Die eigentlichen Sondierungen dürften Anfang Januar beginnen.

Die SPD hatte schon vergangene Woche ihr Team bekannt gegeben. Neben Parteichef Martin Schulz und Fraktionschefin Andrea Nahles sollen ihm die sechs Parteivizes (Olaf Scholz, Natasa Kohnen, Malu Dreyer, Thorsten Schäfer-Gümbel, Manuela Schwesig, Ralf Stegner), Generalsekretär Lars Klingbeil, Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, der nordrhein-

westfälische SPD-Chef Michael Groschek und die saarländische Vizeministerpräsidentin Anke Rehlinger angehören.

Derweil hat SPD-Chef Martin Schulz einem Bericht zufolge bei möglichen Koalitionsverhandlungen mit der Union das Finanzministerium für seine Partei beansprucht. „Das Bundesfinanzministerium ist das Ziel“, zitierte das „Handelsblatt“ Schulz. Der Parteichef habe dies am Mittwoch bei einer internen Runde mit SPD-Bundestagsabgeordneten des Ruhrgebiets angekündigt. Schulz habe weiter erklärt: Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, was für eine Schlüsselstellung das Ressort innerhalb einer Regierung hat.

DW



Eine Partei sucht neue Freunde

Die FDP wirbt für ein Bürgerrechts-Gesetz, das sie in einem Jamaika-Bündnis wohl hätte durchsetzen können

Berlin – Die FDP will nun, nachdem sie die Gespräche über eine Jamaika-Koalition platzen lassen hat, für ihre zentralen Anliegen im Parlament Mehrheiten suchen. Den Auftakt soll an diesem Dienstag ein Gesetzentwurf machen, in dem die Liberalen das Ende der rechtlich umstrittenen Vorratsdatenspeicherung verlangen; außerdem wollen sie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in der jetzigen Form wieder abschaffen, das Internet-Plattformen verpflichten, strafbare Hassreden schneller zu löschen. „Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger sind durch den Gesetzgeber in der letzten Legislaturperiode in einer Vielzahl von Fällen unverhältnismäßig eingeschränkt worden“, heißt es in dem Papier für ein „Gesetz zur Stärkung der Bürgerrechte“, das die Fraktion am Montag beraten hat.

Die FDP ist in einer misslichen Lage. Das Ende der Vorratsdatenspeicherung ist eines ihrer Kernanliegen. Auf den letzten Metern der Sonderungsgespräche mit CDU, CSU und Grünen über eine Jamaika-Koalition hatte sie zusammen mit den Grünen der Union bereits das Zugeständnis abgerungen, dass die Vorratsdatenspeicherung nur noch anlassbezogen angewendet werden sollte. Auch beim Netzwerkdurchsetzungsgesetz hatten sich CDU und CSU kompromissbereit gezeigt. Dann aber brachen die Liberalen unter ihrem Chef Christian Lindner die Verhandlungen ab, weil sie fürchteten, es werde insgesamt nicht genügend von ihrer Politik in einem Jamaika-Bündnis umgesetzt. Lindner hat der FDP nun die Oppositionsrolle verordnet – aus dieser Position heraus muss die FDP nun für Vorhaben werben, die sie als Regierungspartei hätte umsetzen können. Und sie muss sich dafür Mehrheiten suchen, nach Möglichkeit an der rechtspopulistischen AfD vorbei, die sie gleichzeitig kleinhalten möchte.

Inwieweit die Strategie aufgeht, werden die kommenden Wochen und Monate zei-

gen. Was die Vorratsdatenspeicherung angeht, setzt die Fraktion nicht auf die Stimmen der Union, nur weil sie während der Zeit der Sondierungen bereit gewesen war, Änderungen vorzunehmen. Solche Zusätze hätten seit dem Scheitern der Gespräche keinen Wert, heißt es in der Fraktionspitze. Die Union wäre diesen Schritt nicht aus Überzeugung gegangen, sondern hätte ihn als Teil eines Interessenausgleichs verstanden, um Jamaika möglich zu machen. Außerdem gelte, dass nichts vereinbart sei solange nichts alles vereinbart ist. Theore-

tisch könnte es für den Gesetzentwurf der FDP eine Mehrheit jenseits der Union und der AfD geben. Auch Linke und Grüne sehen die Vorratsdatenspeicherung kritisch; die SPD hat die Unionslinie in der großen Koalition zwar mitgetragen, intern ist sie aber ebenfalls umstritten. Es wäre jedoch eine große Überraschung, wenn sich die SPD, die vor Gesprächen mit der Union über eine Regierungsbeteiligung steht, in dieser Situation auf die Seite der Liberalen schlagen würde.

Inhaltlich begründet Stephan Thoma, Fraktionsvize und Rechtsexperte der FDP, den Gesetzentwurf damit, dass die gegenwärtige Rechtslage „schwerwiegende“ Eingriffe in die Grundrechte der Bürger erlaube, die durch ihr Verhalten keinen Anlass gegeben hätten und sich „diesen Maßnah-

men auch nicht entziehen“ könnten. Auch der Europäische Gerichtshof habe eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung für rechswidrig. Beim Netzwerkdurchsetzungsgesetz bestehe das Risiko, dass auch „zulässige Meinungen“ gelöscht werden könnten.

Die FDP muss in der nächsten Zeit Erfolge vorweisen – Umfragen zufolge nehmen die Bürger ihr Übel, dass sie die Jamaika-Sondierungen hat platzen lassen. Die Zustimmungswerte für die Partei und ihren Chef Lindner sind gesunken. FDP-Vize Wolfgang Kubicki sagte am Montag: „Wir haben zwar wegen der Tatsache, dass wir vom Tisch aufgestanden sind, eine kleine Delle bekommen.“ Dies aber werde die „Erfolgsgeschichte der FDP“ nicht dauerhaft belasten.“

MIKE SZYMANSKI

„Vergendete Zeit“

Albrecht Glaser, der umstrittene Kandidat der rechtspopulistischen AfD für eines der Ämter als Bundestags-Vize, ist am Montag als Gast der FDP-Fraktion mit seinen islamfeindlichen Ansichten durchgefallen. Die Liberalen hatten ihm als bisher einzige Fraktion die Gelegenheit gegeben, sich noch einmal vor den Parlamentariern zu erklären. Als er dem Vernehmen nach erneut argumentierte, es handle sich beim Islam nicht um eine Religion, und Muslimen deshalb das Grundrecht auf Religionsfreiheit absprach, sei er von Wolfgang Kubicki, dem Bundestagsvize, unterbrochen worden. Teilnehmer berichten von „vergeudeter Zeit“. Zuvor hatte Kubicki betont, die FDP habe sich „stillschlüssig“ wollen, wenn jemand um ein Gespräch bitte. Er war nicht davon ausgegangen, dass dies die Ablehnung Glasers durch seine Fraktion beeinflussen werde.

Abgestürzt

VON STEFAN BRAUN
UND CERSTIN GAMMELIN

Berlin – Es sollte ein Akt der Stärke sein. Ein Moment voller Selbstvertrauen; ein Augenblick größtmöglicher Unabhängigkeit. Bis jetzt aber ist der nächtliche Auftritt vom 19. November für Christian Lindner vor allem eines: eine schwere Belastung für die FDP und ihren Vorsitzenden. Sicher, Umfragen sind nicht mehr als Momentaufnahmen. Trotzdem wird der Trend einen Monat nach dem spektakulären Jamaika-Austritt zum Problem für den FDP-Chef. Das zeigen zahlreiche Wählerbefragungen; es lässt sich bei Abgeordneten erspüren. Und ausgerechnet die Vertreter der deutschen Wirtschaft sind richtig garsstig geworden in der Kommentierung.

Im Kieler Yachtclub hagelt es jetzt Kritik von den Wirtschaftsverbänden

Vier Wochen nach dem überraschenden Auszug der Liberalen aus den Sondierungsgesprächen in der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin weisen so gut wie alle Umfragen aus, dass die FDP an Zustimmung verloren hat. Man könnte auch sagen: Sie ist mit diesem Akt in ein Loch aus Unverständnis und Misstrauen gefallen. Die Partei selbst hat gegenüber dem Wahlergebnis zwei bis drei Prozentpunkte eingebüßt. 30 Prozent der Befragten geben in Umfragen der FDP die Hauptschuld für die langwierige Regierungssuche. Darüber hinaus sind Lindners persönliche Werte eingebrochen; in den Politiker-Ranglisten ist er nach hinten gerutscht. Dazu kommt, dass die FDP auch bei Fragen nach der Glaubwürdigkeit im Augenblick nicht gut abschneidet. Beim Meinungsforschungsinstitut Forsa fällt das aktuelle Ergebnis nur bei der AfD schlechter aus als bei den Liberalen. Demnach halten gerade 13 Prozent der Befragten die Liberalen für glaubwürdig.

Dieser Wert dürfte in der Parteizentrale besonders aufmerksam registriert werden. Immerhin hatte Lindner mit seinem Satz, er wolle „lieber nicht regieren als falsch regieren“, genau darauf abgezielt, seine Glaubwürdigkeit zu bewahren. Jetzt aber bekommt er bei allem, was er an Union und SPD kritisieren will, vorgehalten, er hätte selbst regieren und also deren Fehler verhindern können.

Besonders scharf fällt die Kritik in Schleswig-Holstein aus, wo jene schwarz-gelb-grüne Koalition das Land regiert, die Lindner im Bund verhindert hat. Auf einem parlamentarischen Abend vergangene Woche im Kieler Yachtclub kontert Nico Fickinger, Hauptgeschäftsführer des Allgemeinen Verbands der Wirtschaft Norddeutschlands und von Nordmetall, das Motto Lindners, das für den Ausstieg aus den Sondierungen erhalten musste. Statt „Besser nicht regieren als falsch regieren“ formulierte der Verbandschef: „Es ist besser, selbst zu regieren, als von anderen falsch regiert zu werden.“ Eine Regierungspartei werde nicht nur daran gemessen,

womit sie sich durchsetze, sondern auch daran, „wie viele unvernünftige Ideen sie verhindert“.

Nun bleiben solche Kommentare und Umfragen bislang Momentaufnahmen. Trotzdem könnte es für Lindner jetzt deutlich schwerer werden als von ihm kalkuliert, sein eigentliches strategisches Ziel zu erreichen. Spätestens nach dem Nein zu Jamaika war deutlich geworden, dass der Liberale vor allem auf die alten Merz-Anhänger in der Union abzielt. Streng nach dem Vorbild der niederländischen Liberalen von der VVD, die im Nachbarland mit Mark Rutte an der Spitze nicht nur die stärkste Fraktion im Parlament, sondern auch den

Regierungschef stellen. Lindners Hoffnung also: Konservative Wirtschaftsliberale anlocken, die den Kurs von Angela Merkel in der Wirtschafts- und der Flüchtlingspolitik schon seit Jahren kritisieren. Der Satz von Friedrich Merz, die Sozialdemokratisierung der CDU schreite immer weiter voran, ist ja schon viele Jahre alt. Überholt aber ist er nicht, zumal dann, wenn tatsächlich eine neue große Koalition kommen sollte.

Inzwischen zeichnet sich jedoch ab, dass im kollektiven Gedächtnis des politischen Deutschlands Lindners Nein zu Jamaika nicht als entschlossener Kampf für die eigenen Überzeugungen, sondern als



nen heiligen Vers, die Liberalen seien „Anwälte der sozialen Marktwirtschaft und des Mittelstandes, nicht Interessenvertreter von Verbänden“. Die Stimmung ändert das nicht – vielleicht auch, weil viele Unternehmen des Mittelstandes ja Mitglieder in den Verbänden sind, deren Chefs ihn kritisieren. Jamaika hätte einen politischen Modernisierungsschub bewirken können, sagt Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer. Er sei enttäuscht, sagt Gerhard Braun, Präsident der rheinland-pfälzischen Landesvereinigung der Unternehmensverbände. Er habe fest mit Jamaika gerechnet. FDP-Fraktionsvize Michael Theurer räumt am Montag ein, dass es weiter

Und auch auf Facebook ist der Ton jetzt vorwurfsvoll

„Erklärungsbedarf“ gebe, es werde gefordert, „dass wir die Gründe offensiver kommunizieren“. Auch in sozialen Netzwerken wie Facebook ist der Ton teilweise vorwurfsvoll. Am vergangenen Freitag wird bekannt, dass die Bundesregierung wahrscheinlich auf dem 150-Millionen-Euro-Kredit für die nun abgewickelte zweitgrößte deutsche Fluggesellschaft Airberlin sitzen bleiben wird. Lindner erklärt, der Staatskredit sei „nicht akzeptabel“ gewesen. Auf Facebook regiert ein Nutzer genervt. Wenn Lindner in einer Regierung wäre, könnte er das sagen. Aber daraus sei ja nichts geworden. „Also lieber nichts sagen, ist in der Situation besser“.

Das klingt nach tiefer Enttäuschung, und doch dürfte Lindner noch eine ganz andere Sorge umtreiben, die um die finanzielle Lage der Partei. Der Erfolg der FDP in diesem Jahr hat auch viel mit Geld zu tun. Neben der Union haben die Liberalen die meisten Großspenden erhalten. Insbesondere die Wirtschaft hatte sich vom Wiedereinzug der FDP in den Bundestag viel versprochen und entsprechend Geld überwiesen. Die Organisation Lobby Control beziffert die Großspenden an die FDP im ersten Halbjahr 2017 auf knapp eine Million Euro.

Lindner muss nun befürchten, dass enttäuschte Unternehmer sich von der FDP abwenden, hin zur Union. CDU/CSU reklamieren das Thema Wirtschaft bereits für sich. Hier müsse man vorankommen und Wähler überzeugen, sagte Fraktionsvize Volker Kauder am Sonntag in der ARD.

Flucht und Feigheit interpretiert wird. Mit Ersterem hätte er gut leben können; Letzteres dürfte ihm Sorgen bereiten.

Wie ernst die Lage ist, zeigt sich an den Auftritten Lindners, die jetzt anders ausfallen als vor dem Rückzug. Selbstsicher und souverän, so stand er viele Wochen vor dem Kamera. Seit seinem Ausstieg aus den Jamaika-Sondierungen sind er und sein Team dagegen zur Verteidigung genötigt. „Die FDP ist nicht der Lieferservice für Wirtschaftsverbände“, sagte Lindner am vergangenen Sonntagabend in der ARD, als er etwas zu den Vorwürfen aus der Wirtschaft sagen soll. Schon in den Tagen zuvor wiederholte er wie ein Mantra, wie ei-



Große Koalition oder nichts

Merkel schließt vor Gespräch mit SPD tolerierte Minderheitsregierung und „Koko“ aus

Berlin – Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Montag klargemacht, dass sie als Ergebnis der Gespräche mit der SPD nur eine große Koalition akzeptieren wird. Die CDU-Vorsitzende sagte, die Union wolle eine „stabile Regierung“, das bedeute, „nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen“. Alles andere wäre „aus Sicht der CDU kein Erfolg von Sondierungsverhandlungen“. Merkel schloss damit explizit sowohl eine von der SPD tolerierte Minderheitsregierung als auch eine Kooperationskoalition („Koko“) aus – beide Modelle haben innerhalb der SPD viele Anhänger.

Die CDU-Vorsitzende sagte, neben der Verständigung auf eine stabile Regierung müsse bei der Sondierung mit der SPD auch „Einigkeit in bestimmten Sachfragen“ erzielt werden. Wenn diese beiden Ziele mit den Sozialdemokraten nicht erreicht werden können, wäre die SPD nicht mehr „der privilegierte Partner, und dann würde man sich vollkommen neu als Union orientieren müssen“.

An diesem Dienstag kommen die Spitzen von CDU und CSU in Berlin zusammen, um ihren Kurs abzusprechen. Am Mittwoch trifft sich die Union dann erneut mit der SPD. Die eigentlichen Sondierungsgespräche sollen jedoch erst nach der Weihnachtspause Anfang Januar beginnen. Viel Zeit bleibt den drei Parteien dann nicht. Die SPD will bereits Mitte Januar in einer Vorstandssitzung eine Bilanz der Sondierungsgespräche ziehen. Am 14. oder 21. Januar soll dann ein SPD-Sonderparteitag entscheiden, ob die Sozialdemokraten auch in Koalitionsverhandlungen mit der Union einsteigen.

Am Montag benannte Merkel das Sondierungsteam der CDU, es ist mit zwölf Personen genau so groß wie das der Sozialde-

mokraten. Ihm werden neben Merkel auch die fünf stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Volker Bouffier, Julia Klöckner, Armin Laschet, Ursula von der Leyen und Thomas Strobl sowie Unionsfraktionschef Volker Kauder angehören.

Statt des erkrankten Generalsekretärs Peter Tauber ist der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer, Teil der Mannschaft. Für Ostdeutschland gehört Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff zu den

Sondierern. Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer wurde nicht berücksichtigt, weil er erst wenige Tage im Amt ist. Komplettiert wird das Team durch Kanzleramtsminister Peter Altmaier, Saarländs Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und das Präsidiumsmitglied Jens Spahn. Nicht bei der Aufstellung berücksichtigt wurden die Präsidiumsmitglieder Thomas de Maizière, Monika Grütters, David McAllister und Karl-Josef Lauermann.

Dabei fällt auf, dass Spahn im Team ist, Bundesinnenminister de Maizière aber nicht. Das wurde damit begründet, dass Spahn auch die Interessen des Wirtschaftsflügels einbringen soll. Dessen Chef Carsten Linnemann sitze nicht im Präsidium, man habe das Sondierungsteam aber weitgehend auf Präsidiumsmitglieder beschränken wollen. Allerdings dürfte Spahn, er ist der bekannteste parteiinterne Kritiker des Merkel-Kurses, von der CDU-Vorsitzenden auch deshalb benannt worden sein, damit er eingebunden ist, und die Verhandlungen nicht von der Seitenlinie aus kommentieren kann.

Zum Verzicht auf de Maizière hieß es in der CDU, als langjähriger Landesinnenminister könne auch Bouffier sicherheitspolitischen Sachverstand einbringen. Bouffier hatte bereits bei der Sondierung über eine Jamaika-Koalition eine wichtige Rolle gespielt. Unter anderem vermittelte er im Streit um die Flüchtlingspolitik zwischen den Grünen und der CSU. Bei den Christsozialen genießt Bouffier wegen seiner Vergangenheit als „harter“ Innenminister hohes Ansehen, zu den Grünen hat er als Ministerpräsident der schwarz-grünen Regierung in Hessen ein vergleichsweise gutes Verhältnis.

ROBERT ROSSMANN

Jamaika-Signale von Kubicki

Berlin – FDP-Vize Wolfgang Kubicki nährt trotz eines Präsidiumsbeschlusses Spekulationen über eine Neuauflage von Jamaika. Im Gespräch mit dem *Focus* wiederholte er jene Worte, die vor einer Woche noch Parteichef Christian Lindner veranlasst hatten, Gespräche über ein Jamaika-Bündnis in „dieser Wahlperiode“ per Beschluss auszuschießen. Kubicki sagte auf die Frage,

ob die FDP im Fall eines Scheiterns der großen Koalition als Koalitionspartner bereitstehen würde, dennoch wieder: „Eine alte Kommandeursweisheit lautet: Wenn eine neue Lage da ist, muss man sie neu bewerten.“ Aber er betonte: „Wir haben keine neue Lage.“ Auf SZ-Nachfrage sagte Kubicki (FOTO: DPA), die Äußerungen seien alt. Tatsächlich fielen sie vor einer Woche, aber nach dem bedeutsamen Beschluss. Der *Focus* war eigenen Angaben zufolge bis Mittwoch mit Kubickis Büro in Kontakt, es hätte bis dahin auch keine Änderungswünsche an den Aussagen gegeben. MSZ



Republik ohne Regierung

Parteien Drei Monate nach der Bundestagswahl gibt es neue Koalitionsdebatten, aber noch immer kein Kabinett. Derweil sinkt der deutsche Einfluss in Europa, teure Projekte stocken – und die Rechtspopulisten profitieren.

Wenn Peter Altmaier in diesen Tagen in Brüssel unterwegs ist, gibt er den selbstbewussten Europa-Diplomaten, polyglott und sprachgewandt.

Lässig plaudert der geschäftsführende Finanzminister auf Niederländisch in die Mikrofone. Er scherzt mit dem scheidenden Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem und kanzelt mit ein paar Sätzen die neuen Steuergesetze von US-Präsident Donald Trump ab. Was da aktuell aus Washington komme, werde man jetzt mal genauer prüfen, sagt Altmaier, ein Satz, der in diesen Wochen reicht, um Schlagzeilen zu produzieren.

Ganz anders tritt der Minister dagegen auf, wenn ihn seine Kollegen hinter verschlossenen Türen mit jener Frage konfrontieren, die sie derzeit am meisten interessiert: Wann werde das wichtigste Land Europas denn endlich wieder eine mehrheitsfähige Regierung haben?

Dann muss der wichtigste Helfer der Kanzlerin seinen Kollegen alle Illusionen nehmen. Er verweist auf die komplizierte Verfassungslage in der Heimat und die anstehenden Abstimmungen in der SPD. Das könne sich also noch eine ganze Weile hinziehen, sagt der CDU-Politiker – und blickt in erschrockene Gesichter.

Das provisorisch regierte Deutschland ist auf dem besten Weg, seinen politischen Ruf in Europa gründlich zu verspielen. Früher galt die Bundesrepublik als Musterdemokratie, deren parlamentarisches System genauso zuverlässig funktionierte wie ihre Autos oder Fräsmaschinen.

Doch seitdem einst staatstragende Parteien wie FDP und SPD vor einem neuen Bündnis mit der Union zurückschrecken wie vor dem Gang zum Scharfrichter, blickt man im Ausland verwundert auf die jüngste Serie deutscher Pannen und Fehlfunktionen: ein Flughafen, der nicht fertig wird; Schnellzüge, die ständig verspätet sind. Und nun auch noch politische Parteien, die vor der Macht davonlaufen: Kriegen die Deutschen denn gar nichts mehr hin?

Noch ist der Schaden begrenzt. Das geschäftsführende Kabinett, das seit Oktober im Amt ist, dirigiert die Republik mit der ambitionslosen Effizienz eines gut geführten Landratsamts. Und es gibt nicht wenige Bürger, die es für einen Vorzug halten, dass ihre aktuelle Regierung sich auf die laufenden Geschäfte beschränkt und nur begrenzt Geld ausgibt. Ganz nach dem alten Sponti-Spruch: Keine Macht für niemand.

Doch je länger das Vakuum anhält, desto sichtbarer werden die Nachteile. Wichtige Entscheidungen werden vertagt, Deutschland verliert in Europa und in der Welt an Einfluss, und, was vielleicht am schwersten wiegt: Der Berliner Stillstand befeuert die populistische Kritik am parlamentarischen System, dessen Eliten angeb-

lich nur ans Wohl der eigenen Partei, aber nicht an das Land denken.

Nach dem Scheitern der Jamaikaverhandlungen sei Deutschland „in einer schwierigen Lage“, findet eine deutliche Mehrheit der Bürger. Und bei einer Umfrage des Allensbach-Instituts erhielten die Demoskopien Antworten wie: „Es ist peinlich, vor der Weltöffentlichkeit ein solches Hickhack zu veranstalten.“



Es könnte bald noch peinlicher werden. Viel spricht dafür, dass mit dem Beginn der Gespräche zwischen der Union und den Sozialdemokraten das Berliner Koalitionsgewürge nun in die nächste Runde geht, mit ungewissem Ausgang. Bei den Genossen ist die Große Koalition ungefähr so beliebt wie ein Gesetzesvorschlag der Arbeitgeberverbände, und in der Union bevorzugen viele eine Minderheitsregierung; eine Variante, die auch in der SPD Anhänger gefunden hat.

Und so muss Merkel nun einen doppelten Kampf führen: gegen die Kritiker im eigenen Lager und gegen die sich sträubende Sozialdemokratie. Merkels Einfluss auf die SPD-Basis ist gering, umso einfühlsamer umgarnt sie deshalb die sozialdemokratischen Führungskräfte, zum Beispiel beim traditionellen Abschiedsdinner des scheidenden Bundeskabinetts.

Es war Mitte Oktober, die Jamaikasondierer winkten noch gut gelaunt vom Balkon der Parlamentarischen Gesellschaft, als sich die schwarz-rote Ministerriege im siebten Stock des Kanzleramts versammelte. Niemand in der Runde rechnete damals ernsthaft damit, dass Union und SPD sich noch einmal für weitere vier Jahre am Kabinetttisch begegnen würden.

Es gab Verbrüderungsszenen, Genossen und Unionsleute boten einander weinselig das Du an, und Angela Merkels kurze Abschiedsrede geriet zum Loblied auf die Große Koalition: Die Zusammenarbeit mit der SPD habe bestens funktioniert, flötete sie. Sie habe Zweifel, ob eine andere Koalition noch mal so harmonisch und reibungslos arbeiten werde.

Das Problem ist nur: In den eigenen Reihen teilen längst nicht alle Merkels Begeisterung für das Links-Bündnis. Der Widerstand wird mittlerweile so unverhohlen artikuliert, dass sich CSU-Chef Horst Seehofer sogar schon bei der Kanzlerin beschwerte.

Am vergangenen Sonntag klagte er bei einem Gespräch im Kanzleramt über die zahlreichen Wortmeldungen aus der Schwesterpartei: Fraktionschef Kauder habe sich geäußert, der Wirtschaftsrat, insgesamt 14 Wortmeldungen aus der CDU habe er in den letzten Tagen gezählt. „Du musst das stoppen“, sagte Seehofer zu Merkel.

Aber wie? Seehofer und Merkel wollen die Gespräche mit der SPD so zügig wie nur irgend möglich führen. „Die Welt wartet eigentlich darauf, dass wir agieren können“, sagte die Kanzlerin am Montag.

Doch das sehen einige anders: Der Wirtschaftsflügel bevorzugt eine Minderheitsregierung, und Merkels beharrlicher Widersacher Jens Spahn verlangt, dass die Union in einer Koalition mit der SPD keine

zentralen Positionen aufgibt. Andernfalls ist auch er für eine Minderheitsregierung.

Dahinter steckt möglicherweise nicht nur die Sorge um die Identität der Union. Im Parteipräsidium griff Fraktionschef Volker Kauder Spahn und dessen Mitstreiter scharf an: „Euch geht es doch darum, einen Ministerposten zu bekommen“, sagte er. Tatsächlich wären bei einem reinen CDU-Kabinett Spahns Chancen auf einen Sitz am Kabinetttisch deutlich größer.

Das wiederum wäre wichtig für den ehrgeizigen Spahn, dem Regierungserfahrung fehlt, um eines Tages vielleicht Merkels Nachfolge antreten zu können. Das erklärt, warum das Drängen der Kanzlerin auf eine rasche Regierungsbildung mit der SPD im eigenen Lager nur lauen Widerhall findet.

Noch größer sind die Vorbehalte bei der SPD. Die Sozialdemokraten wirkten wie befreit, als sie sich nach der Katastrophe des Wahlabends dorthin flüchten konnten, wo sie sich am wohlsten zu fühlen scheinen: in die Opposition. Auf die Partnersuche der CDU reagierten sie so zurückhaltend, als scheuten sie die Chance zur Macht. Bis die SPD sich nun doch wieder mit dem Regieren anfreundet, wird viel Zeit vergehen. Nur wenn alles reibungslos laufe, sei eine Regierung vor Ostern vorstellbar, heißt es.

Nach den Sondierungen soll ein Sonderparteitag über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen entscheiden. Am Ende hätten die Mitglieder das letzte Wort. Die Basisbefragung vor vier Jahren war eine langwierige und kostspielige Angelegenheit. 1,6 Millionen Euro investierte die SPD, die Parteispitze reiste wochenlang durchs Land, mehr als 350 000 Sozialdemokraten beteiligten sich per Brief an dem Votum.

Mag sein, dass diesmal alles etwas digitaler und schneller laufen würde. Dafür ist nun völlig offen, was die Parteispitze eigentlich will. Vieles geht derzeit durcheinander in der SPD. Während Parteichef Martin Schulz und Fraktionschefin Andrea Nahles zuletzt ihre Neigung für eine Große Koalition zeigten, drängte etwa Parteivize Malu Dreyer, Regierungschefin in Rheinland-Pfalz, auf eine Minderheitsregierung. Was diese den Sozialdemokraten brächte, ist nicht allen klar. Dreyers Kurs ist auch deshalb rätselhaft, weil sie sich nach der eigenen Landtagswahl 2016 gegen eine rot-grüne Minderheitsregierung entschied – und für ein Dreierbündnis (siehe Seite 25).

Eine dritte Gruppe, darunter die Parteilinke, plädiert für experimentelle Formen des Mitregierens. Eine der Ideen ist die „KoKo“, jenes Fantasiebündnis, das nur einige Kernprojekte im Koalitionsvertrag festschreiben und den Parteien zugleich erlauben würde, bei vielen Projekten auch gegeneinander zu arbeiten. Mehr Beinfreiheit von der Union, das ist das Kalkül der KoKo-Fans. Was sie dabei nicht bedenken, ist, dass es für die SPD weitaus schwieriger



wäre als für die Union, im Parlament eigene Vorhaben durchzusetzen. Anders, als 2013 gibt es im Bundestag keine rechnerische Mehrheit von Rot-Rot-Grün.

Allen in der SPD-Führung ist klar, dass auf dem Parteitag im Januar ein Laviieren wie auf dem Kongress der vergangenen Woche nicht möglich sein wird. Wenn sie von den eigenen Leuten nicht düpiert werden wollen, müssen die Spitzengenossen mit einer klaren Linie vor die Delegierten treten: entweder regieren oder eben nicht.

Nur wenn der Parteichef glaubhaft vermitteln kann, dass mit der Union ein Umbau des Gesundheitssystems, milliarden-schwere Bildungsinvestitionen und zentrale sozialpolitische Vorhaben realisierbar sind, dürfte er grünes Licht bekommen.

Dass der Parteitag eine wackelige Angelegenheit werden könnte, liegt beson-

„Euch geht es doch darum, einen Ministerposten zu bekommen“, sagte Volker Kauder.

ders am Landesverband Nordrhein-Westfalen. Die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr stehen einer Allianz mit der Union traditionell kritisch gegenüber, im Januar wird es zum Schwur kommen. Mit knapp 150 Delegierten stellt NRW rund ein Viertel aller Parteitagsdelegierten, entsprechend schwer ist es, die Truppe zu kontrollieren. Allen im Willy-Brandt-Haus ist klar: Kippt Nordrhein-Westfalen, wird es nichts mit der Großen Koalition.

Landeschef Michael Groschek geht vor den Sondierungen auf maximale Distanz. „Es wird gerade viel über die staatspolitische Verantwortung der SPD schwadroniert“, sagt er. Die Hauptverantwortung der SPD liege aber darin, „wieder so groß

und stark zu werden, dass sie für die Menschen im Land eine echte Kanzler-Alternative zur Union darstellt“, findet er. „Wenn wir uns an die Rolle des Juniorpartners gewöhnen, enden wir als Wackeldackel.“

Groschek warnt SPD und Union davor, sich zu schnell auf Schwarz-Rot einzustellen. „Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass die Große Koalition mit ein paar netten Überschriften aus den Sondierungen zum Selbstläufer wird“, sagt er. „Wir ziehen keine roten Linien, aber ohne konkrete Verbesserungen im Bereich der Arbeitsmarkt-, Renten- und Gesundheitspolitik ist es unvorstellbar, dass ein Parteitag grünes Licht für weitere Gespräche gibt.“

Die Konsequenzen sind absehbar. Wenn die SPD-Verhandler ihrer Basis möglichst konkrete Vereinbarungen präsentieren wollen, müssen sie mit der Union um jedes Detail ringen. Das macht die Regierungsbildung umso langwieriger. Willkommen in Deutschland, dem Land der ewigen Koalitionsverhandlungen. Der politische Stillstand wäre zu verkraften, wenn nicht das politische Leben anderswo auf der Welt mit umso größeren Schritten vorangehe.

Noch-Umweltministerin Barbara Hendricks hat es erlebt. Auf der Weltklimakonferenz in Bonn gelang unter der Führung Kanadas und Großbritanniens ein Bündnis für den Kohleausstieg – Hendricks musste dem Pakt fernbleiben, sie ist ja nur geschäftsführend im Amt.

Vor allem in der EU-Hauptstadt Brüssel macht sich die deutsche Abwesenheit bemerkbar. Dort weisen die Diplomaten geradezu genüsslich darauf hin, dass an nahezu allen Themen weitergearbeitet wird – ohne große Rücksicht auf die geschäftsführende Berliner Regierung.

So legte Frankreichs Premierminister Édouard Philippe jüngst einen ehrgeizigen Plan zur Elektromobilität vor. „Frankreich plant das Ende des Verkaufs von Autos mit Verbrennungsmotoren im Jahr 2040“,

schrub Philippe, er wunsche sich dieses Engagement für ein Null-Emissions-Ziel auch von Europa.

Der noch unveröffentlichte Brief des Franzosen ist eine Kampfansage an die geschäftsführende Regierung in Berlin, doch die kann sich gerade nicht wehren. Union und SPD waren in den vergangenen Monaten daran gescheitert, eine klare Elektrifizierungsstrategie für die Autoindustrie vorzulegen.

Bedingt einsatzbereit, so zeigt sich die deutsche Regierung auch bei der geplanten Neuordnung der Europäischen Union, dem wichtigsten politischen Thema der kommenden Monate. Vor wenigen Tagen, rechtzeitig zum Nikolaustag, hatte EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker seine Reformideen vorgelegt, zuvor hatte Frankreich Konzepte präsentiert. Was Deutschland will, weiß niemand so recht. Der letzte nennenswerte Impuls der Deutschen stammt noch vom damaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Als Angela Merkel am Donnerstag zum Ratstreffen nach Brüssel flog, hatte sie zwar ein Dossier zu Junckers „Nikolauspaket“ im Gepäck. Doch das Papier endet mit dem Fazit: „Bildung der neuen Bundesregierung bleibt abzuwarten.“

Deutschland, traditionell der mächtigste Taktgeber der EU-Institutionen, ist aktuell nicht voll handlungsfähig. Dabei drängt die Zeit: Nach dem Willen von Ratspräsident Donald Tusk soll bis Mitte kommenden Jahres eine Einigung her – ein Zeitplan, der dank der langwierigen deutschen Regierungsbildung auf der Kippe steht. Im Jahr 2019 steht die Europawahl an. Was zuvor nicht erledigt ist, kann schwerlich gelingen.

Da werden auch sanfte Gemüter nervös, wie Gunther Krichbaum, CDU-Abgeordneter aus Pforzheim. Der langjährige Vorsitzende des Europaausschusses ist für gewöhnlich kein Mann, der in der Unionsfraktion das große Wort schwingt. Doch als die

Kanzlerin in der Sitzung am Montagabend das bevorstehende Treffen in Brüssel nur mit ein paar dünnen Worten streifte („und da ist ja noch der Gipfel“), reichte es ihm.

Deutschland müsse aufpassen, dass es in Europa überhaupt eine Rolle spiele, rief der CDU-Mann in den Saal. Deutsche Interessen drohten unter die Räder zu geraten. Auch der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger klagte jüngst im SPIEGEL, es fehle „eine deutsche Handschrift“ bei den wichtigen Themen in Brüssel.

Zum Beispiel beim Geld. Oettinger plant gerade seinen Entwurf für den EU-Haushalt von 2021 bis 2027. Für die Deutschen stehen Agrar- und Regionalbeihilfen in Milliardenhöhe auf dem Spiel (SPIEGEL 50/2017), und Angela Merkel würde gern große Summen in Bildung, Flüchtlingspolitik und neue Technologien umschichten.

Strittig ist auch, wie die zehn Milliarden Euro ausgeglichen werden sollen, die bislang die Briten zum EU-Budget beitragen. Viele EU-Staaten haben eine genaue Vorstellung davon, wer hier einspringen soll – nämlich vor allem Deutschland. Dort aber müssen erst Sondierungsgespräche geführt werden.

Die Hängepartie versetzt Deutschland zwar nicht in eine Staatskrise. Auf den ersten Blick arbeitet der Berliner Apparat unverdrossen weiter, erste Ausschüsse bilden sich, die Abgeordneten debattieren unter der Reichstagskuppel. Auf den zweiten Blick hakt es überall im politischen Betrieb.

Es beginnt bei kleinen Formalien: Die Personalabteilung im Justizministerium stöhnt, weil mancher Arbeitsvertrag ihres Hauses die Klausel enthielt, dass das Vertragsverhältnis zwei Monate nach dem Ausscheiden des Ministers ende. Nun grübeln die Juristen, ob ihr geschäftsführender Minister eigentlich schon im juristischen Sinne ausgeschieden ist.

Jeder Amtschef muss in dieser Phase entscheiden, wie er mit wichtigen Sach- und Personalfragen umgeht: aufschieben

oder durchziehen? Manche Entscheidungen dulden eigentlich keinen Aufschub, so sind im Justizministerium zwei Abteilungsleiterstellen aus Altersgründen vakant. Doch weil unklar ist, ob der Noch-Hausherr Heiko Maas auch in Zukunft hier regiert, möchte er über die Nachfolge noch nicht entscheiden.

Ein Sachthema duldet jedoch keinen Aufschub: das Dieselpromblem. Ende Februar wird das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz darüber urteilen, ob Autos mit dem umstrittenen Treibstoff in manchen Innenstädten mit einem Fahrverbot belegt werden sollen. Eine Milliarde Euro hatte die Kanzlerin für Sofortprogramme versprochen, etwa für die Umrüstung alter Dieselflotten, um die Richter in Leipzig gnädig zu stimmen. Doch das Geld kann nicht fließen, dazu müsste erst ein neuer Haushalt verabschiedet werden.

Weil die Uhr tickt, wird in der Regierung nun getäuscht und getrickst. So zapften die Beamten von Umwelt- und Verkehrsministerium elf bestehende Förderprogramme an, die im weitesten Sinne etwas mit der Luftreinhaltung zu tun haben. Trotzdem reicht das Geld hinten und vorn nicht, und so zweigten die Beamten in ihrer Not kurzerhand eine halbe Milliarde Euro aus dem staatlichen Klimafonds ab, mit dem eigentlich Projekte gegen die Erderwärmung finanziert werden sollten.

Dass sich der Bundestag gegen solche fragwürdigen Transaktionen wendet, ist derzeit ebenfalls kaum zu erwarten. Im Parlament herrscht gerade eine gewisse Agonie. Eine geschäftsführende Regierung liefert nur die nötigsten Gesetzentwürfe, an deren Stelle treten inhaltlich vage Beschlussanträge der Fraktionen.

Gewinner der Hängepartie dürfte die AfD sein. Sollte die Große Koalition gelingen, wären die Parlamentsneulinge die stärkste Oppositionsfraktion. Platzen die Gespräche, könnten sie abermals das Versagen der etablierten Parteien anprangern. Und sich selbst als Anwälte des wahren Volkswillens inszenieren.

Während der Jamaikagespräche lieferten die Rechtspopulisten an der Pforte der Parlamentarischen Gesellschaft eine „Depesche“ an Angela Merkel und ihre Gesprächspartner ab: „Mit großer Sorge verfolgen wir die schwierigen Sondierungsgespräche“, hieß es darin. „Es ist der Eindruck entstanden, dass bei diesen Verhandlungen die wahren Probleme unseres Landes nicht angemessen berücksichtigt werden.“

Gut möglich, dass die Unterhändler von Union und SPD ähnliche Post bekommen.

Melanie Amann, Veit Medick, Peter Müller,
Ralf Neukirch, Michael Sauga,
Christoph Schult, Gerald Trauffetter

Mehr oder minder

Parlamente Einige Bundesländer haben Minderheitsregierungen bereits überlebt. Dort gibt es prominente Fürsprecher für ein solches Modell im Bund.

Hessische Verhältnisse, der Begriff ist hängen geblieben aus dem wilden Jahr 2008 im Wiesbadener Landtag. Ein Dreivierteljahr lang versuchte damals die SPD-Politikerin Andrea Ypsilanti, eine Regierung zu bilden.

Gemeinsam mit den Grünen und den Linken hatte sie nach der Landtagswahl genügend Stimmen, um den CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch zu stürzen. Doch die SPD hatte vorher versprochen, nicht mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten. So verweigerten vier SPD-Abgeordnete Ypsilanti am Ende die Gefolgschaft. Koch blieb im Amt, die SPD brach bei den Neuwahlen ein.

Ypsilantis Nachfolger als hessischer SPD-Chef blickt dennoch erstaunlich milde auf jene Monate zurück. „Für die Demokratie und das Parlament war das nicht die schlechteste Zeit“, sagt Thorsten Schäfer-Gümbel. Mehrmals habe die rot-rot-grüne Mehrheit gegen die CDU-Minderheitsregierung Entscheidungen durchgesetzt: „Wir haben viele kluge Gesetze beschlossen, weil wir über den Inhalt diskutiert haben, jenseits von Koalitionsverträgen.“

Schäfer-Gümbel, inzwischen zum Bundesvize seiner Partei aufgestiegen, schlug das hessische Modell als möglichen Ausweg aus der verfahrenen Situation in Berlin vor: eine CDU-Minderheitsregierung statt einer Großen Koalition. Auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) findet, ihre Partei könne eine Unionsregierung „in wichtigen staatstragenden Themen“ stützen. „Eine Minderheitsregierung bedeutet nicht, dass man keine sichere Regierung hat.“

Positive Signale für eine Minderheitsregierung gab es auch von so unterschiedlichen Akteuren wie dem Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie und dem Fraktionsvorsitzenden der Linken im Bundestag. Selbst aus der Union wurden Stimmen laut, die sich ein Regieren ohne feste Koalitionsmehrheit vorstellen können. Der Präsident des CDU-Wirtschaftsrats, Werner M. Bählsen, sagt: „Eine Minderheitsregierung unter Führung von Angela Merkel wäre das Beste für Deutschland unter den gegebenen Bedingungen.“

Die Befürworter verweisen gern auf die skandinavischen Länder, wo Minderheitsregierungen nicht unüblich sind. Und auch manche Bundesländer haben damit schon Erfahrungen gemacht.

In Sachsen-Anhalt regierte SPD-Ministerpräsident Reinhard Höppner acht Jahre lang, von 1994 bis 2002, ohne eigene Mehrheit, zunächst gemeinsam mit den Grünen, geduldet von der PDS. Nachdem die Grünen 1998 aus dem Parlament ausgeschieden waren, führte die SPD das „Magdeburger Modell“ allein weiter. Die PDS, mit einer starken Fraktion im Landtag vertreten, musste sich nur der Stimme enthalten, um Höppner eine Mehrheit zu verschaffen.

Im damals noch jungen Bundesland konnte sich die PDS auf diese Weise an die Regierungsverantwortung herantasten, ihren ersten Ministerpräsidenten stellten die Linken dann ab 2014 im benachbarten Thüringen. Ein unumstrittenes Erfolgsmodell wurde Höppners Minderheitsregierung jedoch nicht. Sachsen-Anhalt blieb wirtschaftlich schwer angeschlagen, zudem wurden rechte Parteien so stark wie nirgendwo sonst: 1998 zog mit der DVU eine rechtsextreme Partei in den Landtag ein, 2016 feierte die AfD in Sachsen-Anhalt ihr bundesweit bis heute bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl.

In Nordrhein-Westfalen wagte die Sozialdemokratin Hannelore Kraft auf Zureden der Grünen im Jahr 2010 eine Minderheitsregierung, die zwei Jahre lang hielt. Kraft regierte mit wechselnden Mehrheiten. Zunächst paktierte ihr rot-grünes Bündnis mit den Linken, um Projekte der schwarz-gelben Vorgängerregierung zurückzunehmen. Dann setzte sie mit der FDP einen Pakt zur Stärkung der Kommunalfinanzen durch und mit der CDU einen Konsens über die Schulstrukturen. Die Minderheitsregierung endete, als es ums Geld ging: Die Opposition wollte den Haushaltsplan der rot-grünen Regierung nicht mittragen.

Für Hannelore Kraft hat sich das Experiment dennoch gelohnt: Sie gewann die anschließende Landtagswahl, Rot-Grün konnte 2012 mit einer eigenen Mehrheit weiterregieren.

Der Bonner Politikwissenschaftler Martin Pfafferott hat die Ereignisse in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen für seine Doktorarbeit analysiert. Er plädiert dafür, die Minderheitsregierung – in Deutschland seit der instabilen Weimarer Republik schlecht beleumundet – zu rehabilitieren. „Minderheitsregierungen können aus Blockaden helfen“, sagt Pfafferott. Sie seien außerdem „zutiefst rational“. Alle Beteiligten wögen Kosten und Nutzen genau ab, das bestehende Verhältnis der Kräfte werde genau wiedergegeben.

Unter den Praktikern sind die Meinungen geteilt, ob die Minderheitsregierungen funktioniert haben oder nicht. Der frühere hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) schrieb in der „Frankfurter Allgemeinen“, dass das Bundesland auch während der komplizierten hessischen Verhältnisse „stabil zu regieren“ gewesen sei.

Für die Sozialdemokraten in Hessen allerdings gab es damals auch herbe Rückschläge. Sie konnten zwar aus der Opposition heraus die Studiengebühren abschaffen. Andere Parlamentsentscheidungen ignorierte Kochs Minderheitsregierung jedoch schlichtweg. Notfalls ließ der damalige CDU-Innenminister Volker Bouffier Beschlüsse der rot-rot-grünen Mehrheit einfach unbearbeitet liegen.

Bouffier, inzwischen Ministerpräsident, hält im Gegensatz zu Koch „gar nichts“ von Minderheitsregierungen. In Hessen sei 2008 unterm Strich „nichts gelungen“, sagt er: „Wir hatten ein Jahr lang politischen Stillstand.“ Auf Bundesebene, wo in hohem Tempo wichtige Entscheidungen zu treffen seien, werde das Modell erst recht nicht funktionieren.

Matthias Bartsch, Jan Friedmann



Heimlicher Partner

Außenpolitik Nie zuvor spielte Paris eine so wichtige Rolle bei der Regierungsbildung in Berlin. Präsident Macron sieht die Kanzlerin auf Augenhöhe und SPD-Chef Schulz als Leichtgewicht.

Anfang Dezember ist Sigmar Gabriel in Paris, um seinen französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian zu treffen. Ein paar Tage zuvor hat den amtierenden deutschen Außenminister eine Nachricht aus dem Élysée-Palast erreicht: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron lädt Gabriel zum Frühstück.

Das ist an sich noch nicht bemerkenswert. Gabriel und Macron kennen sich gut, seit mehreren Jahren verbindet die beiden eine enge politische Freundschaft. Doch der Zeitpunkt des Treffens ist brisant: Zwei Wochen zuvor sind die Gespräche für eine Jamaikakoalition in Berlin gescheitert, nun ringen die Sozialdemokraten, ob sie von ihrem strikten Nein zur Neuaufgabe einer Großen Koalition abrücken sollen.

Macron nutzt die Chance, bei seinem Freund „Sikmaar“ zu hinterlegen, wie sehr er sich ein neues Bündnis der SPD mit Merkel wünscht, wie wichtig es für Europa wäre. Und das bitte, so Macron zu Gabriel, möglichst bald.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich Paris beim Berliner Spitzenpersonal für seine Interessen starkmacht. Macrons Gestal-

tungswille beschränkt sich nicht darauf, Frankreich umzukrempeln. Mehrmals wöchentlich telefoniert der Franzose mit Berlin – mit der Kanzlerin, SPD-Chef Martin Schulz oder auch Gabriel. „Der heimliche Partner“, so beschreibt „Le Figaro“ die Rolle des französischen Präsidenten im Ringen um eine Regierung in Deutschland.

Macron braucht die Deutschen. Noch nie stand für einen französischen Präsidenten bei einer deutschen Regierungsbildung so viel auf dem Spiel. Nur wenn Berlin mitzieht, können seine Ideen für eine Reform der EU und eine Vertiefung der Eurozone Wirklichkeit werden.

„Die Deutschen müssen selbst verstehen, was richtig ist“, sagt die Liberale Sylvie Goulard, eine Macron-Unterstützerin der ersten Stunde. Niemand in Frankreich wolle sich in die deutsche Innenpolitik einmischen. Aber schließlich sei es „auch im deutschen Interesse, sicherzustellen, dass die Währungsunion zukunftsfest wird“.

Zum ersten Mal gibt es damit im deutsch-französischen Verhältnis so etwas wie eine europäische Innenpolitik. Zwischen Kanzlerin Merkel, Macron und der

SPD ist ein Dreieck entstanden, in dem jeder jeden kennt, jeder jeden benutzt und jeder jeden braucht. Es wird telefoniert, lobbyiert und über Bande gespielt. Die SPD-Spitze benutzt Macron, um in den eigenen Reihen für die Große Koalition zu werben. Der schmerzhafteste Gang in eine Regierung unter Merkel muss sein, so die Logik, damit die historische Chance, die der europabegeisterte französische Präsident bietet, nicht ungenutzt verstreicht. Die SPD müsse mit Macron das europäische Projekt wiederbeleben.

Kanzlerin Merkel dagegen kann es nur recht sein, wenn Macron ihr dabei hilft, die Genossen in eine Große Koalition zu drängen. Macron wiederum könnten die Sozialdemokraten als Hebel dienen, um zumindest einen Teil seiner Reformen im deutschen Koalitionsvertrag zu verankern.

Aus dem Élysée heißt es in diesen Tagen, man schaue auch deshalb so aufmerksam nach Berlin, weil man wisse, dass sich dort die Europa-pläne des Präsidenten entschieden. Für Macron war Merkels schwaches Ergebnis bei der Bundestagswahl enttäuschend. Nicht etwa, weil er sich der



CDU verbunden fühlte. Macrons Bewegung „La République en marche“ verortet sich im politischen Spektrum weder rechts noch links.

Macron schätzt Merkel, ihre nüchterne Art und rhetorische Zurückhaltung kommen ihm zupass. Merkel überlässt ihm die Bühne für den großen Auftritt, wie bei der Uno-Vollversammlung im September, wo sie noch nicht einmal anreiste.

Macron achtet Merkels politische Erfahrung, bewundert sie vielleicht sogar. Vor allem aber schätzt er, dass sie ihn machen lässt. Egal, ob er Donald Trump zum Defilee am französischen Nationalfeiertag einlädt oder Libyen befrieden will, sie pfeift ihn nicht zurück, sondern wartet ab. Zugleich ist Macron zu klug, um sich auf Merkels Kosten zu profilieren. „Ich möchte nicht derjenige sein, der Europa anführt“, sagte er dem „Time“-Magazin.

Seine Rede an der Sorbonne, kurz nach der Bundestagswahl, hatte er ihr vorab zugesandt und nach ihren Wünschen geändert. Er holte sich ihren Segen – und verpflichtete sie damit. Wenn Martin Schulz ihn um ein Gespräch bittet, setzt er die Kanzlerin in Kenntnis. Vier- bis fünfmal die Woche, also nahezu ständig, steht der Élysée in Kontakt mit dem Kanzleramt.

Das Schlimmste ist aus Sicht des Franzosen schon verhindert: eine Jamaika-Koalition, in der die FDP europapolitisch den Ton angibt. Anfang November hatte der französische Finanzminister Bruno Le Maire eine Konferenz in Berlin genutzt, um sich die damals noch aktuellen Jamaikapartner in Einzelgesprächen zur Brust zu nehmen. Sein Ziel: Der Koalitionsvertrag der Jamaikaner sollte zumindest so viel Spielraum lassen, dass Macrons Vorschläge damit nicht vom Tisch gewesen wären.

Le Maire machte in Berlin die Runde, er traf FDP-Chef Christian Lindner, den Grünen Cem Özdemir, den Konservativen Jens Spahn, den frischgebackenen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble und natürlich seinen alten Freund Peter Altmaier. Altmaier und Le Maire kennen sich seit fast zehn Jahren aus dessen Zeit als Europastaatssekretär. Altmaier spricht fließend französisch, Le Maire hervorragend deutsch. Untereinander reden sie französisch – damit Altmaiers Sprachkenntnisse nicht rosten. Drei- bis viermal im Jahr treffen sich die beiden persönlich, das haben sie sich zur Gewohnheit gemacht. Auch in diesen Wochen erwies sich der Draht zwischen den beiden als belastbare Verbindung.

Altmaier gehört zu denen, die darauf drängen, auf Macrons Europainitiative nicht mit dem üblichen Kleinmut zu reagieren. Macron habe es geschafft, „eine neue Sprache für Europa zu finden“,

schwärmt er im SPIEGEL-Interview (siehe Seite 20).

Altmaier soll nun den Franzosen signalisieren, dass Merkel die Initiative Macrons aufnehmen werde. Es gibt wichtige Punkte, auf die sie sich mit dem französischen Präsidenten einigen will, wie die Schaffung einer einheitlichen Unternehmensteuer in beiden Ländern. Aber Pragmatismus allein wird dieses Mal nicht reichen, das weiß man auch im Kanzleramt.

Dort ist man durchaus bereit, Macron entgegenzukommen. Zwar gibt es in Berlin mehr Sympathie für den Vorschlag der Kommission, kein eigenes Budget für die Euro-Gruppe einzurichten, sondern das Geld lieber im EU-Haushalt bereitzustellen. In Merkels Umgebung schließt man aber einen Haushalt für die Euro-Gruppe im einstelligen Milliardenbereich nicht aus.

Macron könnte nun seine Drähte zur SPD nutzen, um Merkel unter Druck zu setzen. Er hofft darauf, dass die Sozialdemokraten in den Koalitionsverhandlungen eine klare proeuropäische Reformagenda durchsetzen. „Macron ist ein Glücksfall für Europa“, sagt Außenminister Gabriel. „Anders als 2013 müsste in der Koalitionsvereinbarung Europa diesmal eine zentrale Rolle spielen.“ Zudem müsse die Koordination der Europapolitik wieder stärker im Auswärtigen Amt liegen.

Gabriel und Macron kennen sich aus ihrer gemeinsamen Zeit als Wirtschaftsminister, für Macron begann mit Gabriel seine ganz persönliche deutsch-französische Freundschaft. Macron war erst wenige Wochen im Amt, da stellten die beiden im November 2014 bereits eine gemeinsame Blaupause für moderne Wirtschaftspolitik vor. Er unterhalte sich „ausnehmend gern“ mit seinem deutschen Gegenpart, erzählte Macron damals strahlend.

Auch privat haben sich Macron und Gabriel mit ihren Familien bereits mehrmals getroffen, Macron und seine Frau empfin-



gen die Gabriels in Paris. Bis heute ist der Kontakt vertrauensvoll und herzlich.

Anders sieht es bei Martin Schulz aus.

Inhaltlich steht auch Schulz auf der Seite Macrons, aber um den persönlichen Draht steht es nicht zum Besten. Zwar zeigt sich Macron beeindruckt von den fließenden Französischkenntnissen des SPD-Vorsitzenden, aber damit hat es sich dann auch.

Schulz, so sieht man das im Élysée, kann Merkel nicht das Wasser reichen. Inhaltlich hat sein Wahlkampf auf der anderen Rheinseite keine Marken hinterlassen, er war halt derjenige, der gegen Merkel antreten musste. Schulz hat in Paris immer noch das Profil eines gerade aufgestellten Pappkameraden. In den Augen der französischen Nachbarn hat er nicht einmal einen Achtungserfolg errungen, zu mutlos war sein Wahlkampf, zu unbeholfen sein Vorgehen nach der Wahl.

Für sein Ansehen bei den Macronisten war es auch nicht hilfreich, dass Schulz sich noch kurz vor den französischen Präsidentschaftswahlen hinter den ziemlich aussichtslosen Kandidaten der Sozialisten stellte. Benoît Hamon, als radikallinker Utopist eine politische Randerscheinung, verkörperte damals schon den rasanten Niedergang der regierenden Sozialisten.

Schulz' Auftritte nach der Wahl haben Macron und seine Leute in ihrer Wahrnehmung bestärkt, dass sein politischer Instinkt Grenzen kennt. Dass er die Macronisten mittlerweile als Schwesterpartei der SPD bezeichnet, löst bei ihnen verlegenes Lächeln aus.

Während gegenseitiger Respekt das Verhältnis von Merkel und Macron prägt, herrscht zwischen Schulz und dem Franzosen eher unerwiderte Liebe. Schulz betont gern, wie regelmäßig er mit dem Franzosen spreche. Er bemüht sich um einen möglichst engen Draht, seit dem Scheitern von Jamaika haben die beiden mehrfach miteinander telefoniert.

Schulz bewundert Macrons Einsatz für Europa und hofft darauf, in seinem Windschatten auch die deutsche Europapolitik fundamental ändern zu können. Doch sein Traum von den „Vereinigten Staaten von Europa“ stößt in Paris auf Kopfschütteln, nicht auf Beifall. Gleichzeitig schickt sich Macron dazu an, die europäische Politik weiter zu revolutionieren. Offenbar will der Präsident bei den Europawahlen 2019 wiederholen, was ihm in Frankreich gelungen ist: das bestehende Parteiensystem zum Bersten zu bringen.

Von Januar an will Macron Gesandte seiner Partei in die Hauptstädte Europas schicken, um das Terrain für neue Koalitionen zu sondieren. Das Ziel: eine neue Fraktion im Europaparlament, sich also weder den Konservativen noch den Sozialdemokraten anzuschließen. „Ideal wäre es natürlich, wenn wir unsere eigene Gruppe hätten“, sagt die Vorsitzende des Europaausschusses der Assemblée nationale.

Die Fraktion der Liberalen, ALDE, könnte dafür die Ausgangsbasis sein. Deren Chef Guy Verhofstadt sagte der Zeitung „Le Figaro“, er möge die Idee eines Bündnisses all jener, die Macrons Europainitiative für sich als Basis eines Programms nähmen. Dann stünden die Europaanhänger gegen die antieuropäischen Rechtspopulisten, ähnlich wie im französischen Wahlkampf. Die Sozialisten, in deren Regierung Macron diente, aber auch Schulz, Merkel und die Christdemokraten hätten in diesem Szenario nur zwei Möglichkeiten: sich für Macron zu entscheiden oder als Vertreter der niedergehenden Altparteien dazustehen.

Die Kanzlerin, so der Eindruck, wird immer mehr zur Getriebenen des jungdynamischen Präsidenten. Und manchmal sind es die kleinen Szenen, die das am deutlichsten verraten.

Als Angela Merkel beim EU-Gipfel am Donnerstag in das Brüsseler Europagebäude schlendert, muss sie feststellen, dass der Franzose mal wieder schneller gewesen ist. Die deutsche Kanzlerin geht auf die Kameras in der Eingangshalle zu, da bemerkt sie, dass Frankreichs Präsident bei den deutschen Journalisten Hof hält und Fragen auf Englisch beantwortet. Der Präsident redet noch, als Merkel schon im Anmarsch ist, und sie zögert nicht, den Franzosen von seinem Platz vor den Kameras von ZDF und RTL zu verdrängen. Jetzt ist sie dran.

Es dauert eine Weile, bis Macron die Kanzlerin bemerkt, notgedrungen gibt er ihr zwei Küsschen und umarmt sie. „Good to see you“, sagt die Kanzlerin. „I wait for you“, antwortet er, beide haben gleich ein bilaterales Gespräch. Dann deutet Macron auf die Kameras: „I did it“, sagt er, zu Merkel gewandt. Hab ich alles erledigt für dich, soll das wohl heißen.

Julia Amalia Heyer, Christiane Hoffmann, Veit Medick, Peter Müller, Christoph Schult



Wie teuer darf die Wohnung sein?

Bundesverfassungsgericht soll Mietpreisbremse prüfen

Karlsruhe – Der richterliche Angriff kam mit Ansage. Schon im September hatte die Zivilkammer 67 des Landgerichts Berlin erklärt, dass sie die sogenannte Mietpreisbremse für verfassungswidrig halte. Damals war das nur eine richterliche Meinungsäußerung, also noch ohne Folgen, verkleidet in einen Hinweisbeschluss. Nun hat Kammer 67 aber Ernst gemacht: Sie hat das seit 2015 geltende Gesetz, das den Anstieg der Mieten in Ballungsräumen dämpfen soll, dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt – mit der klaren Empfehlung, es für grundgesetzwidrig zu erklären.

Auslöser ist eine Klage zweier Mieter, denen die Miete von rund 470 Euro für zweieinhalb Zimmer zu hoch war – erlaubt sind bei Neuvermietungen laut Gesetz nur zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Während das Amtsgericht ihnen teilweise recht gab, wendet das Landgericht den Fall nun zu einer Richtervorlage, die – falls sie in Karlsruhe Erfolg hat – den Vermietern wieder freie Bahn gäbe.

Das Gericht stützt sich dabei nicht etwa auf die Eigentumsgarantie, deren Verletzung vermutlich nicht ganz einfach zu begründen wäre. Die Richter kritisieren vielmehr, die Mietpreisbremse führe zu einer krassen Ungleichbehandlung der Immobilieneigentümer in verschiedenen Städten. Weil sich das Gesetz an den „ortsüblichen Vergleichsmieten“ orientiere, haben Vermieter in Städten mit niedrigem Preisniveau deutlich weniger Luft nach oben: Wer beispielsweise in München eine Wohnung neu anbietet, kann deutlich höhere Preissprünge unternehmen als etwa im Westteil Berlins, wo die Vergleichsmiete gut zwei Drittel unter der in München liegt. Dafür aber gebe es nicht einmal eine soziale Rechtfertigung, argumentiert das Gericht, zumindest seien bei Erlass des Gesetzes keine Sozialdaten erhoben worden. Es gebe daher keinen Anhaltspunkt, dass sich einkommensschwächere Haushalte in München teurere Wohnungen leisten könnten als in Berlin.

Hinzu kommt: Die Mietpreisbremse privilegiert ausgerechnet die schlimmsten Miethaie. Denn die Formel Vergleichsmiete plus zehn Prozent gilt nicht für jene, die schon früher mehr genommen haben – sie dürfen ihre hohe „Altmiete“ auch bei einer Neuvermietung verlangen. Aus Sicht des Landgerichts werden damit jene benachteiligt, die bisher maßvolle Mieten verlangt haben – wohingegen die Preistreiber bevorzugt würden (Az: 67 S 218/17).

Eine Schiefelage erkennen die Richter zudem darin, dass das Gesetz nur von einigen Ländern umgesetzt wird. Vermieter in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen, Sachsen-Anhalt und im Saarland seien nicht von dem Gesetz betroffen. Künftig gelte dies voraussichtlich auch für Schleswig-Holstein und sogar in NRW, wo neue Landesregierungen ausweislich ihrer Koalitionsverträge aus der Preisbremse aussteigen wollten – trotz angespannter Wohnungsmärkte. Laut Landgericht verstößt dies gegen das Bestimmtheitsgebot.

Was die Verfassungsrichter nun mit der Vorlage aus Berlin anfangen, ist unklar. Bisher scheiterten solche Beschlüsse in Karlsruhe häufig als unzulässig – aber das ändert sich gerade. **WOLFGANG JANISCH**



Metadaten-Speicherung des BND gekippt

LEIPZIG, 14. Dezember (dpa-AFX). Das Bundesverwaltungsgericht hat der massenhaften Speicherung von Telefon-Metadaten durch den Bundesnachrichtendienst (BND) einen Riegel vorgeschoben. Wie das Gericht in Leipzig am Donnerstag mitteilte, fehlt für diese Speicherung die nötige gesetzliche Grundlage. Deswegen müsse der BND die Praxis unterlassen. Gegen die Speicherung der anonymisierten Verbindungsdaten in der BND-Datei „Veras“ hatten die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG) sowie ein Rechtsanwalt geklagt. (Az.: BVerwG 6 A 6.16 und BVerwG 6 A 7.16) Das Urteil gilt streng genommen nur für die Kläger, ist aber eine klare Absage an die Datensammelei des BND. „Das Urteil ist ein historischer Erfolg für Reporter ohne Grenzen, weil es uns gelungen ist, dem BND Grenzen aufzuzeigen“, erklärte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr. Auch andere Personen und Organisationen könnten nun vom BND verlangen, dass ihre Daten nicht gespeichert werden. ROG geht davon aus, selbst Opfer der Überwachung des Auslandsgeheimdienstes geworden zu sein. Grund seien die zahlreichen Kontakte im Rahmen der Nothilfe für verfolgte Journalisten in Krisenstaaten. Für Klagen gegen den Auslandsgeheimdienst ist das Bundesverwaltungsgericht in erster und letzter Instanz verantwortlich. Der BND teilte mit, man habe die Entscheidung des Gerichts zur Kenntnis genommen.

Christian Rath über die Massenüberwachung des BND

Ein Urteil für Snowden

Über das Verkehrsdaten-Analysesystem (VerAS) des Bundesnachrichtendienstes ist wenig bekannt. Es wurde zwar schon 2002 eingerichtet, doch die Öffentlichkeit erfuhr erst 2014 davon, als sich ein Untersuchungsausschuss des Bundestags nach den Snowden-Enthüllungen auch näher mit dem BND beschäftigte.

Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Datei, die faktisch eine geheime Vorratsdatenspeicherung ist, nun für illegal erklärt. Der einfache rechtsstaatliche Grund: Es fehlte ein Gesetz für die damit verbundenen Grundrechtseingriffe. Das Urteil ist die vielleicht schärfste juristische Folge des NSA-Skandals in Deutschland.

Es geht diesmal auch nicht um die (hochbrisante und noch ungeklärte) Frage, ob deutsche Grundrechte den BND auch in Afghanistan oder Nahost binden. Nein, im VerAS waren auch Millionen Personen erfasst, die in Deutschland leben und telefonieren, also im eindeutigen Geltungsbereich des Grundgesetzes. Dennoch hat der Bundesnachrichtendienst argumen-

tiert, bei der Speicherung von Verbindungsdaten seien keine Grundrechte betroffen. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht dies zu Recht längst anders entschieden. Wer mit wem wie oft telefoniert, betrifft natürlich die Privatsphäre und manchmal sogar die Intimsphäre.

Gut möglich, dass das VerAS nun als bald durch ein neues Gesetz legalisiert wird. So war es ja auch schon mit der sogenannten Auslands-Auslands-Überwachung des BND, die im Oktober 2016 erstmals gesetzlich geregelt und dabei nur leicht eingeschränkt wurde. Aber wenn der BND ein VerAS-Gesetz haben will, müsste er zumindest genauer erklären, was er mit diesen Daten eigentlich macht. Gesetzgebung schafft zumindest eine gewisse Transparenz. Ein Auslandsgeheimdienst, der auch Daten von Inländern erfasst, müsste schon gut begründen, wozu eine solche gewaltige Datenauswertung erforderlich ist. Und ein Gesetz könnte dann auch vom Bundesverfassungsgericht geprüft werden.



BND muss Daten löschen

Bundesverwaltungsgericht rügt Speicheremethode des Geheimdiensts. Auch im Bundestag werden Vorwürfe laut

Berlin – Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage ist die Lauschpraxis des Bundesnachrichtendienstes (BND) von Richtern gerügt worden. Am Donnerstag gab das Bundesverwaltungsgericht ein Urteil bekannt, wonach der Dienst rechtswidrig Daten über Auslandstelefone speichere. Es handelt sich um sogenannte Metadaten; Gesprächsinhalte sind nicht betroffen. Der BND muss die Daten nun löschen. Das Gericht gab damit einer Klage von Reporter ohne Grenzen und dem Berliner Anwalt Niko Härting gegen das BND-Analysesystem Veras statt. (Az.: 6 A 6 16 und 6 A 7 16)

In Veras speichert der BND seit 2002 Verbindungsdaten von Telefongesprächen mit dem Ausland. Nach BND-Angaben werden die Daten anonymisiert, soweit sie auf Einzelpersonen verweisen, etwa die Tele-

fonnummer. Nach Einschätzung von Reporter ohne Grenzen lassen die Daten sich dennoch oft individuell auswerten. Darin sind etwa Angaben, wann und von welcher Funkzelle aus welche Nummer gewählt wurde. Wegen ihrer zahlreichen Auslandskontakte gehen sowohl Reporter ohne Grenzen als auch Härting davon aus, dass Daten von ihnen in Veras erfasst sind.

Die Leipziger Richter betonten nun, dass die Speicherung von Verbindungsdaten in das Grundrecht auf vertrauliche Kommunikation eingreife, das Fernmeldegeheimnis. Dies gelte „ungeachtet der vor der Speicherung durch den BND vorgenommenen Anonymisierung“. Zulässig sei diese Praxis nur, soweit sie sich auf eine gesetzliche Grundlage stützen könne. Eine solche fehle aber. So erlaube das G-10-Ge-

setz – benannt nach dem Fernmeldegeheimnis in Artikel 10 des Grundgesetzes – nur die Speicherung zur Auswertung nach konkreten Suchbegriffen, nicht aber für eine generelle Analyse der Verbindungen. Die Anonymisierung ändere an der fehlenden gesetzlichen Grundlage nichts, betonten die Richter.

Vor wenigen Tagen war Kritik von Karlruher Richtern bekanntgeworden, die zur Kontrolle der BND-Überwachung von Nicht-Deutschen im Ausland berufen sind. Dieses Gremium aus zwei Richtern des Bundesgerichtshof und einem Bundesanwalt ist erst im Frühjahr durchs Leben gerufen worden, als Folge des 2016 reformierten BND-Gesetzes. Es tagt geheim. Am Mittwoch stand eine Aussprache mit der Vorsitzenden dieses Juristen-Gremi-

ums, der Richterin Gabriele Cremer, im vertraulichen Kreis der Geheimdienstkontrollen im Bundestag auf der Tagesordnung. Es gehe um „sehr schwer wiegende Vorwürfe“ gegen den BND, sagte der Vize-Vorsitzende des Bundestags-Kontrollgremiums, André Hahn (Linke), im Bundestagsplenum. Es scheine so zu sein, dass dem Karlruher Juristen-Gremium „de facto die Arbeit unmöglich gemacht wird“.

Ähnlich äußerte sich der SPD-Obmann im Parlamentarischen Kontrollgremium, Burkhard Lischka. Man werde die Karlruher Vorwürfe gegen den BND „genau prüfen“, sagte Lischka der *Frankfurter Rundschau*. Sollte es „auch künftig“ beim BND am Willen fehlen, sich juristischer Kontrolle aussetzen, „müssen wir das Gesetz eben weiter verschärfen.“ **RP1, RStR**

Daten illegal ausgewertet

Verwaltungsgericht gibt Klage von Reporter ohne Grenzen gegen BND statt

Christian Rath, Karlsruhe

Die Speicherung und Auswertung von Telefonverkehrsdaten durch den Bundesnachrichtendienst (BND) ist rechtswidrig. Das stelle nun das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig fest. Es fehle eine gesetzliche Grundlage. Geklagt hatten Reporter ohne Grenzen und der Anwalt Niko Härting.

Konkret geht es um eine Datei namens Veras (Verkehrsdaten-analysesystem). Sie wurde vom BND 2002 eingerichtet und erfasst Millionen und Abermilliarden von Verbindungsdaten, die

90 Tage lang gespeichert und ausgewertet werden. Die Daten stammen aus drei Quellen: aus der strategischen Überwachung des Telefonverkehrs zwischen Deutschland und dem Ausland, aus der Überwachung von Auslands-Auslands-Telefonverkehr und von anderen Geheimdiensten.

Die Daten von Terrorverdächtigen wurden in Veras mit Blick auf sogenannte Netzwerke bis in die fünfte Ebene ausgewertet. „Das bedeutet, dass ein Journalist von dem Programm erfasst werden kann, der mit einer Quelle in Kontakt ist, die

mit jemandem in Kontakt steht, der wiederum mit jemandem in Kontakt steht, der mit einer unter Terrorverdacht stehenden Person kommuniziert“, so Kläger Härting.

Das Bundesverwaltungsgericht sah in der Speicherung und Auswertung solcher Daten einen Eingriff in das grundrechtlich geschützte Fernmeldegeheimnis. Die Richter billigen den Klägern einen „öffentlich-rechtlichen Unterlassungsanspruch“ zu, der BND muss die Daten jetzt löschen. (Az.: 6 A 6 16)



Vor dem Karlsruher Medizin-Urteil

Das Bundesverfassungsgericht verkündet am Dienstag sein mit Spannung erwartetes Urteil zur Regelung der Studienplatzvergabe in Medizin. Weil es seit Jahren immer mehr Bewerber als Studienplätze gibt, gilt für das Medizinstudium ein Numerus Clausus (NC) mit strengen Zulassungsbeschränkungen. Diese beruhen auf der Abiturnote und Wartezeiten sowie Auswahlverfahren der Hochschulen.

Bei der mündlichen Verhandlung Anfang Oktober stellten die Karlsruher Richter überaus kritische Fragen. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatte dem höchsten deutschen Gericht die Frage vorgelegt, ob die Auswahl von Bewerbern für das Medizinstudium noch „nach sachgerechten Kriterien“ erfolgt. Dies hatte Karlsruhe in NC-Urteilen in den 70er Jahren gefordert. Das in erster Instanz bundesweit für die zentrale Studienplatzvergabe in Medizin zuständige Gelsenkirchener Gericht ist der Auffassung, dass mit durchschnittlichen Abiturnoten – wie in den Ausgangsfällen von 2,0 und 2,6 – auch nach einer „angemessenen Wartezeit“ ein Medizinstudium möglich sein muss.

Aktuell rangeln im Fach Humanmedizin 62 000 Bewerber um knapp 11 000 Studienplätze. Davon werden 20 Prozent zentral über die Abiturnote vergeben, 20 Prozent über Wartezeiten und 60 Prozent über höchst unterschiedliche Kriterien der Hochschulen selbst. Ob sich die Hochschulen bei der Vergabe der Plätze nach ihren jeweils eigenen Kriterien auf ihre im Grundgesetz verbürgte Wissenschaftsfreiheit berufen können oder ob das Grundrecht der Studierenden auf Berufsfreiheit Vorrang hat, ist eine der Kernfragen des anstehenden Urteils.

Der Vizepräsident des Gerichts, Ferdinand Kirchhof, sprach mit Blick auf die höchst unterschiedlichen Standards der Universitäten von einem „Weizenfeld der Auswahlkriterien“. Denkbar ist, dass die Verfassungshüter mit Verweis auf die Grundrechte dieses Feld für mehr Chancengleichheit lichten und vom Gesetzgeber etwa ein bundeseinheitlich geltendes, transparentes Testverfahren zur Eignung für ein Medizinstudium einfordern werden. Dies könnte auch für die Wartezeitregelung als Noten-Korrektiv bei der Studienplatzvergabe gelten. Aktuell müssen Studierende ohne einen Einschnitt bis zu siebeneinhalb Jahre auf einen Studienplatz warten – also deutlich länger als die Regelstudienzeit von zwölf Semestern, die als denkbare Obergrenze in Karlsruhe angesprochen wurde. AFP



Freiberufler arbeiten an Kapazitätsgrenze

rike. BERLIN, 14. Dezember. Die Freiberufler in Deutschland rechnen für das kommende Jahr mit guten Geschäften. Das geht aus einer noch unveröffentlichten Umfrage des Bundesverbands der Freien Berufe (BFB) hervor, die dieser Zeitung vorliegt. 85 Prozent der Befragten blickten zuversichtlich nach vorne, sagte BFB-Präsident Wolfgang Ewer. Auch ihre aktuelle Situation schätzten acht von zehn Freiberufler mindestens als befriedigend ein, jeder Zweite sogar als gut. Allerdings waren die Befragten vor einem Jahr noch etwas zufriedener.

Der Umfrage nach wollen 15 Prozent der Freiberufler in den nächsten beiden Jahren ihr Personal aufstocken. Gleichzeitig fürchten fast 17 Prozent, in Zukunft mit weniger Mitarbeitern klarkommen zu müssen – aus Sicht des BFB erste Auswirkungen des Fachkräftemangels auch im Bereich der freien Berufe, zu denen Ärzte, Rechtsanwälte und Architekten zählen, aber auch Apotheker, Physiotherapeuten oder Restauratoren und Yoga-Lehrer. Besonders zufrieden mit ihrer wirtschaftlichen Lage sind die technisch-naturwissenschaftlichen Branchen unter den freien Berufen, gefolgt von den rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden. So wie andere Wirtschaftszweigen spüren inzwischen auch die Freiberufler Kapazitätsgrenzen. Jeder dritte arbeite „über dem Anschlag“, teilte der Verband mit. Gut 44 Prozent seien zu mehr als 75 Prozent bis zu 100 Prozent ausgelastet.



GROSSBRITANNIEN

Die Stunde der Europa-Freunde

VON BJÖRN FINKE

Let's take back control, lasst uns die Kontrolle zurückgewinnen: Mit diesem Slogan warb die Brexit-Kampagne vor dem EU-Referendum für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Gesetze sollten wieder im Parlament in London gemacht werden, nicht in Brüssel oder Straßburg. Ironischerweise sträuben sich aber die siegreichen Brexit-Enthusiasten und die Regierung dagegen, eben diesem Parlament Mitsprache beim Austritt einzuräumen, dem folgenschwersten Vorhaben seit Jahrzehnten. Doch am Mittwochabend eroberte sich das Unterhaus ein Stück Kontrolle über den Brexit zurück. Premierministerin Theresa May dagegen erlitt die erste Niederlage im Parlament, seitdem sie im Amt ist.

Ein Dutzend Abgeordnete ihrer Konservativen Partei unterstützten die Opposition und erzwangen eine Garantie, dass das Unterhaus über die Ergebnisse der Brexit-Verhandlungen mit Brüssel abstimmen darf. Eine ganze Reihe anderer nationaler Parlamente und das EU-Parlament müssen diesen Austrittsvertrag billigen, damit er in Kraft tritt. Die britische Regierung hingegen wollte so ein Votum bloß versprechen, aber nicht per Gesetz festschreiben.

Wäre es nach May gegangen, hätten die Abgeordneten auch nicht über den Start

des Austrittsprozesses abstimmen dürfen. Das oberste Gericht in London musste dies der unsicheren und furchtsamen May erst auftragen. Die Parlamentarier votierten dann im Februar mit überwältigender Mehrheit für den Brexit: viele nicht aus Überzeugung, sondern weil sie das Ergebnis des Referendums ernst nahmen.

Bei der Abstimmung über den Austrittsvertrag, den der EU-Vertreter Michel Barnier bis Oktober 2018 fertig verhandeln will, werden die Parlamentarier den Brexit ebenfalls nicht blockieren. Sie haben nur die Wahl, das Abkommen über die künftigen Beziehungen mit der EU zu akzeptieren oder abzulehnen. Eine Ablehnung würde den Austritt nicht stoppen und das Risiko einer chaotischen Trennung im März 2019 erhöhen. Das ist keine attraktive Perspektive für Brexit-Gegner im Parlament.

Mays Schlappe im Parlament hilft Anhängern eines weichen Brexit

Mays Schlappe im Unterhaus stärkt jedoch die Hand jener Politiker, die einerseits zwar das Resultat des EU-Referendums achten, andererseits aber für einen sanften Austritt kämpfen. Die Pläne der Premierministerin sind dieser Gruppe zu harsch. Mays Konservative Partei hat seit dem desolaten Wahlergebnis im Juni keine Mehrheit im Parlament und ist auf die Un-

terstützung der nordirischen Partei DUP angewiesen. Schon wenige Abweichler aus den eigenen Reihen reichen daher für eine Niederlage der Regierung aus. Bis Mittwoch ist das allerdings nicht passiert.

Der Erfolg bei dieser Abstimmung zeigt EU-freundlichen Konservativen nun, dass sie May tatsächlich zu Änderungen beim Austrittskurs zwingen können. Dafür müssen sie sich nur trauen, im Parlament die Brexit-skeptischen Oppositionsparteien zu unterstützen – so wie am Mittwoch geschehen. Kommende Woche könnte diese informelle Koalition der Pragmatiker und Europafreunde den nächsten Sieg gegen May und die Verfechter eines harten Brexit erringen. Dann entscheidet das Unterhaus darüber, ob Austrittsdatum und -uhrzeit – 29. März 2019, 23 Uhr – gesetzlich festgeschrieben werden. Die Premierministerin will das, aber Vertreter eines weichen Kurses warnen, dass dies die Flexibilität unnötig einschränke.

Die Fraktion der Konservativen und das Kabinett sind gespalten zwischen Anhängern eines harten und eines sanften Brexit. May, die vor dem Referendum für den Verbleib in der EU geworben hat, schlägt sich bisher auf die Seite der Hardliner. Doch Niederlagen im Unterhaus werden sie dazu zwingen, stärker auf die Pragmatiker in ihrer Partei einzugehen. Das ist gut für Großbritannien und gut für Europa.



Brexit-Fortschritt ist der einzige Erfolg des EU-Gipfels

Staats- und Regierungschefs stimmen in Brüssel nächster Phase der Austritts-Verhandlungen zu.
Aber bei den Themen Flüchtlinge und Reform der Euro-Zone zeigt sich die tiefe Spaltung

Aplaus für eine Regierungschefin, die ihr Land aus der Europäischen Union führt. Und für den Keim einer neuen Militärkooperation, die den Mitgliedsstaaten bringen soll, was ohnehin alle wollen: Sicherheit. Das waren die Ergebnisse am Freitag in Brüssel. Die heißen Fragen wurden vertragen. Der letzte Europäische Rat des Jahres 2017 hat vor allem die wachsenden Gräben auf dem Kontinent deutlich gemacht.

**VON STEFANIE BOLZEN
UND HANNELORE CROLL'Y
AUS BRÜSSEL**

Die Teilnehmer gingen im bitteren Streit über die Flüchtlingsfrage auseinander. Und auch ihre Abschlusserklärungen in Hinsicht auf eine Reform der Euro-Zone ließen Zweifel aufkommen, ob die ehrgeizigen Pläne des französischen Präsidenten Emmanuel Macron große Chancen auf Verwirklichung haben. Beide Herausforderungen sind existenziell für den Zusammenhalt der EU. Die Furcht wächst, dass die Gemeinschaft eine weitere Krise der Währungsunion oder einen neuerlichen Pflichtlingsansturm nicht ausfällt.
Vor diesem Hintergrund geriet es zum Erfolg des Gipfels, dass die Staats- und

Regierungschefs der britischen Premierministerin grünes Licht für die nächste Phase der Brexit-Verhandlungen geben konnten. Die Erleichterung war groß, dass Theresa May die Scheidungsbedingungen der Europäer allen innenpolitischen Hürden zum Trotz in letzter Minute erfüllt hatte. Beweis dafür war der Beifall, den May am Donnerstagabend von den Amtskollegen für eine Ansprache während des gemeinsamen Abendessens bekam. In Wahrheit wissen jedoch alle, dass nun erst der wirklich schwierige Teil kommt, die Verhandlungen über den Status Großbritanniens nach dem EU-Austrieg. „Die zweite Phase ist wesentlich schwieriger als die erste – und die erste war sehr schwer“, gestand EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ein.

Diese beginnt Anfang des neuen Jahres und wird zusammenfallen mit der Arbeit an gemeinsamen Vorschlägen für die Reform der Euro-Zone. Beim nächsten Gipfel im März sollen diese vorgestellt werden. Angesichts der vielen Aufgaben und der knappen Zeit war Frankreichs Präsident in Brüssel die Ungeduld anzumerken. Zum Abschluss des EU-Gipfels hielt Macron gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eine Pressekonferenz, als Zeichen des neuen



EU-Momentums seit der Wahl des Pro-Europäers. Indirekt machte der Franzose dabei Druck auf seine Amtskollegin, bald eine neue Regierung zu bilden. Die Kanzlerin habe ihm versichert, dass man bis März zu einer Verständigung über die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion kommen könne. Eine neue deutsche Regierung sei wichtig, „weil wir ein starkes, stabiles Deutschland brauchen, um vorankommen zu können“.

Merkel ihrerseits demonstrierte Zuversicht für eine gemeinsame Lösung. „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, wie man auf Deutsch sagt.“ Doch schon jetzt ist klar, dass die Vorstellungen über die Euro-Reform zu weit auseinanderliegen, um den großen Wurf zu schaffen. Zumal Macrons Ideen unter Umständen in einigen Mitgliedstaaten Referenden erfordern würden. Die aber will derzeit niemand. In Deutschland findet etwa der französische Vorschlag eines gemeinsamen EU-Budgets wenig Anklang, stattdessen pocht man auf die Haushaltsdisziplin der Euro-Mitglieder.

Noch weniger Aussicht auf eine Einigung gibt es derzeit in der Flüchtlingsfrage. West- und Osteuropäer gingen völlig uneins in die Weihnachtspause. Die Visegrád-Staaten Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien dringen darauf, dass

die EU in erster Linie die Außengrenzen stärkt und nicht auf der Umverteilung von Flüchtlingen besteht. „Wir lehnen die Idee von Quoten absolut ab, weil wir glauben, dass Quoten nicht funktionieren“, betonte der slowakische Premier Robert Fico. Diese Haltung wird von seinen mittel- und osteuropäischen Amtskollegen geteilt, weshalb eine für den kommenden Juni geplante Reform des europäischen Asylsystems zum jetzigen Zeitpunkt unrealistisch erscheint.

Die Spaltung zwischen Osten und Westen könnte sich schon in der kommenden Woche weiter verschärfen. Polen steht wegen seiner umstrittenen Justizreformen vor einem beispiellosen Verfahren zum Entzug seiner Stimmrechte in der EU. Ungarn hat aber bereits seinen Widerstand gegen einen solchen Schritt angekündigt, der nur einstimmig getroffen werden kann.

Am Ende blieb zumindest „ein Traum, der Wirklichkeit geworden ist“, wie EU-Ratspräsident Donald Tusk verkündete. 25 EU-Staaten feierten am Rande des Gipfels den Start der neuen Militärkooperation Pesco. Diese soll nationalen Haushalten Geld sparen und das Leben der Bürger sicherer machen. Darauf können sich die Europäer jederzeit einigen.



Das wichtigste Jahr

Die kommenden zwölf Monate entscheiden über die künftige Beziehung zwischen Großbritannien und der EU. In London stehen unangenehme Debatten an. Droht ein harter Brexit, werden sich Unternehmen abwenden

VON BJÖRN FINKKE

London – Das nächste Jahr wird das wichtigste sein: Großbritannien trat 1973 zusammen mit Irland und Dänemark in die EG ein, wie die Europäische Union damals hieß. Am 29. März 2019 werden die Briten die EU nach viereinhalb Jahrzehnten wieder verlassen. 2018 wird also das letzte volle Jahr als EU-Mitglied sein. In diesem Abschlussjahr wird sich entscheiden, wie die Beziehungen zwischen Königreich und EU künftig ausssehen werden. Laufen die Verhandlungen der Regierung mit Brüssel schlecht, könnte 2018 auch das Jahr sein, in dem der Brexodus der Unternehmen beginnt: Banken und andere Firmen könnten wegen des anstehenden Austritts im großen Stil Abteilungen und Investitionen von der Insel abziehen.

Wirtschaftsvertreter mahnen zur Eile, um die schädliche Unsicherheit zu beenden. Wir fordern die Unterhändler von EU und Großbritannien auf, in den kommenden Monaten Klarheit über die Grundzüge der künftigen Handelsbeziehungen zu schaffen, heißt es in einer Erklärung von sieben europäischen Handelskammern, darunter der deutsche Verband DIHK und das britische Pendant BCC. Gespräche über so einen Vertrag sollten „so schnell wie möglich beginnen“. Die EU-Staats- und Regierungschefs verkündeten bei ihrem Gipfel vorige Woche, dass die Verhandlungen über die Trennung ausreichend Fortschritte gemacht hätten. Daher erlauben die EU-Mitglieder Unterhändler Michael Barnier, mit dem britischen Brexit-Minister David Davis über Übergangsregeln und ein Handelsabkommen zu reden.

Austritts-Enthustiasaten wie Boris Johnson sind Nachteile für die Wirtschaft eher egal

Diskussionen über eine Übergangssphase starten bereits im Januar. Ziel ist, dass sich für Unternehmen und Bürger am 30. März 2019, am Tag eins nach dem Brexit, fast nichts ändert. Für Geschäfte über den Armeikanal gelten die alten Regeln dann einfach weiter, so als sei Großbritannien immer noch EU-Mitglied. Das Königreich hält sich im Gegenzug weiter an alle Vorgaben, zahlt in den Brüsseler Haushalt ein und unterliegt der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Die britische Regierung will das akzeptieren; der Übergangszeitraum soll bis Ende 2020 oder Anfang 2021 dauern.

Für die Unternehmen ist es wichtig, dass sich London und Brüssel schnell auf so eine Regelung einigen, am besten bis Ostern. Gelänge das erst im Sommer, wäre es für viele Betriebe zu spät. Manager hätten bereits angefangen, Notfallpläne umzusetzen, um ihre Firmen auf einen harten Brexit im März 2019 vorzubereiten: Banken würden Abteilungen von London aufs Festland verlagern, Industriekonzerne ihre britischen Fabriken bei Investitionen außen vor lassen. Wissen die Chefs hingegen früh genug, dass erst 2021 Änderungen anstehen, können sie abwarten und beobachten, wie sich die Gespräche zwischen Barnier und Davis über ein Freihandelsabkommen für die Zeit nach 2021 entwickeln.

Über so einen Vertrag werden die bei den erst etwas später sprechen können, von März oder April an. Barnier hofft, sich bis Oktober mit den Briten auf die Grundsätze eines Freihandelsabkommens zu einigen. Zwischen Herbst und dem Scheidungstermin im März 2019 sollen das EU-Parlament und diverse nationale Parlamente – auch das britische – dem Austrittsvertrag und den Übergangsregeln zustimmen. Detail-Gespräche über das Freihandelsabkommen starten nach dem Brexit.

Zunächst aber muss sich die britische Regierung eine Meinung darüber bilden, welchen Handelsvertrag sie anstrebt. Das Kabinett ist bei der Frage genauso gespalten wie die Regierungsfraktion der Konservativen Partei. Auf der einen Seite der De-



bätte stehen wirtschaftsfreundliche Politiker wie Schatzkanzler Philip Hammond, die Brüssel entgegenkommen wollen, um den Brexit für Firmen erträglicher zu gestalten. Doch Austritts-Enthusiasten wie Außenminister Boris Johnson ist vor allem wichtig, dass die EU nach der Übergangsphase nichts mehr zu sagen hat auf der Insel. Nachteile für Unternehmen sind dieser Gruppe eher egal.

Für die Firmen im Königreich sind die anderen europäischen Staaten die wichtigsten Exportmärkte. Banken aus aller Welt nutzen Niederlassungen in London, um Kunden auf dem ganzen Kontinent zu bedienen. Dank des EU-Binnenmarktes reicht den Finanzkonzernen ihre britische Lizenz; diese wird überall anerkannt. Da die britische Regierung nach der Übergangsphase 2021 Binnenmarkt und Zollunion verlassen will, werden diese Geschäfte wohl schwieriger.

Zwar würde ein Freihandelsvertrag sicherstellen, dass keine Zölle eingeführt werden. Mit Kanada hat die EU so ein Abkommen nach sieben Jahre dauernden Gesprächen abgeschlossen. Das würde aber nicht verhindern, dass die wichtige britische Dienstleistungsbranche – etwa die Finanzfirmen – die Privilegien verliert, welche die Mitgliedschaft im Binnenmarkt bietet. Londons Banken bräuchten dann eine

zusätzliche Genehmigung aus einem EU-Staat. Dafür müssen die Konzerne auf dem Festland Abteilungen ausbauen, zulasten der britischen Filialen. Die Bank of England schätzt, dass der Brexit mindestens 10 000 Finanzjobs kosten wird.

Die Briten streben ein ganz neues Partnerschaftsmodell an. Doch davon will die EU nichts wissen

Der Abschied vom Binnenmarkt belastet auch Industriebetriebe, zum Beispiel in der Pharma- und Chemiebranche. Erkennt Brüssel britische Zulassungen nicht mehr an, müssten die Konzerne Produkte noch einmal in der EU genehmigen lassen. Ein weiteres Problem: Weil das Land nicht in der Zollunion bleiben will, werden in Zukunft Grenzbeamte Lastwagen stichprobenartig kontrollieren müssen. Das ist selbst dann nötig, wenn dank eines Freihandelsvertrags britische Produkte zollfrei sind. Die Autofabriken im Königreich beziehen viele Zulieferungen vom Festland und halten nur Teile für wenige Produktionsstunden auf Lager. Verzögerungen durch Zollkontrollen sind ein Risiko.

Die Regierung weiß um diese Nachteile. Sie hofft, sich mit Brüssel auf einen Freihandelsvertrag zu einigen, der umfassen-

der ist als übliche Abkommen und viele Vorteile des Binnenmarktes in die Brexit-Welt hinüberrettet. Zugleich will sich London nicht Regeln und Rechtsprechung der EU unterwerfen, so wie es Norwegen machen muss, ein Staat, der nicht in der EU, jedoch im Binnenmarkt ist. Die Briten streben ein neues Modell an: Das Land will selbst Regeln und Standards setzen und Handelsverträge mit anderen Mächten abschließen können. Diese Regeln und Standards sollen allerdings ähnlich denen der EU sein und die gleichen Ziele verfolgen. Brüssel soll anerkennen, dass die britischen Gesetze nicht gleich, aber gleichwertig sind. Firmen von der Insel sollen darum weiter ohne bürokratische Hürden, etwa zusätzliche Genehmigungen, Waren und Dienstleistungen in der EU verkaufen dürfen.

EU-Chefunterhändler Barnier hält freilich nichts von dem Modell. Bleibt Brüssel hart, muss die britische Regierung bis Herbst eine hässliche Frage beantworten: Wie viel wirtschaftlicher Schaden ist akzeptabel, um nach dem Brexit eine möglichst große Unabhängigkeit von EU-Vorgaben zu erreichen? Für welche Antwort eine Mehrheit im Kabinett stimmen würde, ist offen. Vielleicht gibt es auch keine Mehrheit für irgendetwas und stattdessen Neuwahlen. Für Unternehmen sind das beunruhigende Aussichten.



Basteln am großen Deal

Bis Juni wollen sich die EU-Staaten in wichtigen Fragen einigen – doch bei Migration und dem Umbau der Euro-Zone bleiben Konflikte

VON THOMAS KIRCHNER
UND ALEXANDER MÜHLAUER

Brüssel – Manchmal kann es dauern, bis Angela Merkel auf den Punkt kommt. Die Bundeskanzlerin hat die Gabe, brisante Themen lange Zeit im Ungefähren zu lassen. Doch an diesem Freitag steht sie neben Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron und sagt ziemlich deutlich: „Wenn Deutschland und Frankreich keine gemeinsame Haltung haben, kommt Europa nicht voran.“ Das ist die Botschaft nach dem letzten EU-Gipfel in diesem Jahr: Berlin und Paris haben 2017 wieder zusammengefunden. Das Tandem „Mecron“ funktioniert.

Damit daran auch wirklich kein Zweifel aufkommt, zählen die beiden alle Themen auf, bei denen Einigkeit herrscht: Verteidigung, Migration – und ja, auch bei der Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion. Man mag es kaum glauben, aber die geschäftsführende Kanzlerin legt sich in der Euro-Frage fest: „Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Bis März werden wir unsere Haltung zusammenbringen.“ Dann soll es einen Euro-Gipfel geben. Bleibt die Frage, ob es bis dahin eine neue Regierung in Berlin gibt. Macron ist zuversichtlich; die Kanzlerin sei dabei, eine Koalition mit der SPD zu bilden, er wünsche ihr „bon courage“. Da muss sogar Merkel schmunzeln.

**Beim Euro sind Norden
und Süden uneins,
bei Migration Ost und West**

Zurück zu Europa und zum Euro. Man sei sich einig, „die Bankenunion anzustreben“, sagt Merkel. Davon redet Berlin schon seit Jahren; spätestens wenn es um die europäische Einlagensicherung von Sparguthaben geht, zieht die Bundesregierung stets die Bremse. Erst müssten Risiken abgebaut werden, bevor vergemeinschaftet werden könne. Merkel spricht lieber von Strukturreformen und Wettbewerbsfähigkeit.

Doch um die Details soll es an diesem Freitag nicht gehen. „Wir werden Konvergenz finden“, verspricht Merkel, „wenn ein Wille da ist, ist auch ein Weg“. Man müsse sich nur in die Zeit zurückversetzen, als der Euro geschaffen wurde. Selten habe es einen gemeinsamen Ausgangspunkt gegeben, immer sei „etwas Gutes und Gemeinsames entstanden“. Und jetzt? „So wird es sicherlich auch wieder sein.“ Beim EU-Gipfel im Juni wolle man „Ergebnisse präsentieren“. Macron nickt und geht doch ein

bisschen ins Detail. Seine Position sei bekannt – aber eines möchte er klarstellen: Ein Budget für die Euro-Zone „mit mehreren Prozentpunkten“ der Wirtschaftsleistung sei nicht seine Priorität. Das habe er nie gesagt. Es gehe ihm vielmehr um die bereits von Jacques Delors angestrebte Konvergenz unter den Euro-Staaten. Merkel nickt. Wie die beiden einander überhaupt viel Zustimmung versichern.

Und doch offenbaren sich zwei tiefe Konflikte in Europa. Beim Euro verläuft

der Graben zwischen Nord und Süd, bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zwischen Ost und West.

Die Debatte über Migration selbst läuft bis nach Mitternacht „entlang den bekannten Bahnen“, wie ein EU-Diplomat sagt. Das östliche Lager moniert, die Umverteilung „funktioniere“ nicht. Das hatte EU-Ratspräsident Donald Tusk im Vorfeld ebenfalls festgestellt, wofür ihn das westliche Lager beim Abendessen wiederum heftig kritisiert. So entstehe der Eindruck, die

Arbeit der vergangenen zwei Jahre auf europäischer Ebene sei vergeblich gewesen. Das wäre ein falscher Eindruck. Die EU ist weit gekommen. Sie hat das Chaos der Anfangszeit, als die Migranten unregistriert durch Europa reisten, einigermaßen gebändigt. In Zusammenarbeit mit Drittstaaten gelang es, viele von einer Reise Richtung EU abzuhalten. Weniger gut klappte der Versuch, die Lasten intern zu verteilen. Dies soll nun nicht mehr ad hoc, sondern im Zuge der Dublin-Reform dauerhaft ge-



regelt werden. „Hier haben sich die Standpunkte nicht verändert“, resümiert Merkel. Man habe „noch ein großes Stück Arbeit zu tun“.

Ein sehr großes. Weil es um Grundsätzliches geht, scheint wenig Raum für Kompromisse zu bestehen. Flüchtlinge aufnehmen oder nicht aufnehmen – gibt es etwas dazwischen? Wer so denkt, unterschätzt die Kreativität europäischer Ministerialbeamter und das Wesen der Zusammenarbeit in der EU. Trotz allem wollen die Ost-Abweichler den Club ja keineswegs verlassen, und ernsthaft will sie auch niemand hinauswerfen. Also wird es eine Lösung geben, wie auch immer.

Der Weg zum Kompromiss ist lang, auf ihm warten lange Nächte, Armdrücken, Showdown

Seit Wochen ist in Brüssel vom Deal die Rede, den die Chefs am Ende aushandeln müssten. Neu ist nur, dass es ein ganz großer Deal sein wird, einer, der neben der Migration den künftigen mehrjährigen EU-Haushalt, die Euro-Reform und vielleicht sogar die Debatte über die Rechtsstaatlichkeit in Polen oder Ungarn einschließt. Das West-Lager hat mehrere Hebel: an erster Stelle die Drohung, die Kohäsionsmilliarden für den Osten zu kürzen. Zweitens der Hinweis, die Binnengrenzkontrollen beliebig lange fortsetzen zu können. Drittens raunen deutsche und niederländische Politiker ständig, dass man die Sache ja per Mehrheitsbeschluss entscheiden könne.

All diese Elemente wird man in die europäische Kompromissmaschine stopfen. Hinten kommt eine Wurst heraus, deren Beschaffenheit unschwer zu erraten ist, zumindest was den asylpolitischen Teil betrifft: Italien, Griechenland, Deutschland, Schweden und wenige andere werden weiterhin die Hauptlast schultern, spricht: das Gros der Schutzsuchenden aufnehmen, wohingegen der Osten etwas mehr Geld zahlt und sich symbolische Zugeständnisse abringen lässt.

Das sagt sich leicht, aber der Weg ist lang. Auf ihm warten Armdrücken, Showdown, lange Nächte. Offiziell halten die EU-Verwurster am Juni-Ziel fest. Ein Diplommat winkt ab. „Das ist nicht zu schaffen.“

In der Welt von „Mercron“ hört sich das dann so an: Macron sagt, erst müsse man die gemeinsame Aufgabe definieren, und dann installiere man einen Fonds. Wie jenen für Libyen oder für die Verteidigung. Merkel sagt: „Geld alleine löst das Problem nicht unbedingt.“

Weg frei für Runde zwei

Die EU leitet die nächste Phase in den Brexit-Verhandlungen ein

Brüssel – Am Ende geht es schnell. Nachdem die Staats- und Regierungschefs der britischen Premierministerin Theresa May schon am Vorabend applaudiert haben, geben sie am Freitag ohne lange Debatte grünes Licht für die zweite Phase der Brexit-Verhandlungen. „Damit beginnt ein noch härteres Stück Arbeit“, sagt Kanzlerin Angela Merkel. Sie sei sehr optimistisch, dass dies weiter gelingen werde. Und doch warnt sie davor, die Einheit der 27 EU-Staaten zu gefährden, indem man anfangs, sich in „Sektorinteressen aufsplitten zu lassen“.

Bislang konnte das vermieden werden, weil alle dasselbe Ziel hatten. Die EU setzte sich mit ihren drei Forderungen gegenüber Großbritannien durch. Die Regierung in London akzeptiert die finanziellen Verpflichtungen und gibt umfassende Garantien für die Rechte von EU-Bürgern in Großbritannien. Zudem liegt es nun an London, eine „kreative Lösung“ zu finden, um eine „harte Grenze“ zwischen Irland und Nordirland zu vermeiden – ansonsten bleibt es beim Status quo. Der irische Premierminister Leo Varadkar warnt in Brüssel allerdings vor dem drohenden Konfliktpotenzial; denn wie nach dem Brexit strenge Personen- und Güterkontrollen verhindert werden könnten, sei noch immer ungeklärt. Irland würde am liebsten den bisherigen Zustand beibehalten.

Nun geht es um die künftige Beziehung. Kommenden Mittwoch legt die EU-Kommission einen Entwurf für ein Mandat für eine Übergangszeit nach dem Brexit vor. Die Gespräche darüber können dann im Januar beginnen, nachdem die EU-Staaten das Mandat beschlossen haben. Beim EU-Gipfel im März sollen dann Leitlinien für die Gespräche über ein künftiges Handelsabkommen folgen. Bis es so weit ist, kann es Jahre dauern.

Zunächst geht es um die Länge jener Übergangsphase, in der sich nach dem EU-Austritt am 29. März 2019 eigentlich nichts ändert – außer dass die Briten nicht mehr mitbestimmen. Am einfachsten wäre es, wenn die Frist bis Ende 2020 läuft. Bis dahin zahlt London noch alle EU-Rechnungen. **ALEXANDER MÜHLAUER**



„Gefahr für unsere Nationalstaaten“

Rechtspopulisten fordern
in Prag das Ende der EU

Prag – Rechtspopulisten aus ganz Europa haben bei einem Treffen in der tschechischen Hauptstadt Prag ein Ende der Europäischen Union in ihrer jetzigen Form gefordert. An dem Kongress der EU-Parlamentsfraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) nahmen am Samstag unter anderem der Niederländer Geert Wilders und die Französin Marine Le Pen teil. „Brüssel ist eine existenzielle Gefahr für unsere Nationalstaaten“, kritisierte Wilders. Le Pen sprach von einer „desaströsen Organisation“. Die Kongressteilnehmer sprachen sich klar gegen Zuwanderung aus. „Ich hoffe, dass die Tschechen ihre Türen vor der Massenzuwanderung fest geschlossen halten“, sagte Wilders und lobte die Haltung der östlichen EU-Staaten. Die EU-Kommission klagt gegen Tschechien, Ungarn und Polen, weil sie die EU-Flüchtlingsquoten nicht umsetzen. Gastgeber Tomio Okamura von der tschechischen Partei Freiheit und direkte Demokratie (SPD) sagte, es drohe eine „muslimische Kolonisation Europas“.

Mehrere Hundert Menschen folgten einem Aufruf linker Gruppen zu Gegendemonstrationen. Sie riefen vor dem Tagungshotel lautstark „Schande“ und hielten Spruchbänder hoch wie „Soziale Gerechtigkeit statt Rassismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit“. Die Polizei hatte sich mit starken Sicherheitsmaßnahmen auf das Treffen vorbereitet und setzte auch einen Hubschrauber ein.

Die französische Front-National-Chefin Le Pen begrüßte die Regierungsbeteiligung der rechten FPÖ in Österreich als eine „sehr gute Nachricht für Europa“. Wilders nannte es wunderbar, dass das Mitglied der ENF-Fraktion in Österreich ernstgenommen werde. Anders als im Januar in Koblenz war die deutsche AfD diesmal nicht bei dem Treffen vertreten. ENF-Mitglied Marcus Pretzell war nach der Bundestagswahl zur Blauen Partei gewechselt und damit seiner Frau Frauke Petry gefolgt. Im EU-Parlament konnte die kleinste Fraktion bisher kaum etwas bewegen.

Marine Le Pen nennt Regierungsbeteiligung der FPÖ eine „sehr gute Nachricht“

Die Wahl Prags als Tagungsort dürfte kein Zufall sein: In Tschechien rechnen die EU-Gegner offensichtlich mit einem größeren Zustimmungspotenzial für ihre radikalen Ansichten. Gastgeber Okamura hatte mit seiner rechten Partei bei der Parlamentswahl Ende Oktober 22 der 200 Abgeordnetenmandate erhalten – mit einem harten Kurs gegen Flüchtlinge und den Islam. In einer Eurobarometer-Umfrage hielten nur 33 Prozent der Tschechen die Mitgliedschaft in der EU für positiv. Das war der niedrigste Wert unter allen 28 Mitgliedsstaaten. Okamura punktete mit Slogans wie „Nein zum Islam, nein zu den Terroristen“ in Tschechien. Obwohl der Politiker eine „Null-Toleranz-Politik gegen die illegale Migration und den Islam“ fordert, hat er selbst einen Migrationshintergrund. Er wurde als Sohn einer tschechischen Mutter und eines japanischen Vaters in Tokio geboren. Ausgezeichnet versteht sich Okamura mit dem tschechischen Präsidenten Miloš Zeman, der selbst immer weiter nach rechts rückt. Auch bei der Duldung der neuen Minderheitsregierung des Populisten Andrej Babis in Prag könnte die SPD zum Zünglein an der Waage werden. Kritiker werfen Okamura Rassismus vor. So rief er die Angehörigen der seit Jahrhunderten in Tschechien lebenden Roma-Minderheit einmal öffentlich auf, nach Indien auszuwandern.

DPA

EU bereitet harte Strafe gegen Polen vor

Die Kommission sieht den Rechtsstaat in Gefahr. Deshalb will sie ein noch nie angewandtes Verfahren gegen das Mitgliedsland einleiten. Brüsseler Gipfel streitet über die Flüchtlingspolitik

VON DANIEL BRÖSSLER
UND THOMAS KIRCHNER

Brüssel – Die Europäische Union steht kurz vor einer bisher nicht gekannten Eskalation im Verhältnis zu ihrem Mitgliedsland Polen. Die EU-Kommission bereitet sich nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* darauf vor, kommende Woche erstmals in der Geschichte der Gemeinschaft nach Artikel 7 des EU-Vertrags ein Verfahren wegen der „eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung“ der Rechtsstaatlichkeit in die Wege zu leiten. Der Beschluss soll am Mittwoch ergehen, sollte Polens neuer Ministerpräsident Mateusz Morawiecki im Konflikt um die polnische Justizreform keine Umkehr zusagen.

„In einer Gemeinschaft souveräner Staaten, wie die EU es ist, müssen die Staaten

das Recht haben, ihre Justiz zu reformieren“, sagte Morawiecki am Donnerstag vor Beginn eines EU-Gipfels in Brüssel. Das Verfahren empfinde Polen als „ungerecht“. Die EU-Kommission sieht durch Gesetzesänderungen eine „systematische Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit“ in Polen und hatte die nationalkonservative Regierung in Warschau mehrmals vergeblich zu Korrekturen aufgefordert. Trotzdem waren Gesetze beschlossen worden, die die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtes ausshöhlen und die Richterbestellung unter die Kontrolle der Parlamentsmehrheit bringen. Die beiden umstrittenen Gesetze könnten kommende Woche von Präsident Andrzej Duda unterzeichnet werden.

„Es gibt bisher keine Anzeichen, dass die rote Linie nicht überschritten wird“, sagte ein EU-Diplomat. Für diesen Fall hat die EU-Kommission angedroht, ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags zu beantragen. Dem müssten vier Fünftel der EU-Staaten zustimmen, was in Brüssel als möglich gilt. Schon dies würde als empfindliche Strafe für Polen gewertet, weil noch nie ein EU-Mitglied derart an den Pranger gestellt worden ist. Nicht befürchten muss die Regierung in Warschau allerdings, ihre Stimmrechte zu verlieren. Dem müssten – mit Ausnahme Polens – alle Mitgliedsländer zustimmen. Ungarns Premier Viktor Orbán hat schon sein Veto angekündigt.

EU-Ratspräsident Donald Tusk warnte vor einer doppelten Spaltung der Europäischen Union. Wenn es um den Euro gehe, verlaufe die Trennlinie zwischen Nord und Süd, bei der Migration zwischen Ost und West. Der Pole spielte damit auf den weiterhin schwellenden Grundsatzzstreit über die Flüchtlingspolitik und die Frage der Solidarität an. Die Staats- und Regierungschefs sprachen darüber beim Abendessen. In einer freien Diskussion sollten die gravierenden Differenzen auf den Tisch gebracht werden. Deutschland und andere Staaten fordern eine Reform des Dublin-Systems, die zumindest in Krisenfällen mit einer Pflicht zur Aufnahme von Flüchtlingen einhergeht. Tusk hatte den Streit befeuert, indem er das Quotensystem der EU zur Verteilung von Flüchtlingen im Einladungs-schreiben für den Gipfel als „ineffizient“ bezeichnet hatte. Die Formulierung sei „noch nicht ausreichend“, kritisierte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). „Eine selektive Solidarität kann es nach meiner Auffassung unter europäischen Mitgliedstaaten nicht geben.“ Nötig sei auch „Solidarität nach innen“.



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Pressespiegel

vom 21.12.2017

Süddeutsche Zeitung vom 15.12.2017



Neuer Premier, alte Politik

Polens Parlament beschließt umstrittene Justizreform

Warschau – Polen hat am ersten Tag unter einem neuen Regierungschef weitreichende Gesetze beschlossen, die die Justiz wie zu sowjetischen Zeiten der Regierung unterstellen und Experten zufolge polnischem und europäischem Recht widersprechen. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki stellte im Sejm, der unteren Parlamentskammer, sein Programm vor; der Senat, die obere Parlamentskammer, beriet zwei Gesetze zum Obersten Gericht und zum Landesjustizrat. Beide vom Sejm bereits beschlossenen Gesetze wurden dem Senat von der zuständigen Kommission zuvor ohne Änderung zur Annahme empfohlen. Werden die Gesetze wie erwartet noch am Dienstag beschlossen und von Präsident Andrzej Duda unterschrieben, treten sie zwei Wochen später in Kraft und machen den Weg frei zur personellen Neubesetzung und Kontrollübernahme über die Justiz durch die von der nationalpopulistischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Pis) geführte Regierung.

Ministerpräsident Mateusz Morawiecki konzentrierte sich bei seiner Regierungserklärung auf soziale und wirtschaftliche Themen. Die Regierung will nach einem populären Kindergeldprogramm mit mehr Geld für das kriselnde Gesundheitswesen oder den sozialen Wohnungsbau bei den Wählern punkten. Der Sejm wollte in der Nacht zum Mittwoch über die neue Regierung abstimmen – dies galt angesichts der absoluten Mehrheit der Pis als Formsache.

Abgesehen von Ministerpräsident Morawiecki ist die alte auch die neue Regierung. Pis-Funktionäre hatten zuvor die Ablösung des Verteidigungsministers, des Umweltministers und des Außenministers angedeutet. Vor allem Umweltminister Jan Szyszko und Außenminister Witold Waszczykowski gelten bei der EU-Kommission und anderen europäischen Partnern als diskreditiert. Die Minister blieben indes im Amt. Auch im eigenen Apparat werden der Handlungsspielraum des neuen Ministerpräsidenten offenbar eingeschränkt und die Schlüsselposten mit Mitarbeitern aus der Pis-Parteizentrale besetzt, so die polnische Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*.

Noch bevor im Sejm der neue Regierungschef sprach, bereiteten die Parlamentarier des Senats die Annahme der Justizreform vor. Ein Gesetz löst den bisher mehrheitlich von Richtern besetzten Landesjustizrat (KRS), oberstes Organ zur Wahrung einer unabhängigen Justiz, in seiner

bisherigen Form auf: Künftig werden die 25 KRS-Mitglieder mehrheitlich vom Pis-kontrollierten Parlament und vom ebenfalls von der Partei gestellten Präsidenten bestimmt.

Ein zweites Gesetz unterstellt das Oberste Gericht – letzte Instanz in Straf-, Zivil- und Wirtschaftsprozessen und entscheidendes Gremium für die Gültigkeit von Wahlen – der Regierung. Die Senkung des Rentenalters macht es möglich, sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes 40 Prozent der Richter des Obersten Gerichts zu entlassen – auch die gegen die Regierung auftretende Gerichtspräsidentin Małgorzata Gersdorf. Die neuen Richter würden mehrheitlich von der Pis und vom Präsidenten bestimmt und ernannt. Zudem wird eine neue Disziplinarkammer für Richter geschaffen.

Die Sonderkammer kann jedes Urteil aufheben, das in den letzten zwei Jahrzehnten ergangen ist

Die weitreichendste Änderung aber ist die Einführung einer „Außerordentlichen Klage“ und einer „Außerordentlichen Kammer“. Die Sonderkammer kann auf Antrag etwa des Generalstaatsanwalts – in Polen ist dieser auch Justizminister – jedes Urteil aufheben, das in Polen in den letzten zwei Jahrzehnten ergangen ist. Ein neues Verfahren zur Aufhebung eines rechtskräftigen Urteils soll ohne Wissen oder gar Zustimmung der Prozessbeteiligten stattfinden können; zur Aufhebung eines Urteils reicht es etwa aus, dass es gegen „soziale Gerechtigkeit“ verstoßen habe.

Ein ähnliches System ohne Rechtssicherheit habe es „in vielen früheren kommunistischen Ländern gegeben“, kommentierte die aus Verfassungsexperten bestehende Venedig-Kommission des Europarates. Das neue polnische Justizsystem habe „eine Menge Übereinstimmungen“ mit „dem alten sowjetischen System“. Die Kontrolle der Justiz durch die Parlamentsmehrheit und den Präsidenten widerspreche der Gewaltenteilung, der polnischen Verfassung und europäischen Rechtsstaatsgrundsätzen, so die Experten.

FLORIAN HASSEL



Polen erwartet EU-Verfahren

Morawiecki: Jedes Land hat das Recht auf Justizreform

ul. BERLIN, 15. Dezember. Die polnische Regierung erwartet, dass die EU-Kommission wegen der neuen Justizgesetze der nationalkonservativen Parlamentsmehrheit am Mittwoch ein Rechtsstaatsverfahren gegen Polen einleiten wird. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagte während des Brüsseler EU-Gipfels am Donnerstagabend, die Kommission werde Artikel sieben, Absatz eins des EU-Vertrags „zweifelloso“ anwenden. „Das ist ihre Prerogative“, auch wenn er selbst glaube, dass jedes Land das Recht habe, seine Justiz zu reformieren. Der Artikel sieht vor, dass der EU-Rat auf Antrag der Kommission mit vier Fünfteln seiner Mitglieder „die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung“ europäischer Grundwerte in einem Mitgliedstaat feststellen kann.

Das führt allerdings noch nicht zu Sanktionen. Dafür wäre Einstimmigkeit nötig, was unwahrscheinlich erscheint, da Ungarn Polen unterstützt. Trotzdem könnte schon die mildere Variante für Polen schwere Folgen haben, weil manche in Brüssel verlangen, im Rahmen des

nächsten siebenjährigen EU-Haushalts die Milliardentransfers nach Polen einzuschränken, wenn dort die Justiz nicht unabhängig ist. Das hat EU-Justizkommissarin Vera Jourová vorgeschlagen.

Das polnische Unterhaus, der Sejm, hatte vergangene Woche zwei Gesetzesnovellen gebilligt, die nach Ansicht von Kritikern die Unabhängigkeit des Obersten Gerichts und des Landesjustizrates einschränken. Am Freitag verhandelte der Senat darüber, es wurden keine Veränderungen erwartet. Wenn dann Präsident Andrzej Duda unterzeichnet, treten die Novellen in Kraft. Unterdessen arbeitet das Parlament bereits an einem neuen Projekt, der „Reform“ des Kommunal- und Regionalwahlrechts. Der Sejm billigte am Donnerstag einen Entwurf, der – nach Ansicht der Opposition und der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte, aber auch des Chefs der staatlichen Wahlkommission – dem von den Nationalkonservativen gestellten Innenminister übermäßige Befugnisse bei der Einsetzung der „Kommissare“ verleiht, welche die Wahlen organisieren.



Beziehungskrise

Osteuropa Niemand war begeisterter von der EU, niemand profitierte mehr als die Polen, Tschechen und Ungarn vom Beitritt. Und trotzdem wählen viele nun Rechtspopulisten, die gegen Brüssel hetzen. Was ist da schiefgegangen? Eine Erkundung im nahen Osten.

Prag hat sich weihnachtlich herausgeputzt, Bäume, Buden, Glitzerkitsch. Eigentlich ist alles wie immer, nur eines ist anders. Am Altstadtmarkt hat die Stadtverwaltung Betonquader in die Zufahrten schaffen lassen. „Daran seid nur ihr Deutschen schuld“, sagt Tomio Okamura. „Wenn Angela Merkel nicht Millio-

nen illegaler muslimischer Einwanderer eingeladen hätte, wären wir in Sicherheit. Wir wollten das nicht, und wir werden uns auch nicht an den Terror gewöhnen.“

Okamura sitzt in einem Kellerlokal, das nach Bier riecht und in dem es Knödel gibt. Räuchen darf man nicht mehr, wegen der EU. Bei der Parlamentswahl im Okto-

ber hat seine Partei „Freiheit und direkte Demokratie“ mehr als zehn Prozent der Stimmen geholt, ein enormer Erfolg für eine rechtspopulistische Gruppierung, die im Wesentlichen aus einem Mann besteht, nämlich Okamura.

Ein Mann, der noch dazu selbst ein Einwandererkind ist, der Vater halb Japaner.

halb Koreaner, die Mutter Tschechin. Okamura kam in Tokio zur Welt und wuchs in Prag auf; er spricht akzentfrei Tschechisch und litt doch so sehr unter Anfeindungen, dass er sogar noch als 14-Jähriger ins Bett nässte. Er zog für ein paar Jahre nach Japan, fand sich dort aber nicht zurecht, arbeitete als Müllmann und Popcornverkäufer; zurück in Prag, eröffnete er eine gut laufende Reiseagentur für asiatische Touristen. Eigentlich ist Okamuras Leben eine Erfolgsgeschichte aus der globalisierten Welt. Aber davon will er nichts wissen.

Seine Politik zielt genau auf das Gegenteil, er propagiert den Rückzug aus der Welt, zumindest aus Europa, und wenn es nach ihm ginge, würden die Tschechen so bald wie möglich über einen Austritt



aus der EU abstimmen. Okamura ist sich sicher: „Es ginge uns besser ohne die EU.“ Die Aussicht auf ein solches Referendum ist gar nicht so schlecht, möglicherweise wird seine Partei demnächst Mehrheitsbeschaffer einer Minderheitsregierung in Prag.

Im Gespräch erwähnt er nebenbei, dass er neulich mit seinem Aston Martin in Hamburg liegen geblieben sei, gleich fliegt er für ein Wochenende nach Berchtesgaden. Und trotzdem sagt er: „Der Euro kann nicht funktionieren.“ Die Europäische Union sei auf Lügen gebaut. „Ihr habt versprochen, dass wir euren Lebensstandard erreichen. Das ist nicht eingetreten.“

Die Ausnahme ist Tomio Okamura mit solchen Äußerungen nicht, sondern die neue Normalität. Alle tschechischen Parteien, die bei der Parlamentswahl erfolgreich waren, vertreten ähnliche Positionen. Selbst vom Wahlsieger Andrej Babiš sind EU-kritische Töne zu hören, obwohl er auch mit Investitionen im Westen zum Milliardär geworden ist; in Deutschland besitzt er etwa die Großbäckerei Lieken.

Und das ist nicht nur in Tschechien so, sondern auch in Polen, Ungarn und etlichen anderen Ländern Osteuropas. Mehr als 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erwartet der Osten vom Westen nicht mehr viel Gutes. Gerade mal 13 Jahre nach ihrem EU-Beitritt sind die Neumitglieder der Union bereits überdrüssig, deren Mitgliedschaft sie lange ersehnten. Nun lässt sich mit Anti-EU-Ressentiments trefflich Stimmung machen.

Irgendetwas geht da gründlich schief. Aber was genau? Und warum gerade jetzt?

Der Beitritt der Osteuropäer zur EU war eigentlich eine Erfolgsgeschichte, wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich. Aus Osteuropa wurde Mitteleuropa. Die staatlich gelenkten Ökonomien mit ihren heruntergekommenen Schwerindustrien verwandelten sich in erfolgreiche Marktwirtschaften. Die stillgestellten Gesellschaften des Sozialismus erfanden sich neu. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie hielten Einzug und behaupteten sich.

Als Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn 2004 der EU beitraten, sah das aus wie eine Bestätigung dieses Siegeszugs von Liberalismus und Kapitalismus. Es sah aus, als würden diese Länder nun westlich werden, als würden Geografie und Geschichte kaum noch eine Rolle spielen. Umso größer die Verwunderung, dass dieser Prozess stillzustehen scheint, ja, dass er nun sogar in die entgegengesetzte Richtung läuft.

Was ist also los im Osten? Warum fallen in einem Land nach dem anderen die liberalen Regierungen, sind vielerorts Rechtspopulisten an der Macht, Politiker, die gegen die EU polemisieren? Und das, obwohl ihre Länder und Gesellschaften von euro-

päischem Geld und europäischen Normen profitieren? Wie kann es sein, dass die Menschen in den östlichen EU-Staaten ganz überwiegend proeuropäisch denken, wie Meinungsumfragen zeigen – und trotzdem antieuropäisch wählen?

Die Suche nach Antworten soll nach Prag, Warschau und Budapest führen, in die Hauptstädte jener drei Länder, an deren Spitze Rechtspopulisten stehen. Aber natürlich hat sie auch mit dem Westen zu tun, der sich kaum für den Osten interessiert und seine Vorurteile gegenüber den vermeintlich rückständigen Osis pflegt. Im Osten wiederum schaut man beinahe obsessiv nach Westen – und sieht sich wieder und wieder in dem Gefühl bestätigt, nicht wirklich dazuzugehören.

Ein Beziehungstherapeut würde sagen: Das Verhältnis ist zerrüttet, redet mal offen miteinander und versucht, die Perspektive des anderen zu verstehen. Es gibt aber keinen Beziehungstherapeuten.

Und die Flüchtlingskrise macht alles noch schlimmer.

Karel Schwarzenberg, alter europäischer Adel, wohnt seit 1989 wieder in Prag. Er ist, wenn man so will, zugleich Gewinner und Verlierer der Wende. In kommunistischen Zeiten zog seine Familie in den Westen, später erhielt sie riesige Ländereien, Wälder und Burgen zurück. Schwarzenberg ging in die Politik, wurde Außenminister, ein gefragter Gesprächspartner, wann immer es um Osteuropa ging. Doch bei der Wahl wurde seine liberale Partei gerade mit 5,3 Prozent abgestraft, ein katastrophales Ergebnis.

Nun sitzt der 80-Jährige gebeugt im Kabinett, dem wohl einzigen afghanischen Restaurant Tschechiens, was dieser Tage schon fast als ein Statement verstanden werden kann. Osteuropas Bevölkerung lehne es in ihrer überwältigenden Mehrheit ab, Flüchtlinge aufzunehmen, sagt Schwarzenberg: „Man hätte mit den Menschen besser sprechen müssen, ob sie Fremde in ihre Länder lassen wollen. Aber so wurde das als Diktat empfunden.“

Als Außenminister machte Schwarzenberg Tschechien zu einem zuverlässigen Partner im Osten. Jetzt sieht er sein Lebenswerk in Gefahr. Durch Rechtspopulisten auf der einen Seite, die bedenkenlos gegen die EU schimpfen, und durch die Ignoranz westlicher Politiker auf der anderen Seite.

„Wir Tschechen wissen schon, was wir der EU verdanken, aber wir fühlen uns nicht zu Hause.“ Zu oft noch würden die Osteuropäer in Brüssel von oben herab behandelt. „Wenn wir anderer Meinung sind, heißt es gern: Werdet erst mal richtige Europäer“, sagt er. Der Osten sei empfindlich, was diesen Ton angehe. „Wir wollen nicht ewig wie Schüler behandelt werden. Das



Der Spiegel 51/2017

erinnert an die Sowjetzeit, als wir schon einmal Direktiven empfangen.“

Wenn sogar ein Liberaler wie Schwarzenberg so spricht, ist das ein Grund zur Sorge.

In der Skyline Warschaws spiegelt sich der Aufstieg Polens in den vergangenen Jahren. Da sind die alten Gebäude der grauen, sozialistischen Zeit: der Kulturpalast im Zuckerbäckerstil, Stalins vergiftetes Geschenk an die Stadt. Die schmucklosen Betonriegel der Siebziger. Aber auch die Bankenhochhäuser der turbulenten Nachwendejahre. Und das Segel, ein Luxus-Appartement-Turm des Architekten Daniel Libeskind, 192 Meter hoch, vor einem Jahr eröffnet, die teuerste Adresse der Hauptstadt, der Fußballer Robert Lewandowski hat hier eine Wohnung gekauft.

Wahrscheinlich ging es Polen in seiner Geschichte noch nie so gut wie heute. 1990 erwirtschaftete der Durchschnittspole ein Zwölftel des Durchschnittsdeutschen. Im vergangenen Jahr war es schon ein Drittel. Die Wirtschaft wächst und wächst, die Arbeitslosenquote ist kaum höher als in Deutschland. Eine Million Ukrainer sind ins Land gekommen, einige Flüchtlinge, zumeist aber Arbeiter, sozusagen die Polen der Polen, sie putzen, pflegen, renovieren.

Der Westen, das gelobte Land, in dem es besser ist als zu Hause, liegt jetzt auch hier. Und in Tschechien, im Baltikum, in der Slowakei, in Slowenien, sogar ein bisschen in Kroatien, Rumänien und Bulgarien.

Und doch fühlt sich eine Mehrheit der Polen trotz aller Erfolge offensichtlich bedroht. Nicht so sehr aus dem Osten, inzwischen vor allem aus dem Westen. Von „einem neuen Mix von Kulturen und Rassen, einer Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen. Das hat mit traditionellen polnischen Werten nichts mehr zu tun“. So sagte es der polnische Außenminister Witold Waszczykowski – und er hat damit die Gefühle vieler Polen auf den Punkt gebracht, die im Westen vor allem arrogante, elitäre Besserwisser sehen, die ihnen vorschreiben wollen, wie sie zu leben und was sie zu denken hätten.

Ein Scherz könnte dieser Satz sein, würde nicht die Regierung, der dieser Minister angehört, es damit ernst meinen und ihre Politik danach ausrichten.

Dass der Osten Flüchtlinge aufnehmen sollte, nach einer von Brüsseler Politikern festgelegten Quote, wird von den meisten Osteuropäern als die größte Zumutung gesehen. Die Mehrheit glaubt, die Flüchtlinge kämen vor allem, weil die deutsche Bundeskanzlerin sie eingeladen hat, weniger wegen des Bürgerkriegs in Syrien.

„Die Flüchtlingskrise ist nicht der Auslöser der Spaltung Europas, aber sie ist der Katalysator“, sagt Piotr Buras vom Warschauer Thinktank European Council on

Foreign Relations. Er ist einer der klügsten Politologen Polens und hat lange in Berlin gearbeitet. Im Osten, sagt er, habe man das Gefühl, die privilegierten Wessis wollten einem vorschreiben, wer ins Land kommen dürfe. Umgekehrt sehe der Westen die Ossis als Menschen, die sich weigern, Mitgefühl zu zeigen, obwohl viele ihrer Landsleute im Kommunismus Zuflucht in anderen Ländern gesucht hätten. Dieses unterstellte Moralgefälle werde wiederum im Osten sehr genau wahrgenommen – und verstärke die Abwehrhaltung vieler Osteuropäer.

„Die Rückkehr nach Westen, die EU-Mitgliedschaft, das sind heute schwache Identitätsangebote“, sagt Buras. Die brutalen Veränderungen des vergangenen Vierteljahrhunderts hätten die Bevölkerung unter Stress gesetzt – und allein das Versprechen nach einem Leben wie im Westen reiche da nicht mehr. „Deshalb konnten Jaroslaw Kaczyński und Viktor Orbán den Nationalismus so erfolgreich wiederbeleben.“

Die regierende PiS pflegt Brauchtum, nationalistische Narrative und einen historisch begründeten Opfermythos; dazu gehört auch die Legende, dass Russland 2010 das Flugzeug des damaligen Präsidenten und PiS-Mitgründers Lech Kaczyński über Smolensk zum Absturz brachte.

Trotzdem liegt die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in Polen bei 80 Prozent. Gleichzeitig können sich jedoch 37 Prozent vorstellen, dass es für Polen auch außerhalb der EU eine Zukunft geben könnte. Das Verhältnis zur EU und zum Westen – es ist widersprüchlich.

„Die Reformideologie der Neunziger und frühen Nullerjahre hat uns besonders hart getroffen“, sagt Buras. „Anders als der Westen hat der Osten den Neoliberalismus bekommen, ohne vorher eine sozialdemokratische Ära durchlaufen zu haben.“ Der Kommunismus habe atomisierte

Gesellschaften hinterlassen, in denen jeder für sich allein kämpfen musste. Es gab keinen Sozialstaat, die Gewerkschaften waren schwach. Es fehlten Institutionen, die die Härten des kapitalistischen Umbaus, die Privatisierungen, die Arbeitslosigkeit, hätten abfedern können.

Sich nun mit muslimischen Flüchtlingen solidarisch zeigen zu müssen empfinden viele Osteuropäer, die sich jahrelang durchgeschlagen haben, als Zumutung. Da dürfte es auch nicht helfen, dass die EU-Kommission gerade gegen Polen, Ungarn und Tschechien Klage vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht hat wegen deren Weigerung, Flüchtlinge aufzunehmen.

„Wir hier im Osten haben zwei Jahrzehnte lang zugehört, gelernt, versucht aufzuholen. Jetzt schlägt das Pendel zurück“, sagt Ziemowit Szczerek. Er ist eine junge Hoffnung der polnischen Literatur, der wie kein anderer mit analytischer Schärfe über die polnischen Befindlichkeiten schreibt. Zum Gespräch trifft er sich, wie passend, im Kaffeehaus des Nationalmuseums in Krakau. „Erbe“ heißt die derzeitige Hauptausstellung, es ist eine Kunstschau, die das Wesen des Polentums ergründen will.

Die Polen und andere Osteuropäer, so lautet Szczereks Theorie, hätten aus der Geschichte gelernt, dass sie immer irgendwie hinterherhinkten. Der Westen war schon immer reicher und mächtiger. So sei ein Minderwertigkeitsgefühl entstanden. „Wir sehen uns noch immer im Grunde selbst so, wie die Westler auf uns blicken: ein bisschen arm, ein bisschen rückständig und weniger effizient.“

Millionen Osteuropäer sind zudem in den vergangenen Jahren ganz oder zeitweise in die westlichen EU-Länder abgewandert. Dort erledigen sie meistens die Arbeiten, die die einheimische Bevölkerung nicht mehr machen will. Westler kennen die östlichen Nachbarn vor allem als Putzfrauen, Altenpflegerinnen, Prostituierte, Umzugshilfen oder Billighandwerker, fast nie aber als Ärzte oder Ingenieure. Diese Wahrnehmung prägte auch das Selbstbild.

Die Rechtspopulisten in ganz Europa profitieren von dieser Mischung aus Frust und Angst, die sie geschickt anfachen und gegen die EU lenken. Im Osten kommt jedoch noch ein weiteres Gefühl hinzu: Europäer zweiter Klasse zu sein.

Osteuropas Rechtspopulisten werden aber mitnichten nur von den Wendeverlierern unterstützt. Der durchschnittliche PiS-Wähler unterscheidet sich wenig vom AfD-Wähler oder vom Brexit-Befürworter. Er lebt auf dem Land oder in der Kleinstadt, sein Einkommen ist in den vergangenen Jahren durchaus gewachsen, doch empfindet er den Wohlstand als flüchtig. Er sieht seine traditionelle Bindung an die Religion und seine Heimat oder auch sein traditionelles Verständnis der Rolle von Frau und



Mann infrage gestellt. Die Globalisierung, die Einwanderung, die Pluralisierung der Lebensformen – all das, was die liberale Elite begrüßt, empfindet er als bedrohlich.

Deshalb verfängt der Elitenhass der Rechtspopulisten im Osten so gut. Sie sagen ihren Wählern: Ihr habt genug getan, ihr müsst nicht so werden wie die, ihr müsst euch überhaupt nicht ändern.

All das erklärt allerdings noch nicht, warum die Regierungen in Polen und Ungarn den Rechtsstaat abbauen. Schließlich ist die Demokratie jung in der Region, sie ist erkämpft worden. Nicht nur von den Liberalen, auch von den Konservativen, beide Lager standen einst im Kampf gegen die Kommunisten zusammen.

Und doch hat die PiS-Regierung in Warschau als eine ihrer ersten Amtshandlungen das Verfassungsgericht geschwächt und mit eigenen Gefolgsleuten besetzen lassen. Zudem sollen Richter künftig von einem Gremium berufen werden, das von der Parlamentsmehrheit kontrolliert wird. Die EU-Kommission hat das Vorhaben als Verstoß gegen die Gewaltenteilung gewertet. Ohnehin ist ein Verfahren zur Prüfung der Rechtsstaatlichkeit in Polen anhängig.

Dass er die Checks and Balances der Verfassung schleift, schadet dem Führer der Nationalkonservativen, Jarosław Ka-

czyński, allerdings wenig. Er verkauft es als Befreiungsschlag. Der Staat müsse stark und handlungsfähig sein, frei von liberaler Bedenkenträgerei, die jahrelang die Politik blockiert habe.

„Alternativlos“ ist eines der Wörter, die auch die Ära Angela Merkels charakterisieren. Man kann die herrschenden Parteien abwählen – aber die Politik bleibt. Der Erfolg Kaczyńskis und seiner Verbündeten basiert darauf, mit diesem Prinzip zu brechen. Sie zeigen: Es gibt eine Alternative. PiS ließ ein Kindergeld von 500 Zloty einführen und senkte – gegen den europäischen Trend und alle liberalen Glaubenssätze – das Rentenalter.

Damit will Kaczyński zeigen: Wir erobern die Politik zurück – und dafür müssen wir die Demokratie zurückstutzen. Ungarns Regierungschef Viktor Orbán hat das auf einen Begriff gebracht: „Illiberale Demokratie“ nennt er seine Art zu regieren.

Überall in Ungarn blickt gerade ein abgründig lächelnder alter Mann von den Plakatwänden. In der U-Bahn, am Straßenrand, auf jedem Dorfplatz. Es ist der ungarisch-amerikanische Milliardär George Soros, 87. Neben ihm steht in roten Buchstaben: „Nicht ohne dein Einverständnis!“

Die Plakatkampagne soll die Ungarn dazu bringen, an einer Umfrage der Regierung teilzunehmen, einer sogenannten nationalen Konsultation. Die Wähler sollen über den „Soros-Plan“ abstimmen, ein angebliches Komplott, um die „europäische Sprache und Kultur zu verringern, damit die Integration illegaler Migranten schneller geht“. Soros wolle jedes Jahr Millionen Fremde nach Europa holen, um es von innen heraus zu zerstören, so der Text. „Stimmen Sie zu?“ Man kann Ja oder Nein ankreuzen.

Nun gibt es selbstverständlich keinen Soros-Plan. Aber das ist für Orbán und seine Leute nebensächlich. Ihr Machtsystem lebt davon, Feindbilder zu erschaffen und sie mit Leben zu füllen – die Flüchtlinge, die Roma oder eben Soros, der Jude. Doch es ist einfacher, sich über die „illiberale Demokratie“ zu empören, als zu verstehen, warum sie so erfolgreich ist.

Für Orbán heißt „illiberale Demokratie“, dass die Institutionen des liberalen Staates keine zentrale Rolle mehr spielen. Orbán möchte freie Hand zum Regieren haben. „Konsultationen“ wie die zu Soros sollen seinen Kurs legitimieren – auch wenn in der Verfassung keine Rede von ihnen ist. Die Umfragen befördern die Unsicherheiten in der Bevölkerung und hegen sie gleichzeitig ein. Und weil Orbán ein genau-

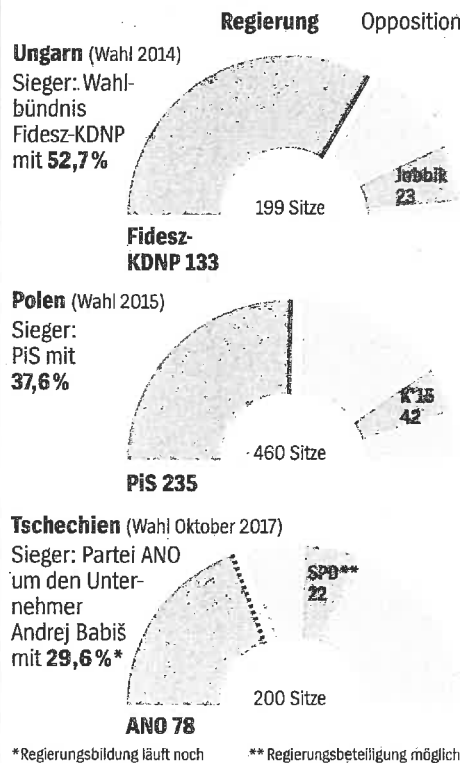


es Gespür für die Widersprüche der westlichen Politik hat, ist es ihm in der Flüchtlingskrise gelungen, zum wichtigsten konservativen Widersacher von Angela Merkel aufzusteigen. Interessanterweise ist Orbáns Partei Fidesz dabei immer noch Teil der konservativen Europäischen Volkspartei, zusammen mit der CDU.

Orbáns Herrschaft funktioniert recht einfach: Er hat, seine solide Parlamentsmehrheit im Rücken, sämtliche Ämter und Institutionen im Justizwesen, der Verwaltung und bei staatlichen Unternehmen mit eigenen Leuten besetzt. Staatliche Bau- und Investitionsaufträge schiebt er seinen Freunden und Parteigängern zu. Dies kann er dann in seine große Geschichte von der Wiedergeburt des selbstbewussten Ungarn einflechten. Das Land brauche eine eigene Elite, betont er, ungarisches Kapital, um die Schwäche der kommunistischen Jahrzehnte auszugleichen. In dieses System der Günstlingswirtschaft fließen nicht selten auch Gelder aus Brüsseler Töpfen.

Aber auch wenn die neue ungarische Wirtschaftselite von Orbáns Gnaden eher russischen Oligarchen gleicht als einer Bourgeoisie des 21. Jahrhunderts – die Wahrscheinlichkeit, dass die Geldflüsse demnächst versiegen, ist gering. Orbán ist ein Volkstribun, ein Spieler, ein Strippen-

Rechtspopulisten in osteuropäischen Parlamenten



zieher und skrupelloser Machtmensch. Und damit auch: einer der begabtesten Politiker Europas.

„Wenn er mich nicht an der Gurgel hätte, fände ich es faszinierend, Orbáns Herrschaft zu untersuchen“, sagt Michael Ignatieff. „Schauen Sie sich die Plakate der Anti-Soros-Kampagne an: Diese Mischung aus modernster westlicher Werbetechnik und alter kommunistischer Propaganda ist vollkommen einzigartig.“

Ignatieff, 70, ist der Leiter der Central European University (CEU) in Budapest, die von vielen hier nur Soros-Hochschule genannt wird. Anfang der Neunzigerjahre wurde sie mit dem Geld des Milliardärs gegründet, um die Zeit des Übergangs der osteuropäischen Länder zu begleiten. Fast 15 000 Absolventen hat sie seitdem hervorgebracht, sie gilt als eine der besten Universitäten Osteuropas für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, die Studenten kommen aus aller Welt nach Budapest.

Und diese Hochschule ist der Lieblingsgegner Orbáns und seiner Leute.

Völlig überraschend wurde der CEU im Frühjahr eine Änderung des ungarischen Hochschulgesetzes angekündigt, die ihre Schließung bedeutet hätte. Weil die Universität ihren rechtlichen Sitz in New York hat, dort aber keine Lehrveranstaltungen



abhält, hätte sie in Budapest schließen müssen. Nach Protesten aus ganz Europa und Demonstrationen in Budapest gab die Regierung zwar im Sommer nach, nahm dies im Oktober aber wieder zurück. Die Zukunft der CEU ist ungewiss.

Eine Regierung, die die beste Hochschule ihres Landes schikaniert: So etwas gab und gibt es in Europa nirgendwo sonst.

Doch alles, was die Ungarn verunsichert, lässt sich auf diese Lehranstalt projizieren. An der CEU studiert jene Elite, der die Mehrheit der Ungarn misstraut. Soros ist eine Symbolfigur jenes Finanzkapitalismus, von dem die Rechtspopulisten behaupten, er würde die Traditionen bedrohen. Und vom renovierten Altbau bis zum Komposthaufen und den Salatbeeten auf dem Dach des Universitätsgebäudes entspricht die CEU genau jenen Vorstellungen von Nachhaltigkeit und Gutmenschen, die den Populisten so verhasst sind.

„Wir haben uns Illusionen gemacht“, sagt Ignatieff, einer der bekanntesten intellektuellen Kanadas. „In den Neunzigerjahren dachten wir im Westen, die Länder Osteuropas würden den Kommunismus abschütteln – und mit demokratischen Verfassungen, Multikulturalismus und Marktwirtschaft werden wie wir.“ Aber das sei falsch gewesen. „Wir sind Kinder unserer Geschichte“, sagt Ignatieff. Und man brauche eine Politik, die das verstehe. „Auch im Westen ist die liberale Demokratie unter Druck gekommen.“

Wie Polen, ein Land, das seit dem Ende des 18. Jahrhunderts geteilt war, das später von Nazideutschland zerstört und von der Sowjetunion nach Westen verschoben wurde, ist sich auch Ungarn seiner nationalen Identität nicht wirklich sicher. Nach dem Ende der Habsburger Doppelmonarchie verlor das Land 1920 zwei Drittel seines Gebiets und wurde über Nacht von einem multikulturellen Gebilde zu einem ungarischen Staat. Versuche, einen eigenen Weg zu gehen, schlug die Sowjetunion brutal nieder.

Überall im Land lässt Orbán nun alte Gebäude renovieren, oftmals ohne dass klar wäre, wofür eigentlich, außer um den Glanz der Vergangenheit neu aufscheinen zu lassen. Im Jahr 2000 hatte Orbán die Stephanskronen der Habsburger in einer eigenartigen Zeremonie aus dem Nationalmuseum ins Parlament bringen lassen. Dort liegt sie nun, und Soldaten in Fantasieuniformen marschieren tagein, tagaus um sie herum. Ein paar Meter entfernt präsentiert Orbán ein auf alt gemachtes Exemplar der Verfassung, die er 2011 durchs Parlament peitschen ließ. Das Arrangement wirkt seltsam aus der Zeit gefallen, altmodisch-pompös und weltabgewandt.

Vielen Ungarn aber gibt es Sicherheit und suggeriert Tradition. Eine überschau-

bare, vertraute Heimat ohne Ausländer, Bio-Hipster und Brüsseler Beamte.

Der eigentliche Machtwechsel werde sechs Monate dauern, schrieb der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf, als 1990 die sozialistischen Staaten zusammensackten und vom Ende der Geschichte die Rede war. Für den Umbau der wirtschaftlichen und politischen Institutionen veranschlagte er 6, für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft 60 Jahre. Das war klug, und es war zugleich arrogant: setzte es doch die deutsche Erfahrung als entscheidenden Standard, nach dem sich alle anderen Länder entwickeln würden. Etwa die Hälfte jener Zeit ist nun um.

Wenn sich am Wochenende die europäischen Rechtspopulisten auf Einladung von Tomio Okamura in Prag treffen, soll Marine Le Pen aus Frankreich anreisen, Geert Wilders aus den Niederlanden, Matteo Salvini, der Chef der Lega Nord, aus Italien und, wenn es die Koalitionsverhandlungen zulassen, auch Heinz-Christian Strache aus Österreich. Ist das die neue Internationale der Nationalisten?

Weder die polnische PiS wird in Prag vertreten sein noch Viktor Orbáns Fidesz. Auch weil sie wissen, dass sie mit den West-Rechten zwar einiges verbindet, aber genauso viel trennt. Wer in Westeuropa Grenzen hochziehen will, möchte das auch, um den kleinen Mann vor der Konkurrenz durch osteuropäische Arbeiter zu schützen. Wer für die Osteuropäer spricht, muss das ablehnen. Die westeuropäische Rechte liebt Wladimir Putins Russland und wird zum Teil von dort finanziert. Vor allem die Polen stehen Moskau dagegen sehr misstrauisch gegenüber.

Die neuen Populisten werden alles daransetzen, Europa abzuschotten, zu verhindern, dass der Kontinent seine Grenzen für Flüchtlinge und Einwanderer offen lässt. Sie werden sich einer Vertiefung der Union verweigern, wie sie Angela Merkel und Emmanuel Macron vorschwebt. Sie sind gegen den Euro. Und mancher will gleich ganz aus der EU austreten.

Der alte Nationalismus war eine Emanzipationsbewegung gegen die morschen Monarchien. Er endete auf den Schlachtfeldern der zwei Weltkriege im Kampf um die Vorherrschaft auf dem Kontinent. Die europäische Einigung war eine Konsequenz dieser Kriege. Geboren aus der Einsicht, dass so etwas nie wieder passieren dürfe. Der neue Nationalismus ist eine Angstreaktion. Der Feind ist nicht mehr das Nachbarland. Es geht jetzt gegen die da oben.

Ján Puhl, Tobias Rapp



Viel Papier, wenig Hilfe

Eine europaweite Regelung soll Privatkunden bei der Geldanlage schützen. Banken klagen über zusätzlichen Aufwand, Verbraucherschützer bezweifeln die Wirksamkeit

VON NILS WISCHMEYER

München – Am Ende mussten sie um ihr Ersparnis bangen. Dabei hatten die Berater ihnen die Zertifikate von Lehman Brothers wärmstens empfohlen. Sicher seien sie, und eine tolle Rendite gebe es oben drauf. So oder so ähnlich verkauften die Vertreter hochriskante Zertifikate an ältere Anleger, die intern oft als „a&d“ bezeichnet wurden – alt und doof. Als die US-Investmentbank Lehman Brothers 2008 in die Insolvenz ging, wurde schnell klar, dass die angepriesenen Zertifikate vor allem eins waren: Ramsch. Viele Anleger verloren ihre Altersvorsorge und ihr Ersparnis noch gleich mit. Die meisten wurden zwar entschädigt, aber erst viele Jahre später.

Sinnbildlich stehen die „Lehman-Omas“ seither für die geprellten Anleger und die unzureichende Beratung. Jetzt, etwa zehn Jahre später, tritt eine neue Regelung in Kraft, die die Anleger vor solchen riskanten Investments schützen soll. Heftig haben Politiker, Banker und Verbraucherschützer um die endgültige Fassung gerungen. Am Ende ist daraus die neue Finanzmarkttrichtlinie, die „Markets in Financial Instruments Directive 2“ (Mifid II) entstanden. Diese tritt am 3. Januar in Kraft, weshalb Banken jetzt ihre Kunden informieren.

Dokumentation

Wer sich nicht durch die vielen Seiten an Text wühlen will, wird die erste Änderung beim nächsten Gespräch mit seinem Berater

erleben. Mit Inkrafttreten der neuen Richtlinie müssen die Banken alle Telefongespräche, die zu einer Beratung führen, aufzeichnen. Diese Aufnahmen müssen sie mehrere Jahre aufbewahren und dem Kunden zur Verfügung stellen. Damit will die europäische Behörde sicherstellen, dass der Verbraucher etwas in der Hand hat, sollte es Probleme mit dem Investment geben. Bei Beratungsgesprächen in der Bank läuft aber weiterhin kein Tonband mit. Dort wird das übliche Beratungsprotokoll durch eine „Geeignetheitsklärung“ ersetzt. Darin muss der Verkäufer bestätigen, dass der Kunde in der Lage oder „geeignet“ ist, das Produkt zu kaufen. Ausschlaggebend sind sein Einkommen, sein Anlageziel und sein Finanzwissen.

Auch die Hersteller der Finanzprodukte nimmt die EU in die Pflicht. Sie müssen angeben, für welchen Zielmarkt sie ihre Fonds oder Zertifikate entwickelt haben. Berater in den Banken werden je nach Kunde eine gefilterte Auswahl an Produkten anbieten. „Dass Produkte empfohlen werden, die völlig am Bedarf vorbei gehen, dürfte unwahrscheinlich werden“, sagt Christian Ahlers vom Verbraucherzentrale Bundesverband. Glücklicherweise ist er mit der Regelung trotzdem nicht. „Laufende Kosten von zwei oder mehr Prozent machen es extrem schwer, mit Investmentfonds eine brauchbare Rendite zu erzielen“, sagt er. Hinzu kommen Ausgabeaufschläge, also Geld, das der Kunde bezahlt, um den Fonds überhaupt kaufen zu können. Diese können teils sehr happig sein. „Obwohl die Kosten einer Geldanlage ein absolut entscheidendes Produktmerkmal sind, gibt es keine Vorgaben“, sagt Ahlers. Für ihn ein absolutes Manko.

Auch die Banken sind unzufrieden. Sie monieren, dass die Telefonaufzeichnung viel Geld kostet. Bei einigen gibt es deshalb die Überlegung, das Telefongeschäft zu reduzieren. „Der bürokratische Aufwand wird für einige Institute in keinem Verhältnis zum Ergebnis stehen“, sagt Markus Lange, Partner bei KPMG Law. Er rechnet damit, dass Anbieter vom Markt verschwinden.

Transparenz

Ebenfalls neu: Alle Kosten für ein Investment müssen systematisch aufgeschlüsselt wer-



den. Dazu zählen unter anderem die Provisionen der Berater und Kosten für Studien. Insbesondere Letzteres hat zu Verwerfungen in der Branche geführt. Bisher beziehen Vermögensverwalter ihre Berichte und Einschätzungen zum Markt quasi umsonst von Analysten. Im Gegenzug wickelten sie den kostenpflichtigen Handel über die Bank des jeweiligen Analysten ab. Das hat vielen genutzt, nur nicht dem Anleger. Künftig müssen die Fondsmanager die Bank des Analysten direkt für die Studien bezahlen und die Kosten aufführen. Im besten Fall kennt der Kunde den genauen Betrag und den prozentualen Kostenanteil seines Fonds für jeden bestimmten Zeitraum.

Auf diese Weise, so zumindest das Ziel der neuen Regeln, soll es mehr Wettbewerb bei den Beratern geben und die Kosten sollen sinken. Das kommt dem Verbraucher zugute. Banken aber verlieren Geld. „Das kann dazu führen, dass einige Anbieter keine Beratung mehr anbieten, weil sich der Aufwand nicht mehr lohnt“, sagt Philipp Koch,

Leiter der deutschen Bankenberatung bei McKinsey. „Im schlimmsten Fall werden Privatanleger ohne professionelle Beratung investieren.“

Provision

Für die Berater ändert sich noch mehr: Bisher nämlich zahlen die Entwickler von Finanzprodukten, also zum Beispiel die Fondsgesellschaft Deka, dem Vertrieb, in dem Fall der Sparkasse, eine Provision für jedes verkaufte Produkt. Die Krux: Statt dem Kunden die beste Lösung zu verkaufen, empfiehlt der Berater wahrscheinlich das Produkt mit der höchsten Provision. Mit Inkrafttreten der neuen Regelung ändert sich das. Die Bank darf die Provision nur noch einbehalten, wenn diese die Beratung verbessert. Ahlers vom Verbraucherzentrale Bundesverband ist skeptisch. „Eine Provision schafft immer einen Vertriebsanreiz, der in einer Beratung nichts zu suchen hat.“ Darüber hinaus bietet die schwammige Formulierung Spielraum

für Interpretation. So zählt etwa die Aufrechterhaltung eines Filialnetzes als Verbesserung der Beratung. „Wir nennen das immer die Sparkassen-Schutz-Klausel“, so Ahlers. „Aber nur weil es ein Filialnetz gibt, wird ja die Beratung nicht besser.“ Daneben gebe es rechtliche Kniffe, die es den Beratern und Fonds erlaubten, die Klausel zu umgehen.

Ahlers Fazit: „Die neue Regulierung ist eigentlich dafür da, die Beratung zu verbessern und transparenter zu machen. Das wird nicht gelingen, da man nur einige Löcher in der Regulierung aufwendig geflickt hat.“ Die Verbraucherschützer plädieren für ein generelles Verbot von Vertriebsprovisionen. Solche Modelle gibt es bereits in Großbritannien oder den Niederlanden. Dort bezahlt der Anleger seinem Berater bei der Bank ein Honorar. Die Provision der Fondsgesellschaften entfällt.

Niedrige Zinsen, hohe Unsicherheit – wie soll man da noch sein Geld investieren? In der „Geldwerkstatt“ erklären wir aktuelle Fragen zur Geldanlage.



Neue Regeln gegen Geldwäsche

Die EU erschwert die Terrorfinanzierung

wmu. BRÜSSEL, 18. Dezember. Die EU verstärkt ihren Kampf gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung. Die EU-Staaten und das Europaparlament haben sich am Wochenende auf einen Kompromisstext für eine Novelle der bestehenden EU-Anti-Geldwäsche-Richtlinie geeinigt. Sie enthält vor allem Zusatzbestimmungen, die mehr Transparenz über die tatsächlichen Eigentümer von Finanzunternehmen, Trusts und Fonds gewährleisten sollen. So soll jeder, der ein berechtigtes Interesse nachweisen kann, Auskunft über die wirtschaftlichen Eigentümer von Unternehmen verlangen können. Dazu zählen auch Journalisten und Nichtregierungsorganisationen.

Ferner sollen nun alle vorhandenen Informationen über die sogenannten wirtschaftlich Berechtigten, also die wirklichen Begünstigten von Unternehmen und kommerziellen Treuhandgesellschaften, in einem öffentlichen Register erfasst und grenzüberschreitend verfügbar gemacht werden. Polizei und nationale Behörden bekommen so über nationale Grenzen hinweg Zugriff auf die Eigentümer von Bankschließfächern und Immobilien.

Verbessert werden soll auch der Schutz von Informanten, die Fälle von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung aufdecken. Solche Whistleblower sind derzeit nur teilweise geschützt. Der Kompromisstext sieht ferner vor, dass Mitgliedstaaten die Finanztransaktionen mit jenen Ländern schärfer kontrollieren müssen, welche die EU-Kommission mit Blick auf Geldwäsche und Ter-

rorfinanzierung als „Hochrisikoländer“ einstuft.

Die EU einigte sich ferner auf strengere Regeln für Plattformen, auf denen Bitcoin und andere virtuelle Währungen gehandelt werden. Damit werde mehr Transparenz geschaffen, Geldwäsche erschwert und die Terrorfinanzierung unterbunden, sagte EU-Justizkommissarin Vera Jourova. Mit der Neuregelung werden anonyme Transaktionen auf Handelsplattformen für virtuelle Währungen untersagt. Transaktionen mit Prepaid-Karten werden auf geringe Geldbeträge begrenzt.

Der Kompromisstext muss nun noch vom Parlamentsplenum und den EU-Finanzministern gebilligt werden. Mit einer endgültigen Verabschiedung wird im ersten Quartal 2018 gerechnet. Die Mitgliedstaaten haben danach anderthalb Jahre Zeit für die Umsetzung in nationales Recht. Der Grünen-Parlamentarier Sven Giegold sprach von einem Fortschritt im Kampf gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung in der EU. Er kritisierte zugleich die EU-Regierungen, die sich weitergehenden Regelungen widersetzt hätten. Obwohl etwa in Malta europäische Geldwäscheregeln zur Identifizierung von Kunden „offensichtlich verletzt“ würden, sträube sich die Mehrheit der Mitgliedsländer gegen mehr europäische Kontrolle. Die Mitgliedstaaten hätten in den Verhandlungen außerdem verhindert, dass eine Registrierungspflicht für Unternehmen und Trusts aus Drittstaaten eingeführt werde.



Strafgerichtshof darf Angriffskrieg ahnden

mgt. FRANKFURT, 15. Dezember. Die Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs von Den Haag (IStGH) haben sich in der Nacht auf Freitag darauf geeinigt, dessen Zuständigkeit um das Verbrechen der Aggression zu erweitern. Künftig kann das Gericht ranghohe Militärs und Politiker für das Führen eines Angriffskrieges bestrafen. Zum Tatbestand der Aggression zählen künftig die Invasion und Besetzung eines anderen Staates sowie die Bombardierung und Blockade von Häfen und Küsten, außerdem die Entsendung bewaffneter Banden. Die Vertragsänderung soll am 17. Juli 2018 in Kraft treten, 20 Jahre nach der Gründung des IStGH. Bisher umfasste seine Zuständigkeit die Ahndung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Kriegsverbrechen.

Der Gerichtshof wurde im Jahr 1998 auf Grundlage des Römischen Statuts als unabhängige und ständige Institution zum Schutz von Menschenrechten gegründet. Seiner Rechtsprechung sind die derzeit 123 Vertragsstaaten des Statuts unterworfen. Darüber hinaus kann der IStGH tätig werden, wenn ein Staat ihn anerkannt hat. Zudem kann der UN-Sicherheitsrat dem Gerichtshof auftragen, auch in Ländern zu ermitteln, die ihm nicht beigetreten sind. Tätig wird der IStGH jedoch nur dann, wenn Staaten nicht willens oder in der Lage sind, die Straftaten selbst zu verfolgen.

Die Internationale Gemeinschaft hatte schon seit dem Ende des Ersten Weltkrieges um die Ahndung von Angriffskriegen gerungen, auch bei der Gründung des IStGH war sie erwogen worden. Vor allem die Vereinigten Staaten sträubten sich damals aber gegen die Aufnahme des Tatbestandes der Aggression, weil sie befürchteten, dieser kriminalisiere auch die ohne ein Mandat des Sicherheitsrates geführte humanitäre Intervention, wie sie etwa im Jahr 1999 im Kosovo stattfand. Ob derartige Einsätze nunmehr ins Visier des Gerichtshofs kommen werden, bleibt auch nach der Einigung von New York unklar. Die ihr zugrundeliegende Definition von Aggression beinhaltet eine sogenannte Schwellenklausel. Danach droht Staatsführern nur im Hinblick auf solche Einsätze eine Völkerstrafe, die „ihrer Art, ihrer Schwere und ihrem Umfang nach eine offenkundige Verletzung der Charta der Vereinten Nationen darstellen“. Ob hierzu auch humanitäre Interventionen zählen, bleibt unter Völkerrechtlern umstritten.



Die Welt vom 15.12.2017

BAMF baut 1500 Stellen ab – trotz Überlastung

Zehntausende Asylanträge sind noch nicht bearbeitet

Obwohl das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beim Abbau der offenen Asylanträge noch immer im Rückstand ist, schreitet der Personalabbau dort voran. Das erfuhren die WELT und die „Nürnberger Nachrichten“. Die Nürnberger Behörde teilte auf Anfrage mit, dass die Zahl der Vollzeitstellen, sogenannte Vollzeitäquivalente, zwischen Januar und November 2017 von 9057 auf 7476 zurückgegangen ist.

VON MANUEL BEWARDER

In diesem Zeitraum wurde vor allem die Zahl der Beschäftigten des sogenannten temporären Unterstützungspersonals reduziert, das im Zuge der Flüchtlingskrise zum BAMF kam. Im Januar gab es in der Behörde 2166 solcher Vollzeitstellen, im November waren es nur noch 464. Zum Höhepunkt der Krise waren 2015 und 2016 mehr als eine Million Asylsuchende nach Deutschland gekommen. Der damalige BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise erklärte, dass der Antragsstau eigentlich bis Ende 2016 abgebaut werden sollte. Anfang 2017 übernahm Weises Nachfolgerin Jutta Cordt aber einen Berg von 434.000 anhängigen Verfahren. Das Ziel wurde also deutlich verfehlt. In den vergangenen Monaten hat sich diese Bilanz zwar verbessert, doch noch immer ist das Ziel nicht erreicht: Bis Ende 2017 will das BAMF unter die Marke von 50.000 Alt- und Neungsverfahren kommen.

Eine Sprecherin erklärte, die Amtsleitung verfolge das Ziel, mit der Umwandlung von befristeten Stellen in Dauerstellen die genehmigten Haushaltsstellen, „die bisher nicht vollständig mit Dauerkräften besetzt werden konnten, dauerhaft zu besetzen“. Dadurch soll „möglichst vielen Beschäftigten eine langfristige berufliche Perspektive“ geboten werden. Allerdings könne das Bundesamt „nicht alle befristet Beschäftigten in ein Dauerverhältnis bringen, da für knapp 3300 Beschäftigte nur circa 2100 Dauerstellen gegenüberste-

hen“. In der Belegschaft sorgt der Personalabbau, der mit dem Rückgang der Zuwandererzahl begründet wird, seit geraumer Zeit für Unruhe – vor allem die Kommunikation über Standort-schließungen wird als Ärgernis empfunden. So sah sich Vizepräsident Ralph Tiesler vor Kurzem dazu gezwungen, in einem Schreiben an alle BAMF-Mitarbeiter auf einen Bericht der „Westfälischen Nachrichten“ über die Schließung des Ankunftsentrums Münster zu reagieren. Aktuell arbeiten in der Außenstelle, wo sich neu angekommene Asylsuchende melden können, 162 Mitarbeiter. Bis zum Auslaufen des Mietvertrags Mitte 2018 soll der Standort weiterbetrieben werden. In der Belegschaft rumorte es, weil es in der Zeitung hieß, die Schließung sei das Ergebnis „wochenlangender Verhandlungen“ zwischen Kommune, Land und BAMF gewesen. Tiesler wies diese Darstellung am 13. Oktober in einem Brief an die Belegschaft zurück, bezeichnete sie sogar als „Falschmeldung“. Das Amt habe erst am 11. Oktober davon erfahren, so Tiesler. Die Redaktion habe angekündigt, ihre Berichterstattung zu korrigieren.

Nordrhein-Westfalens Integrationsministerium stellt den Ablauf aber anders dar als das BAMF: „Erste konkrete Gespräche haben Ende September/Anfang Oktober stattgefunden.“ Die Entscheidung sei dann „in gegenseitigem Einvernehmen“ in der Woche ab dem 9. Oktober gefallen. „Das BAMF war während des gesamten Zeitraums in den Prozess eingebunden“, so eine Sprecherin des Ministeriums. Das Bundesamt wollte auf Nachfrage keine genauen Zeitpunkte der Gespräche nennen. Eine Sprecherin stellte nur erneut fest, dass es „keine wochenlangenden Verhandlungen“ gegeben habe. Die Meldung der Zeitung habe man daher klarstellen müssen. Das BAMF kommuniziere an Beschäftigte „frühestmöglich, sobald die Entscheidung feststeht“.



Stratfäter im Haus

Sachsen hat als eines der ersten Bundesländer eine freie Form des Strafvollzugs etabliert: Jugendliche Verurteilte leben mit einer Familie und deren Kindern zusammen. Besuch in einer ungewöhnlichen WG

VON ALEXANDER KRÜTZFELD

Ober manchmal Angst habe, dass die Strafäter seinen kleinen Kindern etwas tun, wenn sie mit ihnen spielen? Das wird Franz Steinert häufig gefragt. Dann überlegt er, weil, es ist schon so: Neben seinen Kindern – eins, drei und fünf – sitzen gefährliche Körperverletzung, Raub, Erpressung und Nötigung. Franz Steinert, 33, Politologe und Ex-Punk, überlegt und lächelt und denkt, was wohl eine höfliche Antwort wäre.

Neben Steinerts kleinster Tochter sitzt Richard. Er ist einer von aktuell fünf jungen Strafätern, die in der Einrichtung des Vereins „Seehaus“ in Störmthal bei Leipzig mit Familie Steinert zusammenwohnen. Richard heißt nicht wirklich Richard, ist erst 18, hat aber schon versucht, ein Asylbewerberheim samt Insassen anzuzünden.

„Wenn ich wirklich Angst hätte“, sagt Franz Steinert dann und reicht Richard den Honig, „könnte ich’s doch gar nicht machen. Dann würde all das nicht funktionieren. Es beruht ja auf Vertrauen.“

**Vertrauen, Familie, Miteinander:
Die meisten erleben
das hier zum ersten Mal**

Einig waren er und seine Frau Stefanie, 33, sich nicht, als ein Freund im Sommer 2012 mit der Stellenaussage vor ihnen stand. „Das war überhaupt nicht mein Ding“, erzählt Stefanie Steinert. „So eng, auf einem Hof. Mit Leuten aus dem Knast. Franz wollte es aber unbedingt, der hatte so ein Leuchten in den Augen, da habe ich gedacht: nun gut. Versuchen wir es.“ Leben in Gemeinschaft, etwas bewirken, etwas tun für die Gesellschaft, das ist es, was Franz Steinert will. Im November 2012 zogen die Steinerts auf den Hof in der Nähe von Großpössa.

Der Unterschied sei, sagt Richard und macht die Kaffeemaschine sauber (ein bisschen läppisch vielleicht, weshalb er gleich

ermahnt wird von Stefanie Steinert, noch mal ordentlich nachzuwischen): „Im Knast zählt nur hart sein, Eier zeigen. Sonst gehst du da unter.“ Das mache die Jungs nicht zu besseren Menschen, findet Richard, eher im Gegenteil. Hier hingegen wird positives Verhalten belohnt, „viele von uns haben zum ersten Mal eine richtige Familie“, sagt Richard. Die Jungs fühlen sich sicher; es sind immer Jungs, weil im Strafvollzug nach Geschlechtern getrennt wird. Eine WG wie diese in Störmthal gibt es für Mädchen nicht, der Anteil an weiblichen Strafätern ist für so ein Angebot zu niedrig.

Um den fünf jungen Männern Selbstvertrauen zu geben – und um die Eigeninitiative zu fördern – haben sie sich ein Punktesystem einfallen lassen. Jeder Bewohner sammelt Benotungen, alles wird täglich bewertet, wer ordentlich war, wer putzt, wer Streitschlichter, wie gut sich die Bewohner in der Schule und bei der Arbeit machen. Die Punkte werden gezählt, dafür steigt man auf, der höchste Rang ist der Löwe. „Je höher dein Rang, desto mehr darfst du alleine tun“, erklärt Richard. „Ohne Rang darfst du nicht mal alleine aufs Gelände, und jemand wartet vor dem Klo.“ Vertrauen ist ein blindes Chamäleon. „Theoretisch kannst du alles schnell wieder verlieren, und wenn du richtig Mist baust, gehst du zurück in den Knast“, sagt Richard. „Das will hier niemand.“ Er ist Löwe-Anwärter,

zweithöchste Stufe, monatelange Arbeit sei das gewesen. Freigang gibt es keinen, nur wer die höchsten Stufen erreicht, darf von Zeit zu Zeit seine Familie besuchen.

Der Knast ist knapp 30 Kilometer entfernt: die Jugendstrafanstalt Regis-Breitungen. Dort bewerben sich die jugendlichen Strafäter auf einen Platz im Seehaus. Sachsen hat als Pionier und eines von wenigen Bundesländern eine dritte Säule im Strafvollzug etabliert – die freie Vollzugsform. Die Bewerber werden von der Anstalt geprüft, Vorgespräche folgen, und wenn sie sich eignen, geht es los. Formal bleiben sie Gefangene, das heißt: Auch für die Anstalt bedeutet es viel Vertrauen in die Kräfte der



Initiative. Ausgeschlossen sind Häftlinge, die eine Therapie brauchen: Sexualstraftäter, Drogenabhängige, Gefangene mit Persönlichkeitsstörungen. Sie können im Seehaus nicht ausreichend behandelt werden.

Darüber ist Franz Steinert nicht unbedingt unglücklich, weiß er doch, was in der Nachbarschaft los wäre, „wenn hier noch Vergewaltiger rumliefen“, und was das für seine Familie bedeuten könnte. Da es im Seehaus kein Sicherheitspersonal gibt, ist der Tagesplan straff: 5.45 Uhr Aufstehen und Frühstück. Dann stille Zeit, zum Lesen zum Beispiel. Dann Frühstück. Dann Putzdienst. Dann Arbeit auf dem Bau oder in einem Handwerksbetrieb – und Schule. Abends gibt es Abendessen, gemeinsames Nachrichten-Schauen, gegen 22 Uhr geht es ins Bett. So komme keine Langeweile auf. „Langeweile bringt dich auf dumme Ideen“, sagt Richard und steckt sich nach dem Putzen vor der Tür eine Kippe an.

Die Schwelle zum Privatbereich dürfen die Jungs nicht übertreten, niemals

Der Tagesplan sei auch für die Mitarbeiter heftig, sagt Franz Steinert. Aber er sorge für „unsichtbare Gitterstäbe“. Bilanz: wenig Ärger, Franz Steinert kann sich nur an einen Einzigen erinnern, der vor ein paar Jahren geflohen ist, aber der wurde schon nach ein paar Stunden gestellt.

„Als Familie bedeutet diese Arbeit wenig Zeit und viele Entbehrungen“, sagt Stefanie Steinert. Muss man mögen, soll das heißen. Für die beiden sei es: die beste und sinnvollste Arbeit der Welt. Aber die Kernfamilie kommt manchmal recht kurz. Andererseits sind die Eltern immer zu Hause, und alle zwei Wochen hat die Familie ein Wochenende für sich, dann übernimmt jemand anderes die WG für zwei Tage.

Die Gruppe ist christlich organisiert. Glaube und Bibelkunde seien kein Muss, die Benotung ist davon entkoppelt. Aber morgens wird gesungen und aus der Bibel

gelesen. „Mir persönlich hat das Halt gegeben“, sagt Richard und fügt hinzu: „Die Gruppe, das Vertrauen, das Miteinander. Kannte ich nur aus der rechten Szene.“

Weil es gut läuft, baut die Initiative bald eine weitere WG an – dann ziehen sie um, in zwei größere Häuser direkt am See, die bald fertig sind. Die Zahlen sind gut, das Gefängnis ist sehr zufrieden. Das liegt aber eben auch daran, dass das Seehaus sich die Straftäter aussuchen kann. „Wir können den geschlossenen Strafvollzug nicht ersetzen“, sagt Franz Steinert. „Das wollen wir auch nicht. Wir können diesen Jungs hier eine Chance bieten, eine richtige Familie, die sie nie hatten. Sie sind noch jung.“ Nur ein Drittel bricht das WG-Leben ab und geht zurück nach Regis-Breitungen.

Manchmal spielen die echten Kinder und die neuen zusammen. Fangen im Haus. Da hat Franz Steinert keinerlei Bedenken. Im Gegenteil. Die WG und die Privatwohnung sind durch eine Tür rechts vom Eingang getrennt. Ein bisschen Privatsphäre braucht die Familie halt auch. „Dann stellen sich die Kinder von Franz und Steffi einfach hinter die Schwelle und winken“, sagt Richard und lacht. Sie wüssten ja, dass niemals einer von den Jungs einen Fuß hinübersetzen würde. Und das, sagt der 18-Jährige, sei das schöne am Leben mit den Kleinen: „Wenn du einem Kind sagst, dass du aus dem Knast kommst, spielt es trotzdem mit dir weiter.“ Erwachsene sind anders. 2015, als es um den Neubau am See ging, wehrte sich eine Bürgerinitiative mit drastischen Plakaten: „Kein Knast in der Nachbarschaft!“

Aber wie dann einen Weg zurück finden? Wie ein normales Leben führen lernen? Ohne direkt wieder auf die schiefe Bahn zu kommen? Die Initiative hat viel gemacht am Ort. Baut Klettergerüste für Kindergärten. Um Vertrauen zu schaffen.

Vielleicht hat das Seehaus eine Antwort gefunden auf die Frage, wie Resozialisierung funktionieren kann; und vielleicht hat sich auch die Frage nach der Angst irgendwann erübrigt.



Ein Abschied ohne Wehmut

Fast geräuschlos vollzieht Schleswig-Holstein die Rückkehr vom ungeliebten G8 zum neunjährigen Gymnasium

Hamburg – Bernd Schauer weiß schon, in seiner Position zum sogenannten Turbo-Abitur steckt ein kleiner Widerspruch. Schauer ist Geschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Schleswig-Holstein. Als solcher begleitet er mit kritischem Blick das Vorhaben der Landesregierung in Kiel, vom achtstufigen zum neunstufigen Gymnasium zurückzukehren. Die GEW ist dagegen, obwohl sie einst auch gegen die Einführung von G8 war. Wie das zusammenpasst?

„Die Umstellung auf G8 hat relativ gut geklappt“, sagt Schauer, man habe sich im Norden bald arrangiert, der neuerliche Wechsel bringe nur wieder Unruhe. Aber Schauer regt sich nicht mehr auf. „Für uns ist das Thema durch.“ Er hat sich wieder arrangiert, und man hat das Gefühl: Eigentlich findet er das halb so wild.

Schleswig-Holstein ist gerade dabei, eine Reform zurückzunehmen, über die Bildungspolitiker, Lehrer und Eltern in ganz Deutschland seit der Jahrtausendwende andauernd streiten. Das achtstufige Gymnasium (G8) war mal eine Idee zur Geldvermehrung. Die Wirtschaft wollte jüngere Berufseinsteiger, der Staat jüngere Steuerzahler, und ein Beispiel nahm man sich an anderen Ländern, in denen das Abitur nach nur zwölf Schuljahren Standard ist. Verfechter einer nachhaltigen Schulbildung waren entsetzt, die G-8-Einführung wirkte auf viele überhastet. Was Gymnasialen vorher in neun Jahren lernen mussten, mussten sie nun in acht lernen. Es gab Klagen, dass die Schüler kaum mehr Zeit für Freizeit, Vereinssport oder Musik hätten vor lauter Lernen. Als erstes Bundesland reagierte Niedersachsen: 2014 läutete

die damals noch rot-grüne Landesregierung die Rückkehr zu G9 ein. Andere Bundesländer folgten. Seit diesem Sommer, seit in Kiel eine Koalition aus CDU, FDP und Grünen regiert, tut dies auch Schleswig-Holstein.

Vergangene Woche hat der Landtag ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das am 1. Januar in Kraft tritt. Bis Ende Februar können die Schulen demnach noch nicht in der Schulkonferenz für G8 stimmen. Ab 2019/20 wird G9 dann zunächst für die fünften und sechsten Klassen eingeführt.

Für den Umstellungsprozess stellt die Regierung allen Schulen jeweils eine halbe Stelle mehr zur Verfügung und nach zwei Jahren für weitere vier Jahre noch eine Viertelstelle. Die erste 13. Klasse beginnt im Schuljahr 2026/27. „Wir gehen das behutsam an“, sagt Bildungsministerin Karin Prien von der CDU.

Am Ende dürfte tatsächlich die flächendeckende Rückkehr zu G9 stehen. Durch die Jamaika-Koalition ist die Debatte um G8 oder G9 im nächsten Bundeslandjedenfalls praktisch vorbei. Vor der Landtagswahl im Mai würde noch darum gestritten. Die Küstenkoalition mit SPD, Grünen und SSW-Wählerverband wollte keine Umstellung, um die Schulen nicht wieder einem Reformprozess aussetzen. Die CDU dagegen stimmte klar für G9. Sie gewann die Wahl, und in den Koalitionsverhandlungen war man sich bald einig: Gebliebt wurde G8 von keiner Partei so richtig.

Die 75-Prozent-Hürde war ein Zugeständnis an die FDP, die für Wahlfreiheit plädierte. Aber GEW-Mann Schauer nennt sie eine „Farce“, weil eine so große Zustimmung zu G8 in einer Schulkonferenz nicht realistisch sei. „Das stört uns: So zu tun, als hätten die Schulen eine Chance, G8 zu behalten.“ Die SPD versuchte im Landtag, eine einfache Mehrheit als G-8-Hürde durchzusetzen, aber scheiterte an den Regierungsfractionen. Schauer glaubt, dass die Entscheidung gegen G8 damit gefallen ist für die Schulen. „Wir wissen von keiner, in der man sich dazu entschließen, bei G8 zu bleiben.“

Die Diskussionen im Reformprozess drehen sich vor allem um praktische Fragen. Zum Beispiel darum, wie man das Gu-

te an G8 bewahrt, vor allem die Vorzüge der Ganztagschule. Zurück zu G9 heißt nicht zurück zum G9 von 1999, das Gymnasium kann schließlich nicht die Ansprüche einer inklusiven Vielfaltsgesellschaft verleugnen. Trotzdem sagt Karin Prien: „Der Umstellungsprozess zu einem modernem G9 ist sicher sehr viel einfacher als der überhastete und seinerzeit auch schlecht vorbereitete zu G8.“ Elf der 99 Gymnasien in Schleswig-Holstein sind schon reine

Die Gewerkschaft fürchtet, dass unter der Reform der Reform die Gemeinschaftsschulen leiden

G-9-Gymnasien, es gibt die Lehrpläne und Stundenkontingent-Tafeln für das langsame Abitur. „Wir fangen nicht wieder bei Null an“, sagt Prien. In Workshops und vielen Gesprächen hat ihr Ministerium den Übergang vorbereitet. Karin Prien hat dabei eine „überwältigende Zustimmung bei Schulleitern und Eltern“ wahrgenommen.

Meinungsverschiedenheiten gibt es trotzdem. Die GEW fürchtet, dass die Gemeinschaftsschulen durch die G-9-Einführung Schüler verlieren, weil die Gymnasien attraktiver werden. „Dem müsste man stärker entgegenwirken, indem man auch die Gemeinschaftsschulen besser ausstattet“, sagt Schauer. „Völlig unnötige und unnütze Panikmache“ nennt Helmut Siegmund diesen Einwand. Der Vorsitzende des Philologenverbandes Schleswig-Holstein ist ein bekennender G-9-Anhänger. Er freut sich auf die Zeit der Umstellung. „Es wird ganz schnell ganz friedlich werden“, sagt er. „Endlich.“

THOMAS HAHN



Die Strafen waren mickrig. Und als die drei amerikanischen Richter des Militärgerichtshofs Nr. III an diesem Morgen herablickten auf die 14 Angeklagten – da blickten Richter zu ihnen zurück, Berufskollegen. Hitlers schlimmste Blutjuristen, die vor nun 70 Jahren in Nürnberg verurteilt wurden, durften darauf vertrauen, mit vergleichsweise milden Blicken gesehen zu werden. Es gab kein Todesurteil, nur vier Mal lebenslänglich, sechs zeitige Freiheitsstrafen zwischen fünf und zehn Jahren, vier Freisprüche. Und man sollte ergänzen: Keine zehn Jahre später waren alle Häftlinge wieder entlassen. Der Umgang des Militärtribunals mit dieser besonderen Gruppe von Angeklagten blieb vergleichsweise von Nachsicht geprägt. Dabei hatten diese Männer das nationalsozialistische Morden rechtstechnisch flankiert, legalisiert und damit vielfach dem Gewissen in Deutschland Schweigen befohlen.

Franz Schlegelberger zum Beispiel, der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, der von 1941 an ein Jahr lang als kommissarischer Minister agierte, bevor er von Hitler reich beschenkt aus dem Dienst scheidet: Er war Karrierejurist, kein Ideologe; er verdankte seinen Aufstieg nicht den Nazis. Aber als sie an die Macht kamen, biederete er sich an. Schlegelberger goss die Diskriminierung von Juden und Polen in Paragrafen, in ein Gewand von Recht und Ordnung, und er weitete die Verhängung

Die Mörder in der Robe

Niemand hat das Recht, nur zu gehorchen. Auch Richter nicht.
Vor 70 Jahren wurden Hitlers Blutjuristen verurteilt. Von Christoph Safferling

von Todesstrafen massiv aus. Schließlich ersah er mit aller rechtstechnischen Raffinesse einen Weg, auch die „Vernichtungsbenswerten Lebens“, also die Massenmorde an Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten, juristisch reinzuwaschen.

So unbefriedigend das Strafmaß für diese Männer auch blieb, an dem massakralen Wintertag vor 70 Jahren wurde trotzdem Rechtsgeschichte geschrieben. In keinem anderen Strafverfahren stand die gesellschaftliche Rolle des Richters je so auf dem Prüfstand wie hier. Das Urteil, das in Nürnberg gesprochen wurde, rührte an Fragen, denen sich noch heute viele Juristen in vielen Ländern nur unzureichend stellen. Noch immer fällt es vielen Richtern leicht, sich hinter einer rein mechanischen, scheinbar unpolitischen juristischen Methodik zu verstecken und die Verantwortung für das Resultat der eigenen Urteilsfindungen zu leugnen. Man schreibe die Gesetze ja nicht selbst; man wende sie nur an. Als seien Richter nur Befehlsempfänger, nur Klemmpner an einer Maschine, die je-

mand anderes betreibt; nicht eigenständige Akteure mit Macht und dementsprechend auch Mitverantwortung.

Die Sorge darüber treibt auch das Bundesjustizministerium um. Es möchte die Auseinandersetzung mit dem Justizunrecht des 20. Jahrhunderts, insbesondere der NS-Zeit, derzeit als Pflichtstoff in das Curriculum für Jurastudenten aufnehmen lassen, durch eine entsprechende Ergänzung des deutschen Richtergesetzes. Die Justizminister der Länder, Herren über die juristische Ausbildung, sträuben sich; sie wollen keine Einmischung des Bundes. Die Professoren sträuben sich auch; sie meinen, die Ausbildung sei schon perfekt, das kritische Bewusstsein unter dem Nachwuchs bedürfte keiner Schärfung.

Die Beschäftigung mit dem Justizunrecht sollte zur Pflicht für jeden Jurastudenten werden

Dabei war „der Dolch des Mörders unter der Robe des Juristen verborgen“, wie das Urteil in Nürnberg es ausdrückte. Juristen haben eine tragende Rolle in der Gesellschaft. Sie stabilisieren das politische System. Dieser Verantwortung können sie nur im Wissen um das katastrophale kollektive Versagen der Zunft nach 1933 gerecht werden. Sie müssen wissen, welchen Einfluss die eigene politische Haltung auf die Auslegung der Gesetze hat; müssen wissen von der Pflicht zum Ungehorsam, von der sich kein Jurist entbinden kann, auch nicht unter Verweis auf die Buchstaben eines Gesetzes oder das Belten eines höherrangigen Befehlshabers. „Niemand hat das Recht zu gehorchen“, hat Hannah Arendt einmal treffend formuliert. Die juristische Variante dieses Satzes, 1946 proklamiert von dem Rechtsphilosophen Gustav Radbruch, wurde von Richtern in der Bundesrepublik lange bekämpft. Sie entgegneten: Was damals „Recht“ gewesen sei, könne heute nicht Unrecht sein. Das ist bis heute nicht ausgestanden, die Debatte in Juristenkreisen ist nie zur Ruhe gekommen.

Die Bestrafung der Mauerstützen und der SED-Funktionäre nach der Auflösung



der DDR führte zwar zu einem gewissen Umdenken. Nun lenkte auch der Bundesgerichtshof ein und bekräftigte, dass „legales“ Handeln wie jenes der Mauerschützern nichtsdestotrotz verbrecherisch sein könne. Aber täglich wird auch der Rechtsstaat bei uns auf die Probe gestellt: Bei der Sicherungsverwahrung erklärte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass Deutschland ein grundlegendes Menschenrechtsproblem habe. Und zurzeit wird in Länder abgeschoben, in denen die Sicherheitslage prekär oder ein faires Strafverfahren unwahrscheinlich ist. Für alles wird eine saubere juristische Begründung geliefert. Der Appell an Juristen, ihr Gewissen zu prüfen und auch festgeschriebene Gesetze stets zu hinterfragen, hat an Aktualität nicht ganz verloren.

Ein Anfang wäre schon gemacht, wenn sich alle Länderministerien der eigenen Vergangenheit stellen würden, so wie es unlängst das Bayerische Justizministerium beschlossen hat zu tun. In gleicher Weise gilt dies an den Universitäten, an den juristischen Fachbereichen und Fakultäten. Sie waren die historischen Ideenfabriken für manche menschenverachtende Doktrin der NS-Justiz. Allenfalls ein Bruchteil von ihnen hat sich dem eigenen Versagen während der braunen Zeit bereits gestellt oder das kollektive Wegschauen, das Kleinreden und Beschönigen in den 1950er- und 1960er-Jahren thematisiert. Erst mit solch einer offenen Aufarbeitung würde man

den behaupteten kritischen Geist unter Beweis stellen und wahrscheinlich auch eine ganze Reihe junger Menschen für diese Themen begeistern.

Der Hauptangeklagte Schlegelberger übrigens verließ bereits 1951 das Landsberger Gefängnis als freier Mann, angeblich wegen seines angeschlagenen Gesundheitszustands. Er starb 23 Jahre nach der Urteilsverkündung im hohen Alter von 94 Jahren. Alimentiert mit einer staatlichen Pension konnte er noch lange seinem juristischen Tatendrang nachgehen. Mit den ehemaligen Ministeriumskollegen Ernst Geßler und Wolfgang Hefermehl verlegte er einen mehrbändigen Kommentar zum Handelsgesetzbuch und führte seinen 1928 begründeten Kommentar zur Freiwilligen Gerichtsbarkeit fort. Auch schrieb er in seiner neuen Heimat Flensburg ein Werk zum Seehandels- und Seeversicherungsrecht. Als wäre nichts gewesen.

Kampf gegen Gefährder wird zielgenauer

Ein neues Analyse-System schätzt das Risiko durch potenzielle islamistische Gewalttäter neu ein. Ermittler können sich so auf die Überwachung von besonders gefährlichen Extremisten konzentrieren

VON GEORG MASCOLO

München – Von fast der Hälfte der etwa 720 in Deutschland als Gefährder eingestuftem radikalen Islamisten geht womöglich kein besonderes terroristisches Risiko aus. Dies ist nach Informationen von *Süddeutscher Zeitung*, NDR und WDR das überraschende Ergebnis einer durch die Polizei in der Länder und das Bundeskriminalamt (BKA) durchgeführten Untersuchung. Allerdings gilt eine fast gleich große Gruppe dagegen als hochgefährlich.

Erstmal wandten die Behörden hierfür ein neuartiges Analyse-System namens Radar-ITTE an, das vom BKA und Schweizer Wissenschaftlern entwickelt wurde. Es basiert auf Fragen zu 73 Merkmalen, etwa zur Sozialisation oder der Einstellung zur Gewalt. Auch nach sogenannten „Schutz-

faktoren“ – etwa familiären Bindungen, guter Integration oder einem sicheren Arbeitsplatz – wird gefragt.

Ende November schlossen die Behörden 205 Bewertungen ab. 96 Islamisten landeten in der Kategorie „moderates Risiko“, 27 in „auffälliges Risiko“ und 82 in der Rubrik „hohes Risiko“. Radar-ITTE – das ITTE steht für „Islamistischen Extremismus“ – gilt vor allem dem BKA als geeignetes Instrument, um besonders gefährliche Überwachungsmaßnahmen der stark belasteten Ermittlungsbehörden und Nachrichtendienste auf die relevanten Personen zu konzentrieren. BKA-Präsident Holger Münch hatte wie viele seiner Kollegen bemängelt, dass es in Deutschland keinen einheitlichen Maßstab gab, wer überhaupt als Gefährder einzustufen ist. Bund und

Länder beraten inzwischen vor allem über Hochrisiko-Gefährder in einer eigens eingerichteten Arbeitsgruppe, die im gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum tagt. Die hohe Zahl der laut Untersuchung hochgefährlichen Islamisten hat Besorgnis ausgelöst. Andererseits besteht die Hoffnung, dass einige Fälle aus der moderaten Kategorie zu den Akten gelegt werden können.

Derzeit sind rund 720 Gefährder von den Behörden erfasst. Der bisherige Standard der Untersuchung umfasst ganz überwiegend jene, die auf freiem Fuß in Deutschland sind. Viele andere sitzen in Haft oder sind im Ausland, etwa im ehemaligen IS-Gebiet in Syrien und im Irak. In den kommenden Monaten sollen weitere Islamisten überprüft werden. Nach Angaben von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) haben die Sicherheitsbehörden in

diesem Jahr drei Terroranschläge vereitelt. Als Konsequenz aus dem Fall des Weihnachtsmarkt-Attentäters Amri haben die Behörden zudem die Abschiebung und Ausweisung gefährlicher Islamisten zum vorrangigen Ziel erklärt. Amri etwa war lange vor dem Anschlag ausreisepflichtig.

Dass Islamisten mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit nicht konsequent abgeschoben werden, hatten Sicherheitsbehörden nach dem Anschlag als eine der entscheidenden Schwachstellen bei der Terrorismusbekämpfung ausgemacht. Rund 50 Gefährder, Islamisten oder Personen mit Szenekontakten sollen in diesem Jahr bereits das Land verlassen haben. Weltweit mehr als 100 Fälle werden derzeit von einer nur dafür zuständigen Arbeitsgruppe „Status“ im Terrorismus-Abwehrzentrum bearbeitet.



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Pressespiegel

vom 21.12.2017



Juristische Glaskugeln

Warum Politik und Recht der Ungewissheit über die Zukunft mehr Raum lassen sollten //

Von Helene Bubrowski

Es ist ein menschliches Urbedürfnis, sich auf die Zukunft einzustellen. Wissenschaftler trieb von jeher das Verlangen an, Ordnung in das flirrende Durcheinander der Wirklichkeit zu bringen. Eine schnellere Antwort bieten Online-Orakel an, die wie Pilze aus dem Netz schießen. Ein gutes Geschäft machen auch Weissager mit Glaskugeln und Tarot-Karten. Wer es weniger esoterisch mag, sucht Rat bei Analysten und Strategieberatern.

Anleger wollen wissen, wie sich die Börse entwickelt. Wer im Ausland investieren will, fragt, ob die Region politisch stabil bleibt. Und wer Telefone oder Autos herstellt, will herausfinden, was den Kunden in fünf Jahren gefällt. Das Problem: Die Zukunft ist ein morastiges Gelände. Prognosen bieten keinen stabilen Halt. Wenn sie weggesackt sind, entsteht oft der Eindruck, man hätte nur die Zeichen richtig deuten müssen und hätte dann wissen können, was bevorsteht.

Doch mit den Zeichen ist es eben so eine Sache – Beispiel Jamaika: „Wir lassen uns nicht in eine Regierung zwingen“, sagte FDP-Chef Christian Lindner am Tag nach der Wahl. Hätte man das abrupte Ende der Sondierungsgespräche da nicht schon ahnen können? Oder wollte er nur den Preis hochtreiben? In Nordrhein-Westfalen hatte er sich auch erst geziert und dann schnell ein Bündnis geschlossen. Vielleicht wusste Lindner aber Ende September schlicht selbst noch nicht, wie er sich positionieren will und soll. Damals konnte sich also niemand ernsthaft festlegen, ob es bis Weihnachten eine neue Regierung gibt.

Von der Kanzlerin heißt es, sie würde die Dinge immer von Ende her denken. Doch natürlich muss auch die Kanzlerin Entscheidungen treffen, deren Folgen nicht absehbar sind. Hätte sie von der Alternativlosigkeit der Griechenland-Rettung gesprochen, wenn sie gewusst hätte, dass sich aus Protest die AfD gründet? Terroranschläge lassen sich auch durch die besten Geheimdienste nicht verhindern, das Ergebnis von Wahlen kann sicher nur vorhersagen, wer sie selbst manipuliert. Für Erich Kästner gehörte der Telefonhörer in der Manteltasche noch in die Welt der Phantasie. Und wer weiß, ob die nächste Generation uns nicht eines Tages fragt, ob wir wirklich noch ein Handy

in die Hand nehmen mussten, um jemanden anzurufen?

Man kann sich auf die Zukunft nicht einstellen, aber auf die Ungewissheit. Das zumindest ist die These des Buches „Gute Strategie – Der Ungewissheit offensiv begegnen“, herausgegeben von Burkhard Schwenker, Chef des Advisory Council der Unternehmensberatung Roland Berger, und Barbara Dauner-Lieb, Rechtslehrerin an der Universität zu Köln. Die Hände resigniert in den Schoß zu legen, könne nicht die richtige Antwort auf Unsicherheit sein. Ebenso warnen die Autoren aber vor dem Bemühen, für alle Eventualitäten eine Regelung vorzuhalten. Ungewissheit verlange nach „Luft zum Atmen“. Nur wo Dynamik möglich ist, kann man auf künftige Entwicklungen flexibel reagieren.

Juristen tun sich mit Ungewissheiten besonders schwer. Natürlich haben auch sie gelernt, Risiken abzuschätzen: Die Polizei muss bei der Genehmigung einer Demonstration beurteilen, welche Gefahren von der Demonstration und der Gegendemonstration drohen. Ein Richter muss prognostizieren, ob sich ein Straftäter künftig an die Gesetze hält, wenn eine Bewährungsstrafe in Rede steht. Juristen sind nicht nur Bremsen und Bedenkenräger – doch ganz ohne Grundlage ist das



Frankfurter Allgemeine vom 18.12.2017

Vorurteil nicht. Denn wo Zukunft gestaltet werden soll, liegt die Aufgabe der Juristen darin, Risiken auszuschließen oder mindestens zu begrenzen. In der traditionellen Vertragsgestaltung ist Rechtssicherheit das oberste Ziel: Rechte und Pflichten aller Beteiligten sollen in möglichst detaillierte und justitiable Regelungen gegossen und mit Haftungsklauseln abgesichert werden. Doch die Sicherheit von Hunderten Kautelen ist trügerisch. Ein strenges Korsett kann selbst zum Problem werden. „Ein Vertrag, der zwar auf alles eine Antwort gibt, diese Antwort aber nicht zum konkreten Problem passt, kann das Gesamtziel des Vertrages gefährden, statt es zu fördern“, erläutert die Wirtschaftsrechtlerin Dauner-Lieb.

Ähnliches lässt sich in der Gesetzgebung beobachten. Moderne Gesetze kann man daran erkennen, dass sie in zahlreichen Unterpunkten alle Einzelfälle regeln wollen – was natürlich nicht funktioniert. Der Richter muss nach wie vor das Gesetz auslegen, aus dem Wust der Vorschriften aber erst mal die richtige finden. Um das Problem der Ungewissheit kümmert sich der Gesetzgeber dagegen kaum, wie das Beispiel der Business Judgement Rule im Aktienrecht zeigt: Ein Vorstandsmitglied haftet nicht für eine unternehmerische

Entscheidung, wenn er dabei davon ausgehen konnte, auf der Grundlage angemessener Information zum Wohle der Gesellschaft zu handeln. So soll ein unternehmerischer Freiraum geschaffen werden, um die Risikobereitschaft der Unternehmensführung zu fördern. Doch die Kategorie der „angemessenen Information“ regelt das Problem der Ungewissheit nicht, sondern blendet es aus, denn über ungewisse Ereignisse gibt es ja gerade keine Informationen.

Dauner-Lieb und Schwenker fordern ein Umdenken in der Strategieentwicklung: Änderungen und Anpassungen sollten nicht mehr als „juristischer Störfall“ behandelt werden, sondern als unvermeidliche Konsequenz der Ungewissheit. Die Unternehmensleitung müsse das Problem zentral adressieren. Ebenso wichtig wie Risikomanagement und Früherkennungssysteme sei ein Verfahren, um unvorhersehbare Entwicklungen zu reagieren. Doch nicht allein auf die Vertragsgestaltung kommt es an: Auch die Gerichte und die Politik müssten der Ungewissheit endlich im erforderlichen Maße Rechnung tragen, meint Dauner-Lieb. Manager sollten künftig nicht mehr dafür belohnt werden, wenn sie sich (vermeintlich) gegen alle Risiken absichern. Vielmehr sollten sie haftungsrechtliche Konsequenzen fürchten müssen, wenn sie das Problem der Ungewissheit in ihrer Planung nicht überzeugend berücksichtigen.

Wie viel bei großen Bauprojekten schiefgehen kann, haben der Berliner Flughafen, die Hamburger Elbphilharmonie und der Stuttgarter Hauptbahnhof gezeigt. Mit monolithischen Zielformulierungen kommt man hier nicht weiter. Dauner-Lieb empfiehlt stattdessen, Zielkorridore zu formulieren. „Mit Laissez-faire hat das nichts zu tun“, sagt sie. Denn die Vertragspartner müssten sich Gedanken darüber machen, wie sie mit unvorhersehbaren Entwicklungen umgehen. Mit welchem Verfahren werden künftige Konflikte gelöst? Wie passt man die Vertragsziele an? Wie die Kosten und Termine?

Darüber sollten sich auch die künftigen Berliner Koalitionäre Gedanken machen. Sie haben es mit größeren Herausforderungen zu tun als dem Juchtenkäfer oder dem Brandschutz. Was die nächsten vier Jahre bringen, kann niemand sagen. Und doch soll der Koalitionsvertrag so lange halten.



Der endgültige Strafprozess, glauben viele, steht jedem am Ende bevor.
Wie müssen wir uns das vorstellen? Ein paar Weihnachtfragen

Das jüngste Gericht

VON THOMAS FISCHER

W

einachten naht! Neubeginn des symbolischen Zyklus von Unschuld, Schuld, Leid, Erlösung. Hier bei uns im allerchristlichsten Abendland – aber auch anderswo –

die Feier der Geburt eines Opfers ganz besonderer Art, jedenfalls aber: eines Menschenopfers.

Weihnachten existiert, so viel ist sicher, auch ohne schneebedeckte Stradl und den Ho-ho-Weihnachtsmann mit dem Sack des Konsumgüterindex und ist mit dem bloßen Saufen gezuckerten Billigweins vor LED-blinkenden Holzbuden und dem Aufhängen von roten Stiefeln am Balkongeländer nicht getan. Deshalb seufzt alljährlich die Christenheit über sich selbst und die satanischen Verführungen des Kapitalismus, denen sie abermals erliegt. Und die PfarrerInnen holen die alten Texte über das Innenhalten in schnellleibiger Zeit aus den mit Sternensraub geschnittenen Ordnern ihrer Festplatten. Elmar Gansch spricht noch einmal zu uns aus der Mediathek, und früher oder später schwebt unweigerlich der kleine Lord vom Himmel herab in die stillen Tage vor der Abreise ins Skiparadies.

Das Paradies, innen und außen

Religion ist, wenn der Mensch sich fürchtet. Diagnostischer formuliert: Ergebnis und Ursache der Furcht. Diese Aussage wird sicherlich von vielen händeringenden Pfarrern, Imamen und Rabbinern bestritten, von den amtlichen Glaubenskommissionen ganz zu schweigen. Denn wer reinen Herzens ist, sagen sie, soll sich dem einen Gott immerzu in Freude und nicht mit Beklemmung nähern. Dies dürfte allerdings eine Spiegelung an der Höhlenwand unserer Seele sein, spricht: unseres intrakraniellen Mandelkerns, in welchem die Gefühle, Sorgen und assoziativen Verknüpfungen wohnen bei Menschen, Hunden und Affen, aber bisher nicht die Spur eines Heiligen Geistes vermessen werden konnte.

Das Paradies darf man sich (nur bildlich, liebe Kreativisten!) als den Lebensraum des vegetarischen Löwen vorstellen, des zufriedenen Würms und der gutmütigen Tiseesfliege oder auch als eine Art psychiatrisches Krankenhaus: ein jeder so gar nicht nach seiner Art und alle ganz unmittelbar unter dem Himmel. Das brutale Ende dieser schönen Zeit kam schon mit einer relativ geringfügigen



Die Zeit vom 20.12.2017

Ordnungswidrigkeit (siehe Apfelbaum). Was folgte, war die Aufteilung des Selbst in Ich und Du, Leib und Seele, Geruch und Gedanken. Man gab ihr den gewaltigen Namen »Vertreibung aus dem Paradies«. Das Ganze ist natürlich (!) wieder nur ein Reflex der verzweifelten Introspektion, also der Suche nach dem »Verlorenen« in uns selbst: Wäre der Mensch fähig, diese Lücke zu füllen, so wäre er nicht länger das, was er zu sein erträumt vor seinen Göttern – er wäre sein eigener Gott oder jedenfalls der wichtigste Teil davon.

Das klingt kompliziert und ist es auch. Das ist aber nicht meine Schuld, sondern die der Konstruktion unserer Gehirnhälften, die sich immerzu miteinander und daher auch mit allen anderen vergleichen und deshalb niemals wissen, wer sie sind, außer manchmal ein bisschen: in Rausch, Sog, Ekstase, Kampf und Tod.

Warum haben Rinder keine Religion? Mag sein, liebe LeserInnen, dass Ihnen die Frage seltsam erscheint. Beantworten Sie sie bitte trotzdem probeweise – ganz spontan und unambitioniert. Sie werden feststellen, dass es so einfach nicht ist. Wenn Rinder Religion hätten, wären sie wie wir, und wir dürften sie nicht zu Abermillionen an ihren Füßen aufhängen, aufschlitzen und zu grobem Brei für fünf Euro das Kilo verarbeiten. Wenn sie aber keine Religion haben: Was macht den Unterschied? Die Gläubigen sagen: der Wille Gottes. Das ist aber über alle Maßen zirkelschlüssig.

Viele Götter und ein Gott

Als die Menschen viele Götter hatten, war manches einfacher: ein Gott für den Zorn, einer für die Krätze, einer für die Ernte und einer für die Jagd, eine Göttin für die Überschwemmung, eine für die Liebe und gleich mehrere für den Tod. Da wusste man, was man hat und was nicht und wem man was zu opfern und zu verdanken hat. Denn darum geht es: Wie kriege ich es hin, dass das Unglück ausbleibt und das Glück von Dauer ist? Wie werde ich immer satt und niemals hungrig? Warum tut es so weh, wenn ich sterbe, und wohin fliegen meine Erinnerungen, wenn der Körper verwest, in dem sie wohnen?

Der Vorteil, wenn hinter jedem Busch ein Gott sitzt, der sich mit den anderen Buschgöttern über den Lauf der Welt streitet (siehe Homer: *Ilias*), liegt auf der Hand: Die Kräfte des Schicksals, die sich im unerforschten synaptischen Zwischenraum zwischen Zahnweh und Sternen, Geburt und Erdbeben verwirklichen, sind in dieser Welt allesamt nicht beherrschbar, aber doch verhandlungsbereit (siehe Odysseus; Horkheimer/Adorno: *Dialektik der Aufklärung*). Und der kleine Mensch kann zusehen, wie sich um ihn her die Götter streiten und ihren überaus irdischen Geschäften nachgehen. Dieser empirisch anstrengenden Idee kam an einer anderen Ecke des angeblich »christlich-jüdischen« Weltkreises vermutlich Babylon plus Ägypten dazwischen: Gottkönige, ganz allein. Aber auch sie noch immer von dieser Welt, bis sie schließlich mit dem Jahwe (JHWH) des Alten Testaments verschmol-



Die Zeit vom 20.12.2017

zen. Die abertausend kleinen Götter für die kleinen Sorgen wurden zu Teufelszeug erklärt, die Leute schmuggelten sie erst später als Engel und Heilige in den Alltag zurück.

Auch dem einen Gott ging es zunächst nur um »Volk«, Menschheit, Gattung. Verleugnung Gottes oder Frevel gegen seine vom Berg herabgeworfenen Gesetze führten zu unermesslichen Strafen gegen alle: Ein bisschen Hurerei – schon fiel Feuer vom Himmel; ein bisschen Mord, und die ganze Welt wurde ersäuft. Das waren – man kann es nicht anders sagen – klare Verstöße gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip! Vor der anthropologischen Grundidee der Reziprozität haben solche Massaker wenig Sinn. Und vor den Anforderungen einer Gerechtigkeit, die nicht den Hirtenclan im Blick hat, sondern den Bauern, nicht den Stamm, sondern den Kaufmann, haben sie auf Dauer keinen Bestand.

Die Welt und das Jenseits

Das Jenseits ist ein Raum hinter unserem Bewusstsein und setzt es zugleich voraus. Das ist eine aus theologisch-philosophischer Sicht möglicherweise schlichte Formel, sie reicht aber für unsere Zwecke aus. Die ganze Religion befasst sich ja mit den Verbindungen von Welt und Jenseits. Gott zog sich ideengeschichtlich, je mächtiger er wurde, mehr und mehr aus der Welt zurück. Er waltete jetzt im Verborgenen, wie man an der rapide sinkenden Kurve seiner Erscheinungen und Wunder erkennen kann. Zur Kommunikation ist höchstens eine bürokratisierte Priesterschaft imstande.

Menschen interessiert an Gott erstens die Frage nach dem Jenseits, zweitens die nach der Schuld und drittens die nach der Gerechtigkeit. Wenn Gott nun damit beschäftigt ist, mit allerlei Wundern und Katastrophen auf der Welt für Schuldvergeltung und Gerechtigkeit zu sorgen, lässt sich die empirische Lücke zwischen seinem Bemühen und den suboptimalen Ergebnissen schwerlich übersehen: Solange man mit Schafsherden über die Ebenen zieht, lassen sich Hungersnöte und Seuchen noch als Quittung für zu geringen Anbetungseifer deuten. Doch wo sich die Welt in Eigentümer und Habenichtse, Reiche und Arme spaltet, kommt man mit dem Glauben an das Reich der Gerechtigkeit auf Erden nicht weit. Und so kommt, ganz und gar nicht zufällig, das Weltgericht im Jenseits ins Spiel. Und die Hölle als finale Strafvollstreckungsbehörde.

Anders gesagt: Im Reich Gottes bildet sich immer ziemlich genau das ab, was sich auch in den Reichen der Menschen zuträgt. Wo sich Stamm, Clan und Volk auflösen in Gebildete und Dumme, Arbeitende und Verzehrende, da können Sklaverei, Krieg und Pest nicht mehr Strafen Gottes für irgendeine Schlamperie beim Beten sein. Sie sind vielmehr »Prüfungen« für das emporsteigende Individuum.

Vor Gericht

Es gibt, wie dem Gläubigen gewiss geläufig ist, das (göttliche) »Partikulargericht« und das »Jüngste«, das »Weltgericht«. Denn auch die Ewigkeit lässt sich ohne göttliches Gerichtsverfassungsgesetz nur schwer strukturieren. Das Partikulargericht darf man sich als eine Art ermittlungsrichterliche Instanz vorstellen: Man muss die hereinströmenden Menschenseelen – es sind derzeit pro Tag weltweit mindestens 206 000 – irgendwo zwischenlagern. Das »Jüngste« Gericht, das alle monotheistischen Religionen kennen, heißt so, weil es stattfinden soll am allerletzten Tag der Welt: des Kosmos, des Universums, der Zeit (siehe aber: Einstein). Auf Einzelheiten der religiösen Ausdifferenzierung kommt es (mir) nicht an.

Am Tag des Jüngsten Gerichts, den wir uns heutzutage als eine Art schwarzes Loch vorstellen dürfen, soll passieren (siehe Offenbarung des Johannes): 1. Tausendjähriges Reich (nicht aus Braunau, sondern aus Jerusalem) mit Untersuchungshaft der vorab partikular Abgeurteilten; 2. Öffnen sämtlicher Gräber aller Zeiten (große Unübersichtlichkeit); 3. Aufschlagen und Verlesen des »Buchs des Lebens«, das von unbekanntem Protokollführern seit Anbeginn der Zeit geführt wurde (bedenklich wg. Datenschutz) und in dessen wesentlichem Ermittlungsergebnis alle Taten, Untaten und Nichttaten aller jemals geborenen und gestorbenen Menschen vermerkt sind, unterteilt in plus und minus, gut und böse, richtig und falsch; 4. Aufteilung der Guten und Bösen, Verurteilung ohne Rechtsmittel, Vollstreckung ohne Gnade, Zeit und Maß. Alsdann letzter Kampf mit dem Teufel. Zuletzt ewige Seligkeit.

Von der Erfindung der Sintflut bis zu der des Jüngsten Gerichts ereignete sich Dramatisches: vom Diesseits zum Jenseits; von der Gattung zum Individuum. Die Vorstellung davon, was wir »Schuld« nennen, hat sich dabei stark geändert. »Ein jeglicher nach seinem Verdienst« setzt eine verfeinerte Kommunikation mit sich selbst, den Menschen und dem



Jenseits voraus. Denn der Mensch ist nicht blöd: Er glaubt nicht, dass Steine von der Erde in den Himmel fliegen, solange das Gegenteil offenkundig ist. Die Geschichte vom Endgericht hat viele Vorteile: Die ganze »Schuld und Strafe«-Diskussion, die Unklarheit über Glaube und Jenseits wurde dahin verlegt, wo sie am wenigsten anrichten kann – ins ungewisse Jenseits, in die Nicht-Zeit hinter dem Tod. Den Reflex dieser luxuriösen Erfindung dürfen die Gläubigen jeder monotheistischen Religion in den sündenverhafteten Windungen ihres irdischen Personals betrachten und alsdann zum Zeichen für das Geheimnis des Glaubens nehmen.

Das Weltgericht im Jenseits ist also das Ebenbild des Kaufmanns- und Bankwesens, einschließlich Hauptbuch und Insolvenzverwalter. Dahinter steht der Schritt von der kollektiven zur individuellen Schuld. Die Rache Gottes wird aus dem realen Leben verabschiedet und in ein Reich der Fantasie verlegt: Demnächst, im Jenseits, nach dem Tod, werden nicht Völker gemessen und bestraft, sondern »ein jeglicher nach seinen Taten«.

Das Verfahren des Weltgerichts kann in seinen wesentlichen Grundsätzen über den Portalen gotischer Kathedralen betrachtet werden: Der Weltenrichter mittig oben, linker Hand der Strahl der Gerechtigkeit (samt den Verdammnis fahrenden Bösewichtern darunter), rechter Hand die Segnung (samt Ewigkeitsbelohnten auf dem Weg nach oben); sonstiges Personal (Maria, Matthäus, Engel, ggf. ein paar Heilige als Vertreter der alten Geister).

Der moderne Mensch vermisst: Gewaltenteilung, Fairness, rechtliches Gehör. Der Weltenrichter ist Ankläger, Verteidiger, Psychiatrischer Sachverständiger und Richter – alles in einem. Und Vollstrecker ist er auch noch: Henker, Töter, Vernichter. »Satan«, das weiß jeder Christenmensch, wird im letzten Kampf vernichtet werden, dessen guter Ausgang Teil des »Glaubens« und spannende Schlussepisode der ganzen Saga ist. Würde der Teufel am Ende nicht überwunden, wäre es mit der Allmächtigkeit Gottes nicht weit her. So bleibt dem lieben Gott auch der schmutzige Rest: die Verwaltung der Verdammnis.

Wem diese Abrechnung mit Sicherheit bevorsteht – und das sind Sie, liebe Gläubige –, der muss beunruhigt sein. Denn der Sünde und dem Frevel geht es im Vorfeld des Weltgerichts wie dem Bitcoin im Anlauf zum nächsten Börsencrash: Wer nicht weiß, wie sich die Währung der Verdammnis bestimmt,

kann unmöglich ihre Gesetze befolgen. Da trifft es sich gut, wenn man jemanden hat, der die Strafe notfalls stellvertretend erleidet.

Gott und Schuld

Der Mensch, der an den Dax glaubt und an den Euro, an das Menschenrecht zur Spätabtreibung und an die Abschaffung der Erbschaftsteuer, kann unmöglich zugleich mit ganzer Kraft an die Existenz eines Gottes glauben, der das alles und den Kosmos zugleich erschaffen hat, steuert und bewertet und das Ergebnis dieses merkwürdig ziellosen Tuns über Milliarden von Jahren abspeichert, um in einem Schlussakkord ein ewiges Reich der Ekstase zu begründen.

Das »glauben« ja auch selbst die Frommen nicht (mehr) wirklich. Wer Wasserstoffbomben und Big Macs erfindet und innerhalb von 200 Jahren den ganzen Planeten vernichtet, kann sich nicht vorstellen, wie es sich anfühlt, wenn Gott einem 24 Stunden über die Schulter in die Seele schaut und jederzeit aus unerklärlichen Gründen zuschlägt. Die Anzahl der brennenden Dornbüsche ist auf null gesunken. Die Heiligen und Märtyrer von heute sind verstörte Kinder jedes Alters, krank an sich und der Welt. Sie glauben an ihren Gott wie an Luke Skywalker.

Letzte Gerechtigkeit

Gläubige glauben an ein Ursprungsverbrechen, das dem Menschen eingeboren, also ererbt sei. Diese Erbsünde ist die Abkehr von der Seegurken-Existenz, also das Entstehen der Reflexion und damit die Erfindung der Götter wie auch des Dialogs mit ihnen. Das »Selbst« entsteht, indem es sich vom Fremden scheidet. Gott ist eine Folge davon. Das Schöne – und Unterscheidende – ist nun der Umgang mit dem Verbrechen: Für den einen Glauben kam der Messias schon, für den anderen kommt er noch. Bei den Christen wird er geopfert (Neues Testament). Er nimmt alle Verbrechen aller Menschen auf sich, für jetzt und alle Zukunft, und kriegt dafür von Gott – dessen Teil er selbst ist – die ultimative Strafe. Voraussetzung und Bedingung ist, dies zu »glauben«: Wer glaubt, dass er durch diesen Gott »erlöst« worden ist vom Verbrechen des Austritts aus dem Paradies, und dies früher oder später (!) reinen Herzens bezeugt, ist erstens hinsichtlich des Urverbrechens (siehe Erbsünde) für immer aus dem Schneider: Seine Schulden



Die Zeit vom 20.12.2017

sind bezahlt; ins höllische Schuldgerangnis fahren die anderen. Zweitens kann er es auf dem irdischen Weg dorthin ordentlich krachen lassen, da sich die Frage der Gesamtabrechnung erst am Ende stellt und das Soll-Konto des Hauptbuchs jederzeit durch einen Big Deal auf null gestellt werden kann. Das klingt wie ein einfacher Trick – und das ist es auch.

Nun aber zurück zu Weihnachten. Natürlich funktioniert Religion nicht so einfach wie ein Märchen: ein bisschen Mythologie, ein bisschen Psychoanalyse und ein paar bunt gewandete Priester. Man braucht ja immer auch ein irdisches Narrativ, das die Menschen bei der Stange hält. Daher ist der Sinn des Weltgerichts die ultimative Gerechtigkeit. Das bleibt im Wesentlichen konstant, auch wenn das, was die Menschen in den letzten 10 000 Jahren als Erscheinungsformen der Gerechtigkeit verstanden, im Detail sehr unterschiedlich ist.

Es stellen sich auch hier wieder Fragen: 1. Welche Kriterien hat der Weltenrichter für die Unterscheidung von gut und böse, gerecht und ungerecht? Die paar Steintafeln vom Sinai können es ja nicht sein; die geben keine Auskunft über robuste humanitäre Bundeswehreinätze oder über die Notwehr oder über die Bekämpfung der Geldwäsche. Und weder der Kardinal-Staatssekretär in Rom noch die Rechtspolitiker der CDU haben eine Spur von Gewissheit, welche materiellen Regeln am Ende aller Tage eigentlich rückwirkend (bedenklich wegen Art. 103 Abs. 2 Grundgesetz) gelten.

Das führt 2. zur entscheidenden Frage: Wenn es im ewigen Leben und im Himmel jedenfalls im Grundsatz um Gerechtigkeit geht, kann es doch nicht Aufgabe der Gläubigen sein, mit Fleiß und höchster Energie das Gegenteil davon zu verwirklichen. Denn hieraus ergibt sich ja, offenkundig, dass wir auf die Hölle im Jenseits gar nicht mehr zu warten brauchen, da wir sie bereits eigenhändig auf Erden verwirklichen. Noch niemals in der Geschichte der Welt waren Reichtum und Armut, Lebenschancen und Leid, Macht und Ohnmacht so extrem ungleich verteilt wie heute. Die Tiere werden ausgerottet, die Ozeane zu Giftmülldeponien gemacht und die Menschen zu Geiseln in globalen Vernichtungsszenarios, die wiederum bloß zum Ziel haben, Vorteile im Wettbewerb um die letzten Ressourcen zu erlangen.

Es scheint also der Hinweis angebracht, dass mit dem »Weltgericht« und dem Paradies wahrlich kein Staat mehr zu machen ist, auch wenn hier und da auf der Welt angebliche Gotteskrieger jeder Couleur unterwegs sind. Religionen haben längere Wellen als der Stahl- oder der Schweinezyklus. Aber sie bilden am Ende mit Sicherheit immer nur die irdische Wirklichkeit ab – nicht das Jenseits. Daher sollten wir uns weniger um das Jüngste Gericht kümmern als um Gerechtigkeit hienieden.

Thomas Fischer, 64, Bundesrichter a. D., ist Autor des wichtigsten deutschen Strafrechtskommentars und war bis Mai 2017 Kolumnist auf ZEIT ONLINE